

Nr. **5** '89

Mai
Postver-
triebsstück
G 7426 E
Erscheint
monatlich
20. Jahrgang
Jahresabo
33,- DM
Einzelpreis
3,- DM

AIB DRITTE WELT ZEITSCHRIFT

Namibia

unabhängigkeit mit
missen

PAHL-RUG-GOTTESW. 54 5000 KOELN
G 7426 E 508128 408

TARANTA-BABU

BUCHLADEN

HUMBOLDTSTR. 44

4600 DORTMUND 1

Afghanistan: Durchhalten

bis zum politischen Kompromiß

El Salvador: „Wahlsieger ist die FMLN“

serklärungen gegen den Treibhauseffekt

Dritte Welt

Kommentar

„Ökologischer Imperialismus“ 3

Namibia

Beginn des Unabhängigkeitsprozesses 5
SWAPO: Wirtschaftspolitik nach der Unabhängigkeit 7
Interview mit Hanno Rumpf (SWAPO) 9
Unterstützt den Wahlkampfonds der SWAPO 11

Mosambik

Westeuropäische Unterstützung für den RNM 12

Tunesien

Erste Wahlen nach der Unabhängigkeit 15

Afghanistan

Durchhalten bis zum politischen Kompromiß 16

El Salvador

„Eigentlicher Wahlsieger ist die FMLN“ 19
Stellungnahme des FMLN-Generalkommandos 20

Chile

Im Dezember wird gewählt 21
Die Repression dauert an 22
Solidaritätsaufruf der IU 23

Weltwirtschaft

Neuer US-Schuldenplan 24
Frühjahrstagung von IWF und Weltbank 26

Ökologie

Giftmüllexporte in den Süden 27
UN-Konferenz beschließt lückenhafte Giftmüllkonvention 28
Absichtserklärungen gegen den Treibhauseffekt 31
Regenwaldappell 32

Weltpolitik

Paulos Mar Gregorius: Frieden und Gerechtigkeit sind untrennbar 34

Entwicklungspolitik

Nord-Süd-Kampagne: Thesen für eine umwelt- und sozialverträgliche Weltarbeitsteilung 37

Internationalismus

Thesendiskussion: Beitrag von E. Schneider 40

Kultur

Fernando Birris Kino der Befreiung 41
Interview mit Fernando Birri 42

Stichwort

Zucker 44

Infos zur Solidarität

Anerkennung für Palästina-Staat; Buchtip: Namibia; Umstrittene „Woche für die Dritte Welt“ 45

Kurzinformationen

Palästina, Türkei, Libanon, Madagaskar, Äthiopien, Kuba, Nicaragua 46



Ökologie

Auf den internationalen Konferenzen zum Schutz der Atmosphäre in London und Den Haag wurde erneut die drohende Gefahr beschworen. Die notwendigen Maßnahmen lassen jedoch weiter auf sich warten.

Gleiches gilt auch für die Genfer Giftmüllkonferenz, auf der der Norden ein Exportverbot in die Dritte Welt verhinderte.

Seite 10



Namibia

Im April d.J. begann der Unabhängigkeitsprozeß in Namibia. Doch anstatt des geplanten Waffenstillstandes kam es im Norden des Landes erst einmal zu schweren Gefechten zwischen südafrikanischen Einheiten und SWAPO-Guerilleros. Die Versuche Pretorias, die vorausgesagte Regierungsmehrheit der SWAPO zu unterlaufen, könnten damit neuen Auftrieb erhalten.

Seite 5



Afghanistan

Alle Prognosen, das Revolutionsregime Nadjibullah werde binnen kurzem wie ein Kartenhaus zusammenbrechen, erwiesen sich als Trugschluß. Knapp zwei Monate nach dem Abzug der Sowjets ist der Ansturm der Mudjahedin auf die städtischen Zentren vor Jalalabad ins Stocken geraten. Damit keimen neue Hoffnungen auf, das Tor zu einer politischen Kompromißlösung könnte doch noch aufgestoßen werden.

Seite 16

I M P R E S S U M

DRITTE-WELT-Zeitschrift. Gegr. 1970 als Antimperialistisches Informationsbulletin (AIB). Erscheint monatlich.
Anschrift der Redaktion: DRITTE WELT, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21-2 46 72.
Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff.
Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Heidi Czapek, Hanne Denk, Georg Diederichs, Ingrid el-Masry, Peter Imbusch, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp.
Ständige Mitarbeit: Joachim Becker, Frank Braßel, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ute Kampmann, Ivesa Lübben-Pistofidis, Jürgen Ostrowsky, Charles Pauli, Rolf Radke, Ricardo Ribera, Günter Schucher, Peter Schütt, Petra Sittig, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.
Weitere MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Mark Arenhövel, Uta George, Helmut Groschup, Juliane Kippenberg, Michael Voregger.
Redaktionsschluß: 6. April 1989
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.
Titel: Gestaltung Udo Tremmel

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.
Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 51 08 68, 5000 Köln 51, Teletex 2 214 284 pahl.
Vertrieb: Telefon 02 21-3 60 02/0.
Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.
Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft 3 DM. Doppelheft 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zusätzlich 0,60 DM Porto je Heft.
Kündigungen: Wenn das Abonnement nicht spätestens 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes gekündigt wird, verlängert es sich um 1 Jahr.
Sonderhefte sind als Nebenblätter beigelegt.
Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 02 11-1 60 01 37.
Satz: Die Feder, Wetzlar.
Druck: Plambeck & Co, Neuss.
Konten: Post giro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtparkasse Köln 10 652 238 (BLZ 370 501 98).
Anzeigen: Volksuni, atom, ASK, AKP, ZEP, Südostasien-Informationen.
Fotonachweis: Newsweek, Time, El Pais, Afrikabild, H. Groschup, Peace Courier, Libération, AIM.

KOMMENTAR

„Ökologischer Imperialismus“



NICO BIVER
stellvertretender
Chefredakteur von DRITTE WELT

Als „heimtückisch, grausam und verlogen“ hat der brasilianische Präsident Sarney die internationalen Bemühungen bezeichnet, der weiteren Zerstörung der tropischen Regenwälder Amazoniens Einhalt zu gebieten. Er hat einen „ökologischen Imperialismus“ ausgemacht, der die Ökologie als „trojanisches Pferd“ benutze.

In der Tat hat sich international eine ungewöhnliche Koalition gegen den Raubbau an der Natur gebildet. Dem Druck von Umwelt- und Naturschutzorganisationen in den USA und Westeuropa können sich die Regierenden nur noch schwerlich entziehen. Zumindest in Worten haben sich deshalb Kohl, Klein und Konsorten zu Hütern des Regenwaldes gemausert. Die Weltbank gibt gar zu, ökologisch gesündigt zu haben, und gelobt Besserung.

Die Forderung des US-Senators Robert W. Kasten nach einer „internationalen Lösung“ für den Amazonas lieferte den Herrschenden in Brasilien genug Munition, um zurückzuschießen. „Gefahr für die Erde geht nicht von Amazonien aus“, so Sarney, „sondern von der Aufheizung der Atmosphäre durch Tonnen von Kohlendioxid der industrialisierten Länder; vom sauren Regen, der Wälder in der ganzen Welt zerstört; von Gasen, die die schützende Ozonschicht zerstören; vom phantastischen Arsenal nuklearer Waffen.“

Dies sind zugkräftige Argumente in der brasilianischen Vorwahlzeit, doch geben sie nur die halbe Wahrheit wieder. In der Tat dürfte es den Norden billiger zu stehen kommen, Brasilien an der Zerstörung des Regenwaldes zu hindern, der große Teile des Kohlendioxides absorbiert, als selbst die Verbrennung fossiler Energieträger einzuschränken. Der Verdacht, daß die imperialistischen Staaten den ökologischen Kollaps auf Kosten der Dritten Welt verhindern wollen und sie die dortige Umweltzerstörung nur interessiert, wenn sie sich auch auf den Norden auswirkt, läßt sich durchaus untermauern.

Der Export von Giftmüll, mit dem Umweltbelastungen aus dem Norden in den Süden verlagert werden, ist ein Beispiel. Außerdem haben die zahllosen internationalen Klimakonferenzen gezeigt, daß vielfach noch der Wille fehlt, effektive Maßnahmen zur Verhinderung des Treibhauseffektes durchzusetzen. Die Industrialisierung des Nordens hat der Natur derartig schwere Schäden zugefügt, daß eine Entwicklung des Südens mit den gleichen Mitteln zu einer weltweiten ökologischen Katastrophe führen würde. Weniger CO₂ und FCKW bedeuten für die Dritte Welt aber auch weniger Entwicklung, es sei denn der Norden finanziert die notwendigen Tech-

nologien. Auf der Den Haager Konferenz zum Schutz der Atmosphäre wurde dieses Prinzip zwar anerkannt, doch bleibt es angesichts der erforderlichen Summen mehr als zweifelhaft, ob es in naher Zukunft in die Tat umgesetzt werden kann.

Die Knauserigkeit des Imperialismus wurde auf der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank erneut vorgeführt. Mangels einer Lösung der Schuldenkrise, wird einer der Hauptfaktoren für die ökologische Zerstörung in der Dritten Welt weiterwirken. „Zwischen der Schuldenkrise und der Zerstörung besteht in zweierlei Hinsicht ein Zusammenhang“, stellt die US-Wissenschaftlerin Susan George fest. „Zum einen werden mit den Krediten umweltzerstörende Projekte finanziert, und zum anderen werden diese Projekte mit dem Ausverkauf natürlicher Ressourcen bezahlt.“ Eine generelle Streichung der Schulden würde jedoch nicht automatisch die ökologischen und sozialen Probleme lösen. Neben einer Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung sind die gesellschaftlichen Machtverhältnisse dabei entscheidend. Um diesen Teil der Wahrheit drückt sich der brasilianische Präsident verständlicherweise herum.

In Eintracht mit IWF, Weltbank, den westlichen Regierungen und Konzernen hat sein Regime auf Kosten der Arbeiter und Bauern, der Indianer und der Natur eine weltmarktorientierte Industrialisierung durchgeführt. Luis Ignacio da Silva („Lula“), aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat der Arbeiterpartei (PT), der die „nationalistischen, reaktionären und hypokritischen“ Ausfälle Sarneys verurteilt hat, verweist auf eine ganz andere Bedeutung des Begriffes „ökologischer Imperialismus“: „Bereits 22 multinationale Konzerne sind im großen Wald tätig, rauben, brandschatzen und massakrieren außerhalb jeder wirklichen öffentlichen Kontrolle.“

Die brasilianische Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer tun es ihnen gleich und der Staat unterstützt sie dabei großzügen, indem er die dafür notwendige, von außen finanzierte Infrastruktur in Form von Straßen und riesigen Wasser- und Kernkraftwerken zur Verfügung stellt. Die damit einhergehende Armut schließlich ist ein weiterer Motor der Regenwaldzerstörung. Auch hierfür ist nicht allein die Schuldenlast verantwortlich zu machen. Die Weigerung des Regimes, eine Landreform durchzuführen, hat Millionen Landloser in den Regenwald getrieben, unterstützt von der Regierung, die damit sozialen Sprengstoff abbauen will. Entlang der Straßenschneisen brennen sie den Urwald nieder, bebauen für 4–5 Jahre das Land bis es ausgelaugt ist, um dann weiterzuziehen.

Als Reaktion auf den internationalen Druck, auf die Proteste im eigenen Land aber auch auf den Appell lateinamerikanischer Intellektueller, darunter G. Garcia Marquez, I. Allende und M. Vargas Llosa, die Sarney in einem Brief „Barbarei“ vorgeworfen hatten, legte die brasilianische Regierung jetzt ein Umweltprogramm vor. Dieses dürfte wenig an den Zuständen ändern. Zwar soll die Niederbrennung von Urwald für die Rinderfarmen nicht mehr steuerlich begünstigt, die Abholzung nicht mehr subventioniert werden und eine Sondereinheit der Polizei das Abbrennen von Urwald verhindern. Dies administrativ durchsetzen zu können, ohne die sozialen Ursachen zu beseitigen, käme in einem Land, in dem Großgrundbesitzer ungestraft tausende Bauern morden dürfen, einem Wunder gleich.

Bereits heute kann einiges zur Rettung des Regenwaldes getan werden, ohne daß Brasilien oder anderen Regenwaldzerstörern zusätzliche Kosten aufgebürdet würden (siehe Regenwald-Memorandum in DRITTE WELT 4/1989, S. 36 ff.). Dazu gehören der Verzicht auf Riesenstaudämme zugunsten kleiner Wasserkraftwerke, die kostengünstige Nutzung von Energiesparmöglichkeiten, die Förderung ökologisch unbedenklicher Entwicklungsprojekte durch die Weltbank und die westlichen Regierungen sowie Ausgleichszahlungen für den Verzicht auf Nutzholzexporte.

Entscheidend für die Rettung des Regenwaldes werden jedoch eine umfassende Schuldenstreichung, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und eine Umwälzung der Machtverhältnisse in den betreffenden Staaten sein. Eine Unterstützung der brasilianischen PT, die den Schuldendienst einstellen und mit den Kreditgebern eine „Entwicklungspolitik, die mit der Bewahrung der Natur vereinbar“ ist, aushandeln will, dürfte deshalb ebenso sinnvoll sein wie der Druck auf Bundesregierung und Weltbank.

SONDERHEFTE

SH 3/85 – Krise in Mittelamerika.
Nicaragua, El Salvador, Guatemala. 2 DM

SH 4/85 – Rüstung im All.
Gefahr für die Dritte Welt. 2,50 DM

SH 3/86 – Iran-Irak. Krieg ohne Ende? 2 DM

SH 1/87 – Nicaragua.
Die Kunst des Überlebens. 2,50 DM

SH 3-4/87 – Frontstaaten im südlichen Afrika.
Destabilisierung und Widerstand. 2,50 DM

SH 1/88 – Mittelamerika. Endlich Frieden? 2,50 DM

SH 2/88 – Olympialand Korea. 2,50 DM

SH 3/88 – Schuldenkrise. Bezahlt wird nicht. 2,50 DM

SH 1/89 – Von der Intifada zum Palästina-Staat. 2,50 DM

Bei Bestellung unter 10 DM bitte V-Scheck
oder Briefmarken beilegen.
Bei der Abnahme von mindestens 10 Exemplaren
gewähren wir 33% Rabatt.

BESTELLCOUPON

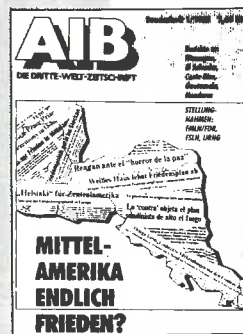
Einsenden an Dritte Welt LeserInnenservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Ich/Wir bestellen:

.... Expl. Sonderhefte

.... Expl. Sonderhefte

.... Expl. Sonderhefte



Sonderheft 1/1988
MITTELAMERIKA
Friedensprozeß ● Abkommen von Esquipulas ● Sandinisten unterwerfen sich nicht ● Wirtschaft ● Friedensstifter Costa Rica? ● Hinhaltetaktik Honduras? ● Duarte laviert ● Dialogchance in Guatemala? ● Kampagnen, Materialien



Sonderheft 3/1988
SCHULDENKRISE und IWF-KAMPAGNE
Die Verschuldung ist kein Modethema ● Exemplarisch: Afrika und Lateinamerika ● Die Metropolen bleiben nicht verschont ● Alternativen zur Verschuldung ● Dokumentation von Lösungsansätzen ● Aufruf der IWF/Weltbank-Kampagne



Sonderheft 1/1989
PALÄSTINA
Ein Jahr Intifada ● Die Proklamation des Palästina-Staates ● US-Nahostpolitik und die Haltung der EG ● Die BRD-Politik und das Sonderverhältnis zu Israel ● UNO-Resolutionen, Interviews, Kultur

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Wohnort

Datum/Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim DRITTE-WELT-LeserInnen-Service, Postfach 510 868, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Datum/Unterschrift

Beginn des Unabhängigkeitsprozesses

Pretoria gibt sich noch nicht geschlagen

Am 1. April d.J. begann der Unabhängigkeitsprozeß in Namibia wie es das im Dezember 1988 in New York unterzeichnete Abkommen vorsah. Jedoch kam es statt zum geplanten Waffenstillstand im Norden des Landes zwischen südafrikanischen Einheiten und SWAPO-Kämpfern zu schweren Gefechten. Die Versuche Pretorias, auf Kosten der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) seine Interessen zu wahren, könnten damit neuen Auftrieb erhalten.

Ein Sieger steht in Namibia schon jetzt, lange vor dem Wahltermin am 1. November d.J., fest: die Branche der Immobilienmakler und -spekulant. 500 Polizeikontrolleure, 620 Wahlüberwacher, mindestens 760 zivile Verwaltungsangestellte der UNO sowie 820 in Namibia rekrutierte Angestellte suchen Büroräume sowie Wohnungen.

Zwischen Cunene-Fluß und Oranje steigen die Mieten. Angesichts der Scharen von BRD-Touristen im Land, stöhnen UN-Beamte, sei die Raumsuche besonders schwierig. Mit unter dem, das da auf die Schnelle nochmal erlesen urlaubt, bevor es mit dem schönen alten Rassismus vorbei sein könnte: CSU-Minister Zimmermann – wie weiland sein Mentor Strauß.

Mit solchen Problemen wird man gleichwohl fertig werden. Anders verhält es sich schon bei denen, die vor allem das Apartheidregime geschaffen hat und noch bereiten könnte.

Die politische Unabhängigkeit Namibias wird kommen. Ob sich Südafrika jedoch getreulich an den durch die UN-Resolution 435 von 1978 vorgezeichneten Weg dorthin hält, steht dahin. „Wir konnten Südafrika nicht trauen, seit es unser Land gestohlen hat. Warum sollen wir dem Pretoria-Regime jetzt trauen?“, bringen schwarze Namibier ihre Erfahrungen auf den Punkt.

Es geht um die Frage, ob Südafrika einen (erwarteten) Wahlsieg der Befreiungsbewegung SWAPO hinzunehmen bereit ist – zumal diese einen Verfassungsentwurf erarbeitet hat, für dessen politisch-ökonomische Vorstellungen sich der Begriff „pragmatisch“ eingebürgert hat –, oder ob nicht. Alan Begg vom Südafrikanischen Institut für internationale Fragen: „Ich nehme an, daß (Pretoria) ein Element der „Kontrollierbarkeit“ einer jeden neuen Regierung für sich annimmt, und so wie es aussieht, haben sie dafür gute Argumente.“ Südafrika, so Begg, habe im Falle Namibia einmal auf seine langfristigen Interessen gesetzt und werde die wirtschaftliche Kontrolle militärischen Optionen vorziehen.

Die Gegenposition wurde noch vor kurzem aus den Reihen des Militärs formuliert. Verteidigungsminister Malan vor dem Parlament: „Es ist und bleibt unsere Politik, Marxismus und Volksdemokratien von unserer Tür fernzuhalten.“ Und in einer Broschüre der südafrikanischen Armee hieß es jüngst, der Rückzug aus Namibia und die dann unweigerliche Machtübernahme durch die SWAPO bedeuten, daß „wir dem Terrorismus nachgegeben haben“.

Zahlreiche Indizien jedenfalls weisen darauf hin, daß Pretoria alles tun wird, wenn schon nicht ein genehmes Marionettenregime zu installieren, so zumindest sein Personal an möglichst vielen Stellen zu etablieren und die SWAPO weitestgehend zu schwächen.

So darf der Generaladministrator von Pretorias Gnaden, Pienaar, zwar seit dem 1. April d.J. Entscheidungen über Wahl und Wahlkampf zur Verfassungsgebenden Versammlung nur mit Zustimmung des UN-Sonderbeauftragten Ahtisaari treffen. Überdies ist er gehalten, alle diskriminierenden Gesetze, die den Wahlprozeß beeinträchtigen, aufzuheben und auch jene „Volksgruppen“-Regierungen aufzulösen, die sich dagegen sträuben. Hierbei handelt es sich um die der sog. Rehoboth Basters (eine Mischlingsgruppe) und die der Weißen – die absurderweise noch Anfang März d.J. neu gewählt worden ist.

Nicht aufgelöst werden indessen die nachgeordneten Verwaltungen, was u.a. bedeutet, daß rassistisch getrennte Schulen und Krankenhäuser vorerst bestehen bleiben. Und: Pretorias Zöglinge machen sich „selbständig“. Im Januar d.J. bereits machten Zeitungsmeldungen die Runde, daß mit Pretorias Segen die Rehoboth-Führung plane, sich noch vor Abschluß des 435-Verfahrens für „unabhängig“ zu erklären; ähnliche Absichten sind dem „Windhoek Advertiser“ zufolge zwischen südafrikanischen Behörden und der Bantustan-Verwaltung für das Caprivi-Gebiet im Nordosten Namibias erörtert worden.

Erhebliche Unklarheit – und damit Raum für Manipulationen – besteht hinsichtlich der Frage der Wahlberechtigung. Pretoria versucht nicht nur, das Wahlalter auf 21 Jahre anzuheben – eingedenk der Tat-

Kundgebung zur Unterstützung der SWAPO in der Hauptstadt Windhuk (l.); südafrikanische Streitkräfte beim Durchkämmen der Nordregion, um SWAPO-Guerilleros aufzuspüren



sache, daß der SWAPO-Anhang bei den Jüngeren am größten ist (in Südafrika selbst wird übrigens mit 18 gewählt). Die UNTAG-Kontrollgruppe wird ihre Mühe haben, die jeweilige Wahlberechtigung zu überprüfen.

Nach zum Teil mehr als 20jährigem Exil kehren die Flüchtlinge nach Namibia zurück – nicht nur ein erhebliches Reintegrationsproblem für ein unabhängiges Namibia. Südafrika schleust nach Angaben von Grenzgebetsbewohnern offenbar in großem Stil Angehörige der angolanischen UNITA-Banden ein, um sie als Wähler auszugeben; für die Auflösung der im nördlichen Namibia befindlichen UNITA-Lager trifft die UN-Resolution 435 von 1978 zudem keine Vorsorge.

Daß Südafrikas Verwaltung und Militär die SWAPO massiv behindern, geht aus einer Vielzahl von Ereignissen hervor, die zugleich darauf hinweisen, daß Pretoria bei der vorgeschriebenen Auflösung seiner Truppen ein falsches Spiel treibt.

Kundgebungen der SWAPO werden beispielsweise von der Polizei mit Lautsprechermusik überbrüllt, SWAPO-Mitglieder und -Anhänger schikaniert – bis zum offenen Terror: Am Tag nach dem offiziellen Inkrafttreten des Waffenstillstands am 1. April schossen Soldaten aus einem Helikopter acht SWAPO-Anhänger nieder. Südafrikas Militär bestreitet den Vorfall. Aussage steht gegen Aussage, Überprüfungen



UNO-Soldaten in Windhoek

sind schwierig.

Die Umstände verweisen auf ein weiteres Manipulationsmittel Pretorias: Sein Militär kontrolliert weitgehend den Informationsfluß in Namibia und mehr noch nach außen. Gewisse Zeitungen hierzulande bestätigen dieses Verhältnis durch den Verlautbarungsjournalismus ihrer Korrespondenten.

Wird die Mauer des Verschweigens durchbrochen, wie durch gerichtliche Zeugenaussagen zweier ehemaliger Angehöriger der berüchtigten Sondereinheiten „Koevoet“ (Brechtstange), so bestätigen sich die schlimmsten Vorwürfe. Die beiden Ex-Soldaten bezeugten nicht nur, daß die Einheit, die jahrelang Terror verbreitete, umstandslos in die südwestafrikanische Polizei integriert worden ist, sie sagten außerdem aus, daß ihre Truppe danach noch Ende Februar bei brutalen Einschüchterungsaktionen eingesetzt war. Für die „Territorialstreitkräfte“ (SWATF) hat sich Südafrika etwas Besonderes einfallen lassen. Noch im Januar setzte man die Einberufung neuer Rekruten in großem Maßstab fort. Das hat zwei Vorteile: Die Auflösung dieser Truppe verzögert sich, und die Rekruten sind vorerst der politischen Propaganda im Sinne Pretorias ausgesetzt.

Angesichts solcher Merkwürdigkeiten gewinnt das Gerücht an Glaubwürdigkeit, daß Pretoria seinen Jonas Savimbi für ein unabhängiges Namibia unter SWAPO-Herrschaft bereits erkoren habe. Mishake Muyongo, ein früheres SWAPO-Mitglied und Vizepräsident der Demokratischen Turnhallen-Allianz-Partei, soll den Aufbau einer Terrororganisation zu Destabilisierungszwecken organisieren. Bewährt

hat er sich bereits. Ihm werden separatistische Aktivitäten im östlichen Caprivi-Gebiet angelastet.

Und es bleibt das Problem der Entlassung aller politischen Gefangenen gemäß Resolution 435. Wieviele aber in Südafrikas Gefängnissen sitzen, weiß niemand genau. UN-Beobachter schätzen 200 bis 300 – zumeist SWAPO-Mitglieder bzw. -Anhänger. Offen aber ist zudem, zu welchem Zeitpunkt im Vorwahlprozeß das Apartheidregime diese namibischen Oppositionellen zu entlassen gedenkt.

Der Prozeß zur Unabhängigkeit ist also durchaus mit Problemen belastet. Sam Nujoma schrieb in einem Beitrag für die „New York Times“: „Wir erwarten Gewalttätigkeiten.“

Wie heikel die Lage ist, erwies sich schon in den ersten drei Apriltagen, als südafrikanische Truppen 146 angeblich abkommenswidrig aus Angola eingesickerte SWAPO-Guerilleros töteten. Seltsam genug: Seit rund einem halben Jahr war von beiden Seiten bereits Waffenstillstand gehalten worden. Am bemerkenswertesten jedoch sind die Folgen, die Pretoria wie synchronisiert unverzüglich ankündigte.

Die Drohung, gegebenenfalls die UNTAG aus Namibia hinauszukomplimentieren, wird dabei als verbale Begleitmusik eingeschätzt – vorerst. Unverzüglich gestoppt wurden jedoch der Abzug der südafrikanischen Truppen sowie der Abbau der SWATF, und: UNTAG-Oberaufseher Ahtisaari stimmte einer Regelung zu, daß Pretorias Soldaten unter Aufsicht der UNTAG ihre Stützpunkte verlassen dürfen (in denen sie kaserniert zu sein hätten), wenn die namibische Polizei ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen könne.

Das fragile Gebäude 435 bröckelt. Der Nutznießer heißt Pretoria, das sich Sonderkonditionen verschafft und der SWAPO die Schuld zuzuschreiben bemüht ist. Es könnte sich rächen, daß entgegen den Warnungen vor allem afrikanischer Regierungen, die Weltöffentlichkeit müsse Südafrika auf die Finger schauen, der UN-Sicherheitsrat einer drastischen Verringerung der ursprünglich vorgesehenen UNTAG-Kopfstärke zugestimmt hat, insbesondere des militärischen Kontingents von 7 500 UN-Soldaten auf 4 650. Namibia ist groß und unwegsam.

Welches Ziel verfolgt Pretoria mit seinem massiven militärischen Vorgehen – statt eine rasche Beilegung unter Vermittlung durch die UNTAG-Gruppe zu suchen, die Anfang April freilich erst mit knapp 1 000 Soldaten und etwa 100 Zivilisten präsent war? SWAPO-Sprecher Daniel Tjongarero erklärte, die Zusammenstöße sollten den Frieden nicht aufs Spiel setzen. Pretoria ließ erklären, daß auch die Ausweisung der UNTAG lediglich „eine Suspendierung, nicht die Aufkündigung des Abkommens“ bedeute, und zwar solange, „bis die SWAPO zur Vernunft gebracht wird“. Was immer also der konkrete

**DURCH DIE KÄMPFE IM NORDEN DES LANDES
BRÖCKELT DAS FRAGILE GEBÄUDE 435, DA
SÜDAFRIKA SICH SONDERKONDITIONEN
VERSCHAFFT UND MIT DEM HINAUSWURF DER UN-
TRUPPEN DROHT.**

Sachverhalt, Südafrikas Linie bleibt, den Einfluß der SWAPO zu schwächen.

Dabei hat nicht einmal mehr Namibias Kapital etwas gegen eine SWAPO-Regierung, und nicht erst, seit im Verfassungsentwurf von einer „gemischten Wirtschaft“ die Rede ist. So hat sich die Führung des De-Beers-Konzerns (Zwilling des südafrikanischen Anglo-American-Imperiums) mehrfach mit derjenigen der SWAPO getroffen – und parallel dazu erheblich in die Modernisierung ihrer Diamantenminen investiert, nicht gerade ein Zeichen von Zukunftsangst. Und Sprecher der Rössing-Urangrube, einer der größten der Welt, erklären, mit den SWAPO-Vorstellungen „können wir gut leben“.

Unbehaglich dürfte die Vorstellung eines freien, von der SWAPO regierten Namibia eher jenen wackeren Streikern sein, die – etwa vom Bonner „Namibia Information Office“ aus und mit südafrikanischem Geld – bislang Propaganda gegen die SWAPO verbreiten. Ihnen droht möglicherweise Arbeitslosigkeit „wg. Freiheit“.



Von südafrikanischen Besatzern zerstörtes Gehöft in Nordnamibia

Positionspapier der SWAPO

Wirtschaftspolitik nach der Unabhängigkeit

Am 28. November 1988 hat die SWAPO ein Positionspapier vorgelegt, das die Wirtschaftspolitik einer von ihr gestellten Regierung skizziert. Es erläutert die geplanten Reformen, die Bedingungen, unter denen ausländische Unternehmen tätig sein können und Möglichkeiten, sich von der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Südafrika zu befreien.

Dem durchschnittlichen Geschäftsmann ist Namibia eher bekannt wegen seiner wirtschaftlichen Ressourcen als wegen der entsetzlichen Lage seines Volkes in den letzten 104 Jahren. Die breite Rohstoffbasis, die ergiebige Erzlagertstätten, einen der ertragreichsten Fischfanggründe der Welt, Rinder und Karakulhäute (Persianerpelze) umfaßt, hat schon immer eine große Anziehungskraft auf ein breites Spektrum von Finanz- und Handelsunternehmen ausgeübt. (. . .)

In diesen Unternehmerkreisen glauben viele, daß die unmittelbaren Aussichten für die Erholung der namibischen Wirtschaft nicht schlecht stehen, wenn, wie es jetzt den Anschein hat, der Frieden und die Beilegung aller Kontroversen in den nächsten beiden Monaten erreicht werden. (. . .)

Der Bergbau war immer die Hauptstütze der namibischen Wirtschaft. Auf ihn entfallen ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und 85 % oder noch mehr aller aus dem Land ausgeführten Güter. Die Steuereinnahmen aus dieser Quelle belaufen sich auf etwa die Hälfte der geschätzten Staatseinkünfte. Insgesamt kommen mehr als 50 Minerale in Namibia vor. Die wichtigsten sind Uran, Diamanten und unedle Metalle wie Kupfer, Blei und Zink.

Die namibische Bergbaubranche wird von drei großen transnationalen Gesellschaften beherrscht, nämlich der Consolidated Diamond Mine (CDM), die zur Gruppe De Beers mit Sitz in Südafrika gehört (die wiederum eine Tochtergesellschaft des Konzerns Anglo American Corporation ist), der Rössing Corporation, die von der britischen Rio Tinto Zinc Corporation kontrolliert wird, und der Tsumeb Corporation, die von der englischen Consolidated Goldfields über ihre südafrikanische Tochtergesellschaft, Gold Fields of South Africa, kontrol-

liert wird. (. . .)

In Namibia gibt es keine einzige Bergbaugesellschaft, die ganz oder teilweise Namibiern gehört. Dies bedeutete die effektive Alleinherrschaft westlicher und südafrikanischer Konzerne über Namibias Mineralien. Durch diesen Zugriff auf den Schlüsselsektor der Wirtschaft des Landes haben diese Konzerne die Wirtschaft Namibias auf den Export unverarbeiteter Rohstoffe ausgerichtet und so eine Situation geschaffen, bei der ein großer Teil des Reichtums aus der Bergbaubranche – bis zu 35 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) des Landes – durch die Aneignung von Profiten, Dividenden, Überweisungen und Kapitaltransfers auf ausländische Bankkonten der transnationalen und südafrikanischen Konzerne fließt. (. . .)

Zur Zeit steht die wirtschaftliche Entwicklungspolitik der SWAPO im Mittelpunkt des neuerlichen Interesses an der namibischen Wirtschaft, weil beinahe universell eingeräumt wird, daß die Bewegung die geplanten, von der UNO überwachten Unabhängigkeitswahlen gewinnen wird. (. . .)

So war also dieses große Interesse die Ursache für die Veröffentlichung dieses kurzen politischen Dokumentes über die Gedanken, die sich die SWAPO über Wiederaufbau und Entwicklung der Wirtschaft Namibias in der Zukunft macht. (. . .)

Der Zweck dieses Papieres ist es, einen Eindruck von der Ausrichtung der Politik der Bewegung zu geben, und nicht, eine umfassende Präsentation des Wiederaufbauprogramms und Entwicklungsplans der SWAPO zu bieten.

Die politische Führung der SWAPO verhehlt nicht ihren Glauben an die moralische Überlegenheit von gesellschaftlichem Eigentum und Kontrol-

le der Wirtschaft. Die Lehre von der Gleichheit aller bildet die Basis ihrer Vision von einer gerechten Gesellschaftsordnung. Aber die Bewegung ist realistisch genug, um zu wissen, daß das unabhängige Namibia in unmittelbarer Zukunft nicht über ausreichende Finanzen oder technische Sachkenntnis und Kompetenz bei der Wirtschaftsleitung verfügen wird, um wirtschaftliche Erträge auf einem befriedigenden Stand zu halten.

Schon jetzt besteht etwa die Hälfte des namibischen Kapitalstocks aus öffentlichen oder staatlichen Vermögenswerten. Dazu gehören Eisenbahnen und Häfen sowie Straßenverwaltungen, Post und Fernmeldeeinrichtungen, Wasser- und Elektrizitätswerke, einige Minderheitsanteile an mindestens drei Bergbaugesellschaften, Ländereien und einige Finanzinstitutionen. So besteht also schon von Anfang an ein großer Bedarf an Fachkräften, um diese staatlichen Unternehmen im zukünftigen jungen Staat Namibia effizient und wirksam zu leiten.

Aber trotz dieser Schwierigkeiten wird Namibia unter einer SWAPO-Regierung nicht erlauben, daß der Status quo fortbesteht, bei dem die Wirtschaft auf die Bedürfnisse und Forderungen des ausländischen Privatkapitals zugeschnitten ist. (. . .)

In einem unabhängigen Namibia wird sich die Wirtschaftspolitik der SWAPO auf staatliche, genossenschaftliche und private Beteiligung an der Wirtschaft des Landes und auf die Bildung von Gemeinschaftsunternehmen ausrichten. Der Staat wird sich um das Eigentum an einem größeren Teil der Reichtümer des Landes bemühen, als das jetzt der Fall ist. Eine umfassende Verstaatlichung von Bergwerken, Land und anderen produktiven Wirt-

schaftszweigen ist jedoch in absehbarer Zukunft nicht vorgesehen.

Stattdessen wird der unabhängige Staat Namibia bereit sein, neue und angemessene Verträge sowohl mit den schon ansässigen ausländischen Firmen als auch mit neuen Investoren auszuhandeln, die daran interessiert sind, sich an der Weiterentwicklung des Erzabbaus in Namibia auf einer gleichberechtigten Basis und zu beiderseitigem Nutzen zu beteiligen. Der zentrale Programmpunkt der Politik der SWAPO bezüglich der wirtschaftlichen Umstrukturierung und Entwicklung zielt darauf ab, ein notwendiges Maß an nationaler Kontrolle über die Reichtümer des Landes zu erlangen und ein Gleichgewicht zwischen gerechten ökonomischen Erträgen für das namibische Volk einerseits und angemessenem Gewinn für aus- und inländische Privatinvestoren andererseits herzustellen. Das ist unentbehrlich, um die herrschende große Ungleichheit zwischen dem Nationaleinkommen Namibias und dem Bruttoinlandsprodukt und das Verhältnis von 25 zu 1 von weißen zu schwarzen Einkommen zu beseitigen.

Der Bergbau

Die Erträge und Deviseneinnahmen aus dem Bergbau Namibias müssen die wichtigste Quelle für den Wiederaufbau und die Umstrukturierung der namibischen Wirtschaft werden. Zu diesem Zweck werden Investoren einen erheblichen Teil ihrer Gewinne wieder in Namibias Wirtschaft investieren müssen. Wirtschaftsbereiche, wo die Reinvestition der Gewinne notwendig ist, sind die weitere Entwicklung und Erforschung von Erzkvorkommen. (. .)

Die Strategie der SWAPO bei der Weiterentwicklung des Abbaus von Mineralien wird auch auf die Integration dieses Schlüsselsektors in die übrige Wirtschaft abzielen. Dies wird die Entwicklung von Mineralien verarbeitenden Industrien einschließen. (. .)

Landreformpolitik

Bezüglich des Landes hat sich die SWAPO auf eine Reformpolitik festgelegt, um das Ungleichgewicht vergangener Maßnahmen bei der Landzuteilung auf rassistischer Grundlage aus der Welt zu schaffen. Ziel der neuen Politik wird es sein, einen Teil des Landes von den wenigen, die zuviel davon haben, an die Mehrheit der Landlosen zu übertragen.

Gegenwärtig gehören beinahe 60 % der Ländereien den Weißen. Etwa 5 000 weiße auf kommerzieller Basis arbeitende Farmer besitzen ca. 6 000 Rinder- und Karakulzuchtbetriebe. Nach offiziellen südafrikanischen Angaben gehören sogar 48 % dieser Farmen ausländischen Grundherren, die nicht in Namibia leben. Sie werden natürlich Kandidaten für die Landumverteilung sein. Außerdem gibt es weiße Rechtspersonen, die bis zu drei Farmen besitzen. Auch diese Farmer werden verpflichtet werden, einige ihrer Ländereien an die Besitzlosen abzugeben.

Aber auch hier kommt, wie bei der Bergbauindustrie, eine Landenteignung auf breiter Basis nicht in Frage. Stattdessen wird es staatliche Landwirtschaftsbetriebe, Kooperativen, Bodenbearbeitung durch Bauernfamilien und private Farmen auf kommerzieller Basis geben. (. .)

Die SWAPO hat mit weißen kommerziellen Farmern und Geschäftsleuten aus Handel und Dienstleistungsindustrien gesprochen und darauf hingewiesen, daß ihnen ein unabhängiges Namibia ungeachtet der vorher umrissenen Politik immer noch weit bessere Möglichkeiten für günstige und sichere wirtschaftliche Unternehmungen bieten als jene Länder (Südafrika und Westdeutschland),

die sie als ihre zweite Heimat betrachten. Die Bewegung hat wiederholt an diese Leute appelliert, Namibia als ihr wirkliches Heimatland zu betrachten, ihre Vermögenswerte hier zu belassen und bereit zu sein, ihre Fähigkeiten in den Dienst ihres Landes zu stellen.

Die SWAPO hat sich in den Fällen, in denen die Übertragung von Vermögenswerten aus Privat-hand an den Staat für den Wiederaufbau und die Umstrukturierung der namibischen Wirtschaft für notwendig erachtet wird, auf eine angemessene und gerechte Entschädigung festgelegt. (. .)

Fischereipolitik

Die Unabhängigkeit wird der vernachlässigten und überausbeuteten Fischereiindustrie Namibias den dringend notwendigen Auftrieb verleihen. Die Erträge dieser umfangreichen Wirtschaftsquelle wurden dem namibischen Volk lange vorenthalten. Sie wurde stattdessen in erster Linie von südafrikanischen Fischereigesellschaften durch Überfischung erschöpft. Zur Zerstörung der namibischen Fischvorkommen haben ganz besonders auch die Zuteilung hoher Fangquoten an südafrikanische Fischereiflotten und laxen Kontrollen anderer Fischereiflotten durch die südafrikanische Regierung beigetragen. Auch damit wird jetzt Schluß gemacht werden.

Ein unabhängiges Namibia wird die Hoheitsgewalt über die weltweit reichsten Hechtdorsch-Fanggründe ausüben, deren Wert auf ca. 2 Mrd Rand jährlich geschätzt wird. (. .)

Namibias künstliche Abhängigkeit von Südafrika

Südafrika und seine Freunde pflegen aus Eigennutz und in höchst verallgemeinernder Form immer wieder zu behaupten, Namibias Wirtschaft sei von der Wirtschaft Südafrikas hoffnungslos abhängig. Ganz gleich, wie die aus den von der UNO überwachten Wahlen hervorgehende Regierung politisch und ideologisch eingefärbt sein werde, sie müsse sich Pretorias Direktiven unterwerfen, wenn Namibia wirtschaftlich überleben wolle. Eine derartige Argumentation ist im wesentlichen falsch.

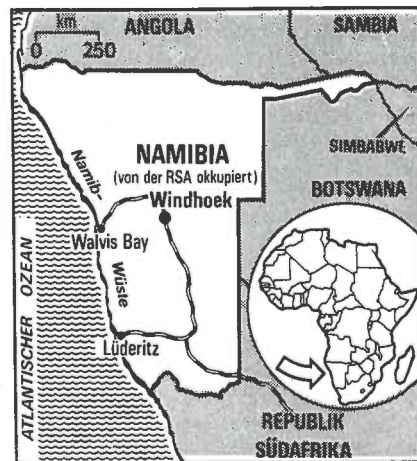
Wenngleich zutrifft, daß etwa zwei Drittel aller Investitionen in die namibische Bergbauindustrie auf transnationale Konzerne mit Sitz in Südafrika entfallen, so werden diese Unternehmen selbst doch dauernd von der Sanktionsdrohung gegen Südafrika geplatzt und sind deswegen schon jetzt dabei, ihre Investitionsrisiken möglichst breit zu streuen. Wie schon vorher erwähnt, sind sie damit beschäftigt, außerhalb Südafrikas getrennte Gesellschaften zu gründen und eintragen zu lassen. Und weil ein unabhängiges Namibia nun einmal nicht den Wunsch haben kann, gemeinsam mit Südafrika die Bürde von Sanktionen zu tragen, wird eine SWAPO-Regierung die transnationalen, in Südafrika ansässigen Konzerne, die in Namibia tätig sind, ersuchen, diese politische Option im Hinblick auf ihre eigenen unternehmerischen Interessen, die sich von denen des Apartheid-Staates unterscheiden, ernsthaft zu überdenken. Dies bedeutet, daß die geschäftliche Tätigkeit dieser Konzerne Pretoria nicht den wirtschaftlichen Würgegriff ermöglichen wird, den es gerne gegen Namibia einsetzen würde.

Auch beweist eine genaue Prüfung der Bergwerksausrüstungen in Namibia, daß diese in erster Linie von Herstellern in Europa und Nordamerika geliefert werden. Also hat es Namibia nicht nötig, diese Ausrüstung über Südafrika zu importieren. Sie können direkt von den Herstellern bezogen wer-

den.

Außerdem benötigt Namibia im Gegensatz zu anderen Staaten im zentralen Südlichen Afrika nicht den Zugang zum Eisenbahnnetz oder den Häfen Südafrikas, um seine Güter auf die internationalen Märkte zu bringen, und zwar unbeschadet des Anspruchs Südafrikas auf Ausübung der Hoheitsgewalt über Walfish Bay. Die gegenwärtige Benutzung südafrikanischer Eisenbahnen und Häfen ist eher künstlich als natürlich und verursacht unnötige, hohe Kosten. So hat der Transport von Zehntausenden lebender Rinder per Eisenbahn in die südafrikanischen Schlachthäuser und Fleischverarbeitungsanlagen den einzigen Zweck, dem südafrikanischen Meat Board das alleinige Monopol über Namibias Rinderexport zu verleihen. Durch diese Politik haben namibische, auf kommerzieller Basis arbeitende Farmer in der Tat schwere Verluste erlitten. (. .)

Weil ein großer Teil der namibischen Produktion von Fischmehl und Öl, geringere Mengen an Dosenfisch und fast der gesamte für den Export bestimmte Rinderbestand nach Südafrika zur Deckung des Bedarfs dieses Landes zu Preisen, die gewöhnlich weit unter den Weltmarktpreisen liegen, geschickt werden, werden namibischen Lebensmittelproduzenten sehr oft höhere Einkünfte aus ihren Ausfuhren verwehrt, weil sie am Direktexport auf Märkte in Übersee gehindert werden.



Außerdem verfügt Namibia über genug anbaufähiges Land für die Produktion von Feldfrüchten, so daß schon dieser Teil der Lebensmittelversorgung gedeckt ist. Südafrika hat namibische Farmer bewußt und vorsätzlich vom Getreide-, Früchte- und Gemüseanbau auf kommerzieller Basis abgehalten, um Namibia als eigenen Markt für den Absatz südafrikanischer Lebensmittelüberschüsse zu behalten. Namibia ist deshalb kurzum jetzt gut in der Lage, seine eigenen unabhängigen Handelswege zum Atlantik aufzubauen, trotz der illegalen Besetzung von Walfish Bay durch Südafrika, und ganz im Gegensatz zu der immer wiederholten Behauptung, Namibia sei von Südafrika stark abhängig. Andere kleine Häfen können an der 3 000 km langen Küste Namibias erschlossen werden, und das wird auch geschehen. Namibische Produzenten werden aus den Fesseln der imperialen Kontrolle Südafrikas befreit werden, die Handelsüter und Partner diversifizieren und so alternative Märkte erschließen, wo sie bessere Preise und Handelsbedingungen erzielen können. (. .)

(QUELLE: SWAPO of Namibia, Information & Comments, Namibia's economic Prospects brighten up. An Economic-Policy-Position-Document of the Political Bureau of the Central Committee of SWAPO, 28. November 1988, Luanda, People's Republic of Angola, Bonn, o.D.)

INTERVIEW MIT HANNO RUMPF (SWAPO)

Die USA und Südafrika sind mit ihrer Politik gescheitert

Der politische Stellenwert der Unabhängigkeit Namibias, Südafrikas Intervention während und nach dem Übergangsprozeß, die Politik der SWAPO und der Solidaritätsbewegung sind Themen unseres Interviews mit Hanno Rumpf. Er ist Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) in der Bundesrepublik und Österreich.

FRAGE: Am 1. April hat die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 435 begonnen, die die Unabhängigkeit Namibias zum Ziel hat. Wie bewerten Sie den weltpolitischen Stellenwert der Tatsache, daß es trotz der „Rollback“-Politik der USA erneut einer nationalen Befreiungsbewegung gelungen ist, sich durchzusetzen?

H. RUMPF: Die USA werten das Abkommen von Brazzaville/New York als Erfolg ihrer Politik des „Constructive Engagement“ oder auch ihrer „Linkage“-Politik. Dieses sind die Bezeichnungen, mit der die USA im Südlichen Afrika ihre Politik des „Rollback“ verschleiern. Aus der Sicht der USA ist der Erfolg dieser Politik insofern zu verstehen, als die kubanischen Internationalisten aus Angola nach Hause zurückkehren werden.

Der Ansicht der SWAPO nach basiert dieses „Erfolgsereignis“ der USA und ihrer Politik auf der inkorrekten Prämisse eines kubanischen „Imperialismus“, in Afrika oder anderswo. Die USA hatten die künstliche „Linkage“-Politik geschaffen, das heißt, sie hatten eine Unabhängigkeit Namibias an den Abzug der Kubaner aus Angola gekoppelt.

Tatsächlich sind es andere Faktoren, die das Apartheidregime an den Verhandlungstisch gezwungen hatten. Das Apartheidregime führte seit der Unabhängigkeit Angolas mit der Unterstützung der USA einen unerklärten Krieg gegen die rechtmäßige Regierung des Landes. Man wollte die den USA und Südafrika freundlich gesonnene Banditenbewegung der UNITA an die Macht putschen. Aus diesem Grund war Angola gezwungen (im Jahr 1975; d. Red.), die Unterstützung Kubas zu erbitten, um sich eben gegen die imperialistischen Interessen der USA und Südafrikas zu wehren.

Tatsache ist, daß das Apartheidregime und seine Armee im vergangenen Jahr eine entscheidende Niederlage bei Cuito Cuanavale in Angola erlitten hat. Tatsache ist auch, daß die 100 000 südafrikanischen Okkupationstruppen in Namibia einen aussichtslosen Krieg gegen den militärischen Flügel der SWAPO, die PLAN, kämpften. Sie südafrikanischen Verluste in Namibia und Angola hatten selbst für das Regime unverträglich hohe Ausmaße angenommen.

Diese Tatsachen zwangen Südafrika an den Verhandlungstisch. Aufgrund dieser Tatsachen wird Namibia jetzt in den Unabhängigkeitsprozeß eintreten. Nach dem südafrikanischen Abzug aus Namibia wird Angola bald Frieden haben – somit werden die kubanischen Internationalisten nicht benötigt und können zurückkehren.

Unter dem Schlußstrich kann es somit nur eine gültige Analyse geben: Die USA und Südafrika sind spektakulär gescheitert in ihrem Ziel, die Regierung Angolas zu stürzen.

Die SWAPO wird nach Einschätzung selbst von südafrikanischen politischen Beobachtern als Gewinner der Unabhängigkeitswahlen (1. November 1989) eingeschätzt. Somit sind auch in Namibia die USA und Südafrika in ihrem Ziel gescheitert. Somit kann nur von einem Mißerfolg der „Rollback“-Politik der USA gesprochen werden. Wenn die USA dieses anders sehen, ist das ihr Problem.

FRAGE: Welche Probleme ergeben sich jetzt für die SWAPO daraus, auf einen ausschließlich politischen Kampf umzuschalten? Welche Rolle spielt die Zusammenarbeit mit anderen politischen und ge-



SWAPO-Repräsentant Hanno Rumpf, Sohn eines deutschsprachigen namibischen Farmers

sellschaftlichen Organisationen in Namibia?

H. RUMPF: Die SWAPO hat seit 22 Jahren einen bewaffneten Kampf gegen die kolonialistischen Besatzungstruppen Südafrikas geführt. Wir haben aber auch einen aktiven und erfolgreichen politischen Kampf geführt; dieses wird z.B. durch die Arbeitskämpfe der wiedererstarkten Gewerkschaftsbewegung in Namibia belegt oder durch unsere politischen Massenveranstaltungen. Wir haben kein Problem, auf einen rein politischen Kampf umzuschalten.

Anfang April d.J. nahe Ondeshifiwa (Ovamboland) ermordete SWAPO-Kämpfer, die sich nach dem Waffenstillstand angesammelt hatten





Ankunft australischer Soldaten nahe Windhuk, die den UN-Truppen angehören

Natürliche Bündnispartner der SWAPO sind vorhanden. Die Gewerkschaftsbewegung, die Studentenbewegung, der Kirchenrat Namibias, der sich über Jahre für die Durchführung von Resolution 435 eingesetzt hat. Es gibt auch kleinere politische Gruppierungen selbst unter den weißen Namibiern, die mit der SWAPO kooperieren.

FRAGE: Erklärtes Ziel Pretorias ist die Verhinderung einer Machtübernahme durch die SWAPO. Mit welchen Mitteln versucht es, einen Wahlsieg der SWAPO bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 1. November oder zumindest eine 2/3-Mehrheit zu verhindern. Inwieweit spielt die Verringerung der UNTAG-Einheiten Südafrika dabei in die Hände?

H. RUMPF: Das Regime wird sicherlich versuchen, in den Wahlkampfverlauf und -Ausgang in Namibia einzugreifen, um somit eine 2/3-Mehrheit der SWAPO zu verhindern, die notwendig ist, um eine Verfassung zu verabschieden.

Die Polizei des Regimes, ca. 12 000 Mann stark, wird während der Übergangszeit in Namibia verbleiben. Teil dieser Polizei werden die Mitglieder der notorischen „Koevoet“ sein, einer 3 000 Mann starken Terroreinheit. In Namibia werden auch 1 500 südafrikanische Soldaten sowie die Mitglieder der SWATF (in Namibia rekrutierte Söldner des Regimes) verbleiben. Diese werden zwar „demobilisiert“, d. h. entwaffnet, aber sie werden weiter bis zur Unabhängigkeit bezahlt. Außerdem hat das Regime längst umfangreiche Waffenlager in Namibia eingerichtet, so daß eine Wiederbewaffnung der SWATF kein Problem für Südafrika darstellt. Die SWATF ist ca. 30 000 Mann stark.

Die SWAPO hat auch klare Erkenntnisse, daß das Regime die UNITA in Namibia mit namibischen Identitätsdokumenten ausstattet, damit diese gegen die SWAPO wählen. Diese UNITA-Rebellen, die nach dem südafrikanischen Rückzug nach Namibia ausweichen mußten (auf der Flucht vor der Armee Angolas), bringen außerdem ihre Waffen nach Namibia. Weiterhin gibt es reine Killer-Kommandos wie die „Weißen Wölfe“, die wohl mit politischen Morden in den Wahlkampf eingreifen sollen.

Gegen diese Handlanger des Regimes werden nur 4 650 UNTAG-Soldaten stehen. Diese müssen einen fairen und demokratischen Wahlprozeß garantieren. Mit Sicherheit steht ihnen eine sehr schwierige Aufgabe bevor. Die Verringerung der UNTAG von 7 500 Soldaten auf nur 4 650 Mann ist nicht nur im Rahmen einer „Kostenreduzierung“ zu verstehen, sondern natürlich auch als ein Versuch, die Situation in Namibia zu Ungunsten der SWAPO zu gestalten.

FRAGE: Ein Hemmnis für eine eigenständige Entwicklung Namibias wird in Zukunft die wirtschaftliche Abhängigkeit von Südafrika sein. Welche Möglichkeiten sehen Sie, diese Abhängigkeit zu verringern? Wie soll das zukünftige Wirtschaftssystem Namibias aussehen?

H. RUMPF: Nach der Unabhängigkeit Namibias wird eine Regierung sofort beginnen müssen, die wirtschaftliche Abhängigkeit – insofern diese gegeben ist – zu verringern.

Gegenwärtig hat Südafrika die volle Kontrolle über Namibias Import- und Exportinfrastruktur. Namibia wird Mitglied der Koordina-

tionskonferenz zur Entwicklung des Südlichen Afrika (SADCC) werden. Wir werden wahrscheinlich einen eigenen Hafen bauen müssen, bis wir Walvis Bay wieder in unserem rechtmäßigen Besitz haben.

Namibia wird eine „Dual Economy“ haben. Das heißt, daß es einerseits eine vom Staat gelenkte Wirtschaftspolitik geben wird, zum Beispiel eine Landreform. Andererseits wird es aber auch einen Privatssektor geben.

FRAGE: Welche Gefahren gehen von den Verbündeten Pretorias in Namibia aus? Ist es möglich, daß Südafrika – ähnlich wie im Fall Angola – Söldnereinheiten aufbaut, die gegen das unabhängige Namibia operieren?

H. RUMPF: Es ist sicherlich anzunehmen, daß Südafrika auch in Namibia eine Rebellenbewegung schaffen möchte, nach der Unabhängigkeit. Nach der Unabhängigkeit wird Namibia einer der Frontstaaten sein. Sicherlich wird das Apartheidregime versuchen, Namibia in gleicher Weise zu destabilisieren, wie das bei anderen Frontstaaten der Fall ist.

Die SWAPO ist jedoch zuversichtlich, daß es dem Regime nicht gelingen wird, in gleicher Weise, wie in Mosambik z.B., gegen uns zu agieren.

FRAGE: Ein weiteres militärisches und wirtschaftliches Druckmittel verbleibt Südafrika mit dem Hafen Walvis Bay. Was kann und wird die SWAPO unternehmen, um die Souveränität Namibias über Walvis Bay durchzusetzen?

H. RUMPF: Nach Meinung der SWAPO und der UNO ist die internationale Rechtslage zu Walvis Bay ganz klar. Walvis Bay ist Teil Namibias. Es wird die Aufgabe einer Regierung sein, zu beschließen, welche Mittel einzusetzen sind, die Souveränität über Walvis Bay wiederzuerlangen.

FRAGE: In der Vergangenheit hat die SWAPO umfangreiche Unterstützung von Angola erhalten. Wie wird sich diese Zusammenarbeit in Zukunft entwickeln? Ist eine gemeinsame Bekämpfung der UNITA-Banden beabsichtigt, die für beide Staaten eine Bedrohung darstellen?

H. RUMPF: Auch in Zukunft wird es eine enge Kooperation zwi-

Demonstration jugendlicher Sympathisanten der SWAPO



schen Angola und Namibia geben. Sicherlich gibt es ein klares Potential in der wirtschaftlichen Kooperation, im Handel.

Falls die UNITA-Banden auch nach der Unabhängigkeit ihre terroristischen Aktionen gegen BürgerInnen Namibias fortsetzen, wie es schon gegenwärtig der Fall ist, wird eine namibische Regierung dieses natürlich verhindern müssen. Wir gehen aber davon aus, daß die UNITA ohne das aktive Eingreifen der südafrikanischen Armee zu ihrer Unterstützung nach Zaire ausweichen wird. Mittelfristig wird die UNITA sowieso zum absoluten Scheitern verdammt sein.

FRAGE: Die Bundesregierung will die Zusammenarbeit mit einem unabhängigen Namibia zu „einem besonderen Modellfall deutscher Entwicklungshilfe“ machen. Wie ist diese Absichtserklärung vor dem Hintergrund der fortgesetzten Kollaboration Bonn mit dem Apartheidregime und der widerrechtlichen Ausbeutung der namibischen Naturschätze durch bundesdeutsche Konzerne zu verstehen?

H. RUMPF: In dem Antrag der Bundesregierung und der SPD, der im Bundestag ohne Gegenstimme verabschiedet wurde, beruft sich die Regierung auf ihre „historische Verantwortlichkeit“ und möchte diese als Ausgangsbasis und Erklärung für ihr Vorhaben sehen, Namibia zu „einem besonderen Modellfall deutscher Entwicklungshilfe“ zu machen.

DAS REGIME WIRD VERSUCHEN, IN DEN WAHLKAMPF EINZUGREIFEN, UM EINE 2/3-MEHRHEIT DER SWAPO ZU VERHINDERN.

Vergessen wird dabei geflissentlich die sicherlich noch größere Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich ihrer jahrzehntelangen Kollaboration mit dem Apartheidregime. Es sind sehr viele NamibierInnen mit G3-Gewehren von Heckler und Koch in Namibia erschossen worden. Unimogs aus der Bundesrepublik transportierten südafrikanische Soldaten. Es gibt viele andere Beispiele. Auch

Freiheit für Namibia!

Unterstützen Sie den Wahlkampffonds für die SWAPO!

Im November 1989 sollen erstmals freie und demokratische Wahlen in Namibia durchgeführt werden. Die Unabhängigkeit ist zum Greifen nahe.

Aber der demokratische Wahlprozeß ist gefährdet. Südafrika will einen Wahlsieg der Befreiungsbewegung SWAPO mit allen Mitteln verhindern:

- Südafrikanisches Militär bleibt weiter im Land.
- Südafrikanische Polizei kontrolliert weiter das Land.
- Die paramilitärische Spezialeinheit „Koevoet“, die die Bevölkerung jahrelang mit nächtlichen Überfällen, Diebstahl, Vergewaltigungen, Folter und Mord terrorisiert hat, wird Bestandteil der Polizei.
- Südafrika beeinflusst die Wahlvorbereitungen mit Hilfe von Falschinformationen und manipulativen Eingriffen zu seinen Gunsten.

Auch Südafrikas Verbündete, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, greifen in den Wahlkampf ein, um ihre Interessen durchzusetzen. Sie sähen am liebsten die von ihnen geförderten pro-südafrikanischen Parteien als Wahlsieger. Bundestagsabgeordnete, Vertreter von Parteistiftungen und Vertreter von Industrie und Handel betätigen sich in diesem Sinne.

Die SWAPO hat für die Befreiung Namibias bis zu dem Punkt gekämpft, an dem Südafrika an den Verhandlungstisch gezwungen wurde und dem Weg zur Unabhängigkeit zustimmen mußte. Die SWAPO steht für ein demokratisches Namibia ohne Rassendiskriminierung.

Gegen die massive Einmischung Südafrikas und seiner Verbündeten setzen wir unsere Solidarität mit der SWAPO. Für den Wahlkampf braucht die SWAPO Fahrzeuge, Druckmaschinen, Informationsmaterial und anderes.

Wir rufen auf zu Spenden auf das Sonderkonto:

I. Wick, Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, Konto-Nr.: 1206021800, BLZ: 38010111, Stichwort: „Wahlkampffonds SWAPO“

UnterzeichnerInnen: Anti-Apartheid-Bewegung, Arbeiterwohlfahrt-Bundesjugendwerk, Antimperialistisches Solidaritätskomitee, Jungsozialisten in der SPD, Christliche Initiative „Freiheit für Südafrika und Namibia“, Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika, Deutsche Jungdemokraten, Service Civil International, Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“, Entwicklungshilfe von Volk zu Volk, Informationsstelle Südliches Afrika, Namibia Projekt an der Universität Bremen, Initiative 435, A. Albrecht, Stellvertretender Vorsitzender der GEW, Demokratische Fraueninitiative, Deutsche Kommunistische Partei, Fraktion Die Grünen im Bundestag, Die Grünen – Bundesvorstand (Stand 30.3.1989)

hierfür sollte die Bundesrepublik eine „historische Verantwortung“ übernehmen.

Die SWAPO hat erklärt, daß, wenn wir eine Regierung stellen sollten, wir mit allen Staaten wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen haben möchten. Die Bundesregierung mag zwar zu diesem Zeitpunkt Absichtserklärungen verabschieden, aber es wird erst im Rahmen von Verhandlungen zwischen zwei souveränen Regierungen zu Verträgen und Vereinbarungen kommen.

FRAGE: Um die Absicht Südafrikas zu durchkreuzen, den Unabhängigkeitsprozeß Namibias zu behindern und eine Machtübernahme der SWAPO zu verhindern, ist eine Verstärkung der Aktivitäten auch der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung notwendig. Sollte der Schwerpunkt dabei auf der politischen Unterstützung für die SWAPO oder eher auf einer Verstärkung der Sanktionskampagne gegen das Apartheidregime liegen?

FRAGE: Die SWAPO bedarf zu diesem historischen Zeitpunkt unseres Unabhängigkeitskampfes aller Unterstützung der Solidaritätsbewegung hier in der Bundesrepublik.

Wir benötigen finanzielle Solidarität, um gegen die finanziell bestens von Südafrika ausgestatteten Marionettenparteien anzutreten. Wir brauchen eine starke politische Unterstützung. Natürlich ist auch ein fortgesetztes Saktionsengagement für uns wertvoll.

Es liegt jedoch letztendlich in den Händen der Solidaritätsbewegung, auf welchem Gebiet sie ihre Schwerpunkte setzen möchte.

ECASAAMA-DOSSIER

Die Contras salonfähig machen

Westeuropäische Unterstützung für den RNM

Wie der „Außenminister“ der mosambikanischen RNM-Contra, Arturo da Fonseca, kürzlich mitteilte, betreibt seine Organisation unbehelligt von bundesdeutschem Boden aus die „Lieferung von Waffen“ nach Mosambik. Außerdem halte die RNM-Führung seit dem Jahr 1981 regelmäßig „Gipfelfreffen“ auf bundesdeutschem Boden ab, zuletzt am 27.8.1988 im Heidelberger Riga-Hotel. Ihr ständiger Sitz ist in Eppelheim bei Heidelberg. Damit wurde die BRD klammheimlich zum zweiten westeuropäischen Stützpunkt der RNM neben dem Stammsitz Lissabon/Portugal ausgebaut. Ein Grund mehr, die im hier dokumentierten Dossier der Europäischen Kampagne „Beendet Südafrikas Aggression gegen Mosambik und Angola“ (ECASAAMA) aufgezeigten westeuropäischen Beihilfen für den Contra-Krieg ernst zu nehmen.

Der RNM („Nationaler Widerstand Mosambiks“) wird in den internationalen Massenmedien bisweilen in den Status einer politischen Opposition zur Frelimo (mosambikanische Regierungspartei; d. Red.) und zur Regierung Mosambiks erhoben. Der Charakter ihrer Aktivitäten spricht jedoch für das Gegenteil. Ihre Politik der systematischen Zerstörung zielt auf die Vernichtung aller sozialen und menschlichen Beziehungen in Mosambik ab. Eine Frau, der RNM-Banditen in Espungabera in der Provinz Manica beide Ohren abgeschnitten hatten, faßt ihre Meinung in einem Interview so zusammen: „Wenn sie sagen, sie wollen dieses Land regieren, so werden sie ein Volk ohne Ohren regieren müssen.“

Heute gibt es genügend Dokumente, die beweisen, daß der RNM eine Schöpfung des illegalen weißen Regimes von Ian Smith im früheren Rhodesien ist. Nach der Unabhängigkeit Simbabwe 1980 wurde der gesamte RNM – Männer, Waffen und Ausrüstung – in einer Luftbrücken-Operation nach Südafrika gebracht. Abgesehen von einigen der rückschrittlichsten Verteidiger des südafrikanischen Apartheidregimes wird weithin anerkannt, daß Südafrika als Organisator und treibende Kraft hinter dem RNM-Terror in Mosambik steht.

Weniger bekannt sind die Kontakte, die der RNM in Europa mit Politikern, Geheimdiensten, kirchlichen Organisationen, Akademikern und Organisationen der politischen Rechten unterhält. Vornehmliches Ziel solcher Kontakte ist es nicht,

materielle Unterstützung für die Banditen zu sammeln, sondern der Öffentlichkeit glauben zu machen, daß Südafrikas Hauptinstrument zur Aggression gegen Mosambik, nämlich der RNM, eine politisch glaubwürdige Bewegung sei. In diesem Sinne müssen Regierungen, die den RNM-Terroristen Aufenthalt gewähren, mitverantwortlich gemacht

werden für die Verbrechen, die Südafrika in Mosambik begeht.

Portugal ist das europäische Land, in dem der RNM am längsten präsent ist. Es war leicht, die Forderung nach Vergeltung unter den portugiesischen Siedlern, die während der Unabhängigkeit nach Portugal zurückkehrten, auszunutzen. Diese Um-

In Inhama eingetroffene Flüchtlinge, die dem RNM entkamen



gebung gab eine hervorragende Tarnung für die südafrikanische Destabilisierungskampagne ab. Der internationalen Öffentlichkeit erschien es ganz „natürlich“, daß eine mosambikanische „Widerstandsbewegung“ ihre Auslandsbasis in der Hauptstadt der früheren Kolonialmacht errichten konnte.

Portugal war jedoch nicht nur bloße Tarnung. Es gewährte dem RNM in Lissabon vielfältige Unterstützung. Obwohl es offiziell nie zugegeben wurde, unterhielten hochrangige Mitglieder portugiesischer Parteien einschließlich amtierender und ehemaliger Kabinettsmitglieder persönliche Verbindungen zur RNM. Dies schließt auch den Vizepräsidenten der Sozialdemokratischen Partei ein, der im November 1980 eine RNM-Delegation in Lissabon traf.

Die RNM-Vertretung in Portugal entwickelte sich in einem Maße, daß die mosambikanische Regierung im November 1984 bei dem portugiesischen Botschafter in Maputo offiziell gegen ihre Präsenz in Lissabon protestierte. In die Unterstützung für den RNM sind in Portugal auch Angehörige des Militärs und Geheimdienstbeamte verwickelt.

Während sich der RNM in Lissabon durch die intensive Pflege von Pressekontakten ins Rampenlicht zu setzen wußte, zog man es in der Bundesrepublik Deutschland vor, die Aktivitäten geheim zu halten. Nur gelegentlich sind in der bundesdeutschen Presse Informationen über die Anwesenheit des RNM erschienen. Wenn, dann geschah dies offensichtlich gegen den Willen der betroffenen Parteien.

Die ersten Kontakte reichen zurück bis zum November 1980, als eine RNM-Delegation in der Bundesrepublik empfangen wurde. Später wurde Kontakt zu zwei Akademikern an der Universität Kiel geknüpft, zu Professor Werner Kaltefleiter und André Thomashausen. Verschiedene RNM-Treffen in der Bundesrepublik fanden in Prof. Kaltefleiters Institut an der Universität Kiel statt.

Aber erst 1983 geriet die Bundesregierung durch die Aufdeckung von Kontakten zur RNM in Verlegenheit. Es war vielleicht nicht das Schlimmste, daß die Öffentlichkeit von diesen Kontakten erfuhr, sondern eher die Tatsache, daß sie in Zusammenhang mit einem von einem Abgesandten des US-Außenministeriums, Frank Wisner, übermittelten offiziellen Protest ans Licht kamen. Wisner berichtete Regierungsbeamten, daß seine Regierung über Aktivitäten des Vertreters des Bundesnachrichtendienstes BND in Südafrika beunruhigt sei. Dieser Mann sei in einer Weise in die Unterstützung für den RNM verwickelt, die der US-amerikanischen Politik gegenüber Mosambik schaden könne.

Zur gleichen Zeit wurde bekannt, daß der Banditenchef Afonso Dhlakama im November 1983 für sechs Wochen in die Bundesrepublik gereist war. Professor Kaltefleiter, der einer der politischen Berater von Bundeskanzler Kohl war, hatte diese Reise organisiert und ein Empfehlungsschreiben für die Delegation an das CSU-Mitglied Hans Graf Huyn geschrieben, in dem er diesen um die Vermittlung von Kontakten mit wichtigen Bundestagsabgeordneten bat. Auf dieser Reise traf die RNM-Delegation Vertreter der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung und der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung. Höhepunkt der Besuchsreise war ein Treffen mit Franz Josef Strauß.

Chanjunja Chivaca João, der kürzlich übergelaufene bisherige Leiter der Organisations- und Mobilisierungsabteilung des RNM für Europa, sagte auf einer Pressekonferenz am 30. November 1988 in Maputo, daß Afonso Dhlakama im Oktober 1988 in

Heidelberg gewesen sei, um ein Treffen der RNM-Führung zu leiten. João's Aussagen bestätigen die Tatsache, daß sich die RNM-Führung bis heute ungehindert in der Bundesrepublik treffen kann. Auf dem Heidelberger Treffen wurde beschlossen, daß Dhlakama sein Image eines Banditenchefs in das eines politischen Führers wandeln müsse. Laut João wurde beschlossen, daß der RNM ein diplomatisches Image pflegen müsse, „um in der Lage zu sein, mit der FRELIMO zu konkurrieren“. Ein anderer Beschluß auf dem Heidelberger Treffen betraf eine Änderung der militärischen Strategie des RNM, indem eine starke Truppeneinheit in Simbabwe stationiert werden solle.

Wie in Portugal, so war auch in der Bundesrepublik der Geheimdienst an der Kontaktpflege mit dem RNM und der Unterstützung seiner Vertretung interessiert. Paulo Oliveira erklärte nach seinem Überlaufen, daß die Kontaktperson zum RNM in der Bundesrepublik ein BND-Agent namens Wolfgang Richter gewesen sei. Er wäre ständig mit Evo Fernandes in Kontakt gewesen. In einer bestimmten Phase soll Richter Evo Fernandes eine Million Deutsche Mark zum Kauf von SAM-7-Flugabwehrraketen polnischen Ursprungs auf dem Schwarzmarkt übergeben haben. Paulo Oliveiras Enthüllungen über die Kontakte zwischen dem RNM und dem BND sind durch die Aussagen von Chivaca João nach dessen Bruch mit dem RNM bestätigt worden.

Eine andere Figur aus Geheimdienstkreisen ist Dr. Ludwig Holger Pfahls, der nach Angaben des „Indian Ocean Newsletter“ die Vorbereitungen für ein Treffen von RNM-„Dissidenten“ im Juni 1986 in Köln unterstützt hat.

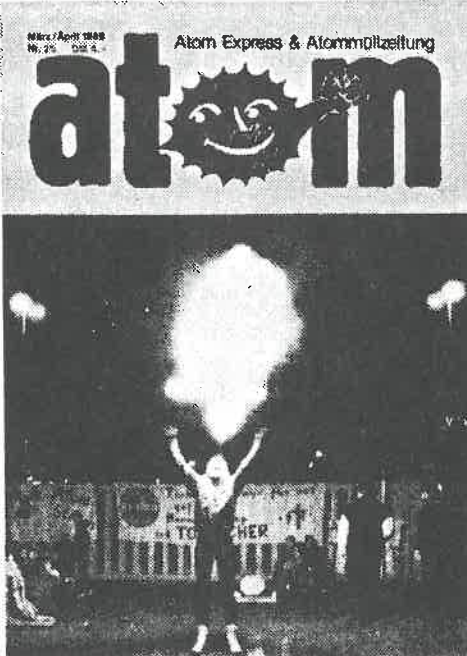
Der schlagendste Beweis für Kontakte zwischen dem RNM und politischen Kreisen aus der Bundesrepublik ist jedoch ein Brief des Leiters des Büros für Auswärtige Beziehungen der CSU, Dieter A. Schmidt, an Francisco Nota Moises, der damals Leiter der Informationsabteilung des RNM in Kenia war. Schmidt behauptet in diesem Brief, daß er keinen Kontakt mit Nota Moises benötige, da die CSU „schon in direkter Verbindung mit dem Präsidenten des RNM in Mosambik stehe und daher „ausreichend informiert“ sei.

Bis zum heutigen Tag war die Art von Kontakten, wie sie hier beschrieben wurde, vorherrschend bei den Versuchen, Unterstützung für den RNM in Europa aufzubauen. Diese Bemühungen zielten nie direkt auf die öffentliche Meinung, eher handelte es sich um gelegentliche Kontakte zu politischen Kreisen.

Seit dem vergangenen Jahr läßt sich eine andere Art von Bemühungen um die Imagepflege des RNM in Europa beobachten. Sie verfolgen zwei Zielsetzungen: Die eine besteht darin, durch den Einsatz von Bürgern des betreffenden Staates engere Verbindungen mit Abgeordneten zu knüpfen, um die Sache des RNM zu fördern. Die zweite besteht darin, die europäische Öffentlichkeit glauben zu machen, der RNM werde von respektablen Organisationen unterstützt. Vier Gruppen sind direkt mit dieser Kampagne befaßt: „International Freedom Foundation“, Großbritannien; „Western Goals“, Großbritannien; Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM); „Mozambique Solidarity Campaign“.

Da wir uns mit Mosambik befassen, beginnen wir mit der Mozambique Solidarity Campaign. Der Name „Mosambik-Solidaritäts-Kampagne“ wurde bewußt gewählt, um die Öffentlichkeit in die Irre zu führen. Das Wort „Solidarität“ taucht in der konservativen Politik nicht gerade häufig auf. Das Augenmerk der Öffentlichkeit wird daher eher auf „linke“ Werte als auf den wahren Sendegehalt

atom Nr. 25



Aus dem Inhalt

- ★ **AKW Biblis:**
Knapp am GAU vorbei
- ★ **Schacht Konrad:**
Vor der Entscheidung
- ★ **WAA Wackersdorf:**
Großdemonstration 3.6.
- ★ **Hochtemperaturreaktor:**
Groschengrab in Uentrop
- ★ **Brokdorf u.a.:**
SPD windet sich
- ★ **West meets East:**
Atomseminar mit KPdSU
- ★ **Kriminalisierung:**
Knast für Fritz Störmer
Hungerstreik
Startbahn-Prozesse

Außerdem: Berichte von den Standorten Gorleben, Emden, Mülheim-Kärlich, Ellweiler, Cattenom, Gronau, Karlsruhe...

atom erscheint jeden zweiten Monat. Preis: DM 4,-
Abo (5 Ausgaben): 25 DM

Neue Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg

der Botschaft gelenkt. Verwirrung stiftete auch der Gebrauch des bekanntesten FRELIMO-Wahlspruchs „A Luta Continua“ (Der Kampf geht weiter).

Aus dem verbreiteten Material werden zwei Hauptzüge ersichtlich: zum einen der Menschenrechtsansatz in der Kritik an der mosambikanischen Regierung, zum anderen der Versuch, Afonso Dhlakama als glaubwürdigen und ehrenwerten Freiheitskämpfer darzustellen. Das stimmt interessanterweise damit überein, daß Dhlakama gerade zu diesem Zeitpunkt auf einer südafrikanischen Militärbasis in Transvaal ein spezielles Trainings-



Joaquim Mapinda wurde von RNM-Banditen Nase und Ohren abgeschnitten

programm absolviert, in dem er das Auftreten vor Journalisten und ausländischen Politikern erlernen soll.

Die in London verbreiteten Materialien enthalten außer einer schier endlos langen Auflistung von der mosambikanischen Regierung zugeschriebenen Morden, Terror und Schreckenstaten fast nichts. Dies, so wird erklärt, sei ein bedeutender Grund für den Kampf des RNM. Ein kurzer Blick auf das Material zeigt, daß es im RNM-Büro in den Vereinigten Staaten hergestellt und für den Einsatz in Großbritannien fotokopiert wurde.

Die Postadresse der „Mozambique Solidarity Campaign“ lautet 27-Old Gloucester Street in London. In diesem Gebäude haben eine Reihe von Organisationen ihren Sitz. Eine davon ist der britische Zweig der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Die IGFM wurde 1972 in Frankfurt gegründet. Ihre Ursprünge können bis in die 30er Jahre zurückverfolgt werden. (Siehe Angola-Dossier in: DRITTE WELT 3/1989, S. 37-39; d. Red.)

Die IGFM hat ihren Hauptsitz in Frankfurt und besitzt Zweige in den USA, Großbritannien, Belgien, Frankreich, Spanien, Italien, Schweiz, Österreich, Malta, Norwegen, Schweden, Israel und Australien. Weil dieses Netz schon besteht, wird das Propaganda-Material für den RNM über die IGFM-Zweige in wahrscheinlich verschiedenen Ländern auftauchen. In Großbritannien und der Bundesrepublik hat die IGFM bereits eine breite Menschenrechtskampagne gegen die SWAPO durchgeführt, mit der Personen, die mit der Situation in Namibia nicht vertraut sind, manipuliert werden sollten.

Die dritte zum Netzwerk der RNM-Unterstützer gehörende Organisation ist Western Goals, Großbritannien. Sie wurde 1985 als Zweig der „American Western Goals Foundation“ gegründet. Im Juni 1987 begann sich die US-amerikanische Mutterorganisation auf Mittelamerika zu konzentrieren, während der britische Zweig die rechten Aufständischen im Südlichen Afrika unterstützen sollte. Andrew Smith, Direktor der britischen Western Goals, macht keinen Hehl aus der Arbeit seiner Organisation für den RNM. 1987 fuhr Stuart Notholt,

ein weiterer Direktor der britischen Western Goals, über Malawi nach Mosambik, um sich mit Vertretern des RNM zu treffen. Organisiert wurde seine Reise von dem südafrikanischen Geschäftsmann Duncan Beckman. Notholt gab an, daß Beckman wahrscheinlich Verbindungen zur südafrikanischen Regierung habe. Notholt war mit seinen Kontakten zum RNM zwar nicht zufrieden, gab hierüber aber keine weiteren Auskünfte.

Eine Schlüsselposition in diesem Netz nimmt offensichtlich die International Freedom Foundation (IFF), Großbritannien, ein. Sie hat ihren Sitz in den USA, Zweige existieren in Großbritannien, Südafrika und Israel. Der noch junge konservative Direktor der IFF, Marc Gordon, wurde von Jack Abramoff von der US-amerikanischen Mutterorganisation rekrutiert. Gordon und seine Kameraden wurden, sozusagen zur ersten Stimulation, in die USA gebracht und nach Nicaragua zu den Contras „auf Patrouille“ geschickt. Im Nachspiel des Iran-Contragate-Hearings wurde zudem bekannt, daß Jack Abramoff sich regelmäßig mit Oliver North getroffen hatte.

Die IFF verteilte in Großbritannien das „Freedom Bulletin“, in dem der FRELIMO vorgeworfen wird, Massaker an der mosambikanischen Zivilbevölkerung zu verüben. Hinsichtlich der Finanzierung der Organisation betont Gordon, die britische IFF erhalte Beiträge von britischen Geschäftsleuten, gibt jedoch auch zu, daß der größte Teil des Budgets aus den USA komme.

Diese Organisationen sind keine Organisationen im eigentlichen Sinne des Wortes. Einige sind lediglich eine Postfachadresse, andere haben eine Telefonnummer oder gar eine Anschrift. Statt engagierter Mitarbeiter haben sie ein oder zwei Angestellte, die die Geschäfte führen. In Großbritannien kommen diese Leute fast ausschließlich aus dem Ju-

gendverband der Konservativen Partei.

Die Konservative Studentenföderation wurde lange von einem äußerst rechts stehenden Ausschuß dominiert. Selbst für Margaret Thatcher rückte sie zu weit nach rechts und brachte die Konservative Partei in Verlegenheit. Diese Jugendlichen boten den geeigneten Boden für die Rekrutierung von Personal für verschiedene Organisationen der extremen Rechten, die in den letzten Jahren gegründet wurden; darunter sind viele, die unmittelbar für die US-amerikanischen Rechte arbeiten.

Obwohl sie in Großbritannien noch am deutlichsten sichtbar ist, hat sich die Lobby-Arbeit rechter Organisationen für den RNM auf verschiedene europäische Länder und auf Jugendverbände der konservativen Parteien in diesen Ländern ausgebreitet.

Diese Kampagne ist zwar noch nicht sonderlich stark entwickelt, aber das britische Beispiel sollte die Solidaritätsorganisationen zur Wachsamkeit gegenüber den Entwicklungen in ihren eigenen Ländern veranlassen. Man kann davon ausgehen, daß die genannten Organisationen der Renamo die Türen zu konservativen Abgeordneten öffnen können. Diese werden dann mit ausreichend Hintergrundmaterial versorgt, das sie in die Lage versetzt, staatliche Entwicklungshilfe für Mosambik in Frage zu stellen und Unterstützung für den RNM zu fördern. Die Frage von Menschenrechtsverletzungen in Mosambik ist dabei eines der wichtigsten Vehikel für diese Kampagne.

Im '87er Jahresbericht von Amnesty International spiegelt sich diese Kampagne in einem gewissen Maße wider. Er enthielt einseitiges Material über Mosambik, das den RNM in einem recht günstigen Licht erscheinen ließ. AI-Generalsekretär Ian Martin gab dies nach einem Besuch in Mosambik im Oktober 1988 zu.

Zeitschriftenschau

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 1/März 1989

Thema: Berausende Profite – Das weltweite Geschäft mit der Droge ● Heroin, Kokain und Haschisch korrumpieren ganze Ökonomien in der Dritten Welt. Die westliche Anti-Drogen-Politik läuft auf die Zurückdrängung traditioneller Rauschmittel zugunsten von Alkohol, Tabakprodukten und Heroin als illegaler „outsider“-Droge hinaus ● Die Akteure: Die USA mit ihren Ausrottungskampagnen ● Die UNO-Drogenabteilung als Polizeilobby ● Zimmermann mit seinen Rauschgift-Verbindungsbeamten ● Schauplätze im Süden: Drogenexportabhängiges Bolivien ● Kokainland Kolumbien ● Indien und Jamaika mit „ganja“ als Volksdroge ● Malaysia mit „dadah“ als Staatsfeind Nr. 1 ● Pakistan ● Der Opiumkrieg in China

Einzelpreis 5 DM; Abo 27 DM

Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

ila, Nr. 124/April 1989

Schwerpunktthema: Die „Neue Rechte“ in Lateinamerika ● Militärische, klerikale, philosophische, ideologische Konterstrategien: Was ist „LIC“? ● Santa Fé Nr. II ● Konferenz amerikanischer Heeresführungen ● Vatikan gegen Basiskirche ● Protestantische Fundamentalisten ● Konrad Adenauer in Nicaragua ● Außerdem: Nach den Wahlen in El Salvador ● Hungerstreik in Chile ● Besuch von Lula in Bonn ● Bericht vom Symposium „Menschenrechte in Peru“ ● Länderberichte aus Brasilien, Venezuela, Argentinien ● Erklärungen zum Hungerstreik ● 8seitige Beilage der Mittelamerika-Infostellen zur bundesdeutschen bzw. europäischen Entwicklungshilfepolitik in Zentralamerika

Einzelpreis 4 DM, Abo 40 DM

Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

epd-Entwicklungspolitik, Nr. 5/1989

Analyse: 30 Jahre Brot für die Welt und Misereor ● Indianerkonferenz in Altamira/Brasilien ● Flüchtlingshatz zum Stimmenfang ● Friedenschancen in El Salvador ● Presseberichterstattung über IWF/Weltbank-Kampagne ● Informationen: Regierungspolitik fördert Abholzung amazonischer Regenwälder ● Statistische Schleier bei Waffenexporten ● Dokumentation: Manifest zur Verteidigung des Amazonas

Einzelpreis 3,30 DM; Abo 55 DM

Bezug: epd-Entwicklungspolitik, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

Blätter des iz3w, Nr. 156/März-April 1989

Schwerpunkt Südliches Afrika: Entkolonisierung Namibias ● Namibia und die Deutschen ● Die RENAMO in Mosambik ● Kommunalwahlen in Azania ● Die Krankheit Apartheid ● Außerdem: Geschichte der Bevölkerungspolitik ● Grenada nach der US-Invasion ● Strukturanpassungskredite der Weltbank ● Türkische Flüchtlingspolitik ● Nicaragua ● Rezension „Sur“ von Solanas ● Entwicklungstheoriediskussion

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM

Bezug: iz3w, Postfach 53 28, 7800 Freiburg

Tunesien

INGRID EL-MASRY

Erste Wahlen nach Bourguiba

„Festtag der Demokratie“?

Die „Erneuerung und die Verfolgung der Legitimität, die wir mit dem Machtwechsel“ des 7.11.1987 erlangten, sollten die vorgezogenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen des 2. April d.J. in Tunesien markieren. Von einem „Festtag der Demokratie“ gar hatte Präsident Zine el-Abidine Ben Ali gesprochen.

Ob der Geist des 7. November durch die jüngsten Wahlen gefestigt wurde, kann erst die Zukunft zeigen. An jenem Tag ließ der damalige Innen- und Premierminister Ben Ali den seit der Unabhängigkeit amtierenden, greisen Staatspräsidenten Habib Bourguiba unter Berufung auf die Verfassung wegen Unfähigkeit und Senilität absetzen. Skepsis ist angebracht.

Zwar dürfte die überwältigende Mehrheit (99,3 %), mit der Ben Ali als einziger Präsidentschaftskandidat und mit Unterstützung der Opposition in seinem Amt bestätigt wurde, durchaus eine breite Zustimmung der Bevölkerung zu seiner 15monatigen Reformpolitik widerspiegeln. Die Parlamentswahlen waren hingegen bereits im Vorfeld durch heftige Auseinandersetzungen zwischen seiner Demokratischen Verfassungsbewegung (RCD) und den sechs angetretenen Oppositionsparteien überschattet.

Die Wahlergebnisse dürften kaum dazu angetan sein, die Kritik der Opposition an Parteiengesetz, Wahlmodus und Wahlbedingungen verstummen zu lassen. (1) Die RCD erreichte nach Angaben des Innenministeriums 80,5 % und wegen des Mehrheitswahlrechts sämtliche 141 Parlamentssitze. Die islamischen Fundamentalisten, die als Unabhängige unter Führung Rashid Ghannouchis kandidierten, wurden mit über 14 % stärkste Oppositionspartei vor der sozialliberalen Bewegung Demokratischer Sozialisten (MDS) Ahmed Mestiris mit weniger als 4 % der Stimmen.

Um die versprochene Parlamentsbeteiligung der Opposition dennoch zu ermöglichen und sie an sich zu binden, hatte Ben Ali den wichtigsten Parteien vorgeschlagen, zusammen mit der Regierungspartei auf einer Einheitsliste zu kandidieren. Dies scheiterte am Widerstand vor allem der MDS, die mit Vehemenz auf die Etablierung eines wirklich pluralistischen Mehrparteiensystems drängt. (2) Die Kommunistische Partei Tunesiens (PCT) unter Mohammed Harmel sowie die AnhängerInnen Ghannouchis standen einer Koalitionsliste zwar prinzipiell positiv gegenüber. Sie stellte jedoch Bedingungen, die nicht erfüllt wurden.

Ghannouchi, von Bourguiba zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt, von Ben Ali im Mai 1988 begnadigt, verlangte für seine Be-

teiligung an einer Einheitsliste die offizielle Legalisierung seiner Partei der Wiedergeburt (Hizb an-Nahda). Diese ging hervor aus dem kompromißbereiten Flügel der ehemaligen, fundamentalistischen Bewegung der Islamischen Tendenz (MTI). PCT und MDS kritisierten insbesondere das Mehrheitswahlrecht als undemokratisch und nicht verfassungsge-

mäß. Grundsätzliche Kritik üben die Oppositionsparteien auch an dem im Juni 1988 verabschiedeten neuen Parteiengesetz. Dieses erkennt zwar prinzipiell die Existenz mehrerer Parteien an und schränkt die Willkür der Bourguiba-Ära ein. Es enthält jedoch äußerst vage Formulierungen, die der Praxis großen Spielraum lassen, und schränkt die Gründung neuer Parteien durch restriktive Bestimmungen deutlich ein. (3)

Die Wahlen fanden, wie die gesamte Opposition kritisierte, unter den Bedingungen eines weitgehenden Medienmonopols der Regierungspartei, der Einschüchterung und Schikaniierung Oppositioneller und von Unregelmäßigkeiten bei der Wahlauszählung statt. 1/4 der Wahlberechtigten hatte überhaupt keine Wählerkarte erhalten. (4)

Wenn die Opposition trotz dieser enormen Einschränkungen an den Wahlen teilnahm, dann war dies sicherlich dem Vertrauensvorschuß des Präsidenten zu verdanken, seinem Versprechen, die demokratische Öffnung weiterzuführen. Als Ben Ali am 7.11.1987 Bourguiba seines Amtes enthob, hatte sich das Land in einer schweren Krise befunden. Nachdem der Großteil der Opposition sowie die einst kämpferische Spitze der Gewerkschaft UGTT bereits weitgehend zum Schweigen gebracht worden waren, hatte Bourguiba mit den Fundamentalistenprozessen vom Juni-September 1987 ein Exempel gegen 90 Mitglieder der MTI statuieren wollen. Diese hatte es als einzige Oppositionspartei noch gewagt, offen gegen das Regime zu mobilisieren. Damit aber hatte er die politischen Fronten des Landes noch mehr verhärtet.

Destabilisierend für das Regime wirkte sich vor allem die sozialökonomische Lage aus. Die Inflationsrate war nach den Brotunruhen des Jahres 1984 auf 12 % gestiegen; die Arbeitslosigkeit, von der 60 % der unter 25-jährigen betroffen sind, lag bei 25 %. Das

Wirtschaftswachstum war 1987 negativ. Eine akute Zahlungsbilanzkrise konnte im November 1986 nur durch ein IWF-Beistandsabkommen überwunden werden. Seitdem betreibt das Land eine rigorose Spar- und Liberalisierungspolitik nach den Auflagen des Fonds. Außenwirtschaftlich hat sich die Lage entspannt. Die sozialen Probleme sind geblieben.

Doch im Gegensatz zu Bourguiba ist Ben Ali bemüht, die restriktive Wirtschaftspolitik durch soziale Zugeständnisse abzumildern. Die Mindestlöhne in Industrie und Verwaltung wurden um 10 % erhöht, ein Programm zur Schaffung von 40 000 neuen Arbeitsplätzen entwickelt. (5) Eben aufgrund der ungelösten sozialen Probleme mußte es für Ben Ali eine Überlebensfrage bilden, die demokratische Öffnung voranzutreiben, die Staatspartei vom Vorwurf der Korruption und Ämterpatronage zu befreien, den Dialog mit der Opposition, insbesondere den Fundamentalisten, zu suchen.

Im Dezember 1987 begnadigte er 2487 überwiegend politische Gefangene, darunter 608 Mitglieder der MTI. Wenig später suchte er das Gespräch mit dem von Bourguiba entmachteten Gewerkschaftschef Habib Achour. Gleichzeitig entließ er, bis auf drei, sämtliche Funktionäre in Bourguibas Sozialistischer Destour-Partei aus ihren Ämtern, taufte die Partei im Februar 1988 in die RCD um. Die neue Verfassung vom 25.7.1988 schuf u.a. die Präsidentschaft auf Lebenszeit ab. Ein neues Pressegesetz tat ein übriges, um das politische Klima zu entspannen. Gleichzeitig wurden die Parteien jedoch durch den „Nationalpakt“ vom 7.12.1988 auf einen demokratischen Konsens verpflichtet.

Die Stimmen derer, die die Reformpolitik als zaghaft und inkonsequent kritisieren, sind im Wachsen begriffen.

Ben Alis Kurs befindet sich in einer vielleicht entscheidenden Phase. Der „Festtag der Demokratie“ steht noch aus.

Anmerkungen

- 1) Wahlergebnisse siehe: Jeune Afrique (JA), Paris, 12.5.1989 und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.4.1989
- 2) Vgl. JA, 8.3.1989 und Le Monde (LM), Paris, 9.3.1989
- 3) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 6.6.1988 und Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 6./7.8.1988
- 4) Vgl. L'Orient-Le Jour, Beirut, 21.23.1989 und LM, 9.4.1989
- 5) Vgl. Handelsblatt, Düsseldorf, 23.7.1987 und 21.3.1988; SZ, 21.12.1987

WOLFRAM BRÖNNER

Die Schlacht um Jalalabad als Testfall

Durchhalten bis zum politischen Kompromiß

Alle Voraussagen, das Revolutionsregime Nadjibullah werde unmittelbar nach dem vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen (15. Februar d.J.) wie ein Kartenhaus zusammenbrechen, erwiesen sich als Trugschluß. Knapp zwei Monate nach dem Abzug läßt der von den Mudjahedin angekündigte Ansturm auf Kabul noch immer auf sich warten. In Jalalabad ist ihr Vormarsch vorerst ins Stocken geraten. Damit keimen neue Hoffnungen auf, das Tor zu einer politischen Kompromißlösung in Afghanistan könnte doch noch aufgestoßen werden.

Mit Bildern der Aussichtslosigkeit aus dem belagerten Kabul hatten die westlichen Medien ihr Publikum auf die Erwartung getrimmt, daß mit dem Verschwinden der Rotarmisten die letzte Stunde der von der Demokratischen Volkspartei (DVPA) geführten Regierung schlagen werde.

Repräsentanten der afghanischen Rebellen und der Bush-Administration sagten ihren Zusammenbruch bzw. Sturz im Handumdrehen, binnen Tagen oder weniger Wochen, voraus. Mit der vorzeitigen Evakuierung ihrer Kabuler Botschaften suchten die USA, die Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich, Japan und Italien diesen Eindruck zu nähren. „Das Nadjibullah-Regime“, so der Geschäftsträger der geräumten US-Botschaft, John Glassmann, „ist wie ein Gebäude ohne Träger.“ (1)

25 000 rund um die Hauptstadt postierte Rebellen schienen mittels Raketenbeschuß und Versorgungsblockade zu garantieren, daß ihr Wunschscenario vom jähren Fall Kabuls einträte. Der Prognose Abdul Haqs, des bedeutendsten Kommandanten der Mudjahedin vor Ort, zufolge, sollten die alleingelassenen afghanischen Verteidiger ursprünglich in 5–15 Tagen, hernach in 2–3 Wochen oder aber 2–3 Monaten abgeräumt werden. (2) Doch es mehrten sich die Zweifel.

Mitte April d.J. wirkte die über eine sowjetische Luftbrücke notdürftig versorgte „Festung“ Kabul trotz der Brennstoff- und Lebensmittelknappheit relativ gelassen, für eine Großoffensive der Belagerer gewappnet. Präsident Nadjibullah hatte am 18. Februar den Ausnahmezustand verhängt, die Leitung des Ministerrates und eines Obersten Militärates selbst übernommen. Neben Ministerpräsident Scharq wurden sieben weitere unabhängige Kabinettsmitglieder durch DVPA-Mitglieder ersetzt; sechs Parteiloze verblieben allerdings in der Regierung. Parteibasis und Milizen wurden für die bevorstehenden Verteidigungskämpfe mobilisiert und bewaff-

net, die Kontrollvorkehrungen verstärkt.

Damit demonstrierte die DVPA-Führung ihren Verteidigungswillen und eine unverhoffte Geschlossenheit in einer ernsten Lage. Die von den Mudjahedin ausgestreuten Gerüchte über einen bevorstehenden Putsch oder über Aufstandsaktionen eingeschleuster Rebellen von Innen heraus, führten erst einmal nicht zu der erhofften Panik oder massenhaften Fahnenflucht, sondern, ganz im Gegenteil, zum Zusammenrücken im Überlebenskampf. Die fundamentalistischen Führer in Peschawar trugen unfreiwillig zur Durchhaltebereitschaft bei, indem sie für den Fall ihres Einzugs in Kabul eine Nacht der „30 000 durchgeschnittenen Hälse“ androhten. Angesichts dessen trat auch der notorische Fraktionshader der DVPA in den Hintergrund. „Es gibt keinen anderen Ausweg: Wir werden gemeinsam kämpfen und auch gemeinsam untergehen“, versicherte z.B. Anahita Ratebzad, die mit der Absetzung Babrak Karmals im Jahr 1986 ihren Sitz im DVPA-Politbüro verloren hatte. (3)

Von Selbstaufgabe kann um so weniger die Rede sein, nachdem es den Mudjahedin zwei Monate danach noch immer nicht gelungen ist, auch nur eines der allesamt von den Regierungskräften gehaltenen städtischen Zentren

zu erobern. Auffällig war längst zuvor, daß die bewaffnete Opposition nicht vermocht hatte, die schon in der ersten Abzugsphase von den sowjetischen Truppen im Sommer 1988 geräumten Provinzhauptstädte Kandahar, Herat oder Jalalabad einzunehmen. Nun aber sollte zuerst mit Jalalabad, das rund 135 km östlich von Kabul und in der Nähe der Grenze zu Pakistan gelegen ist, die drittgrößte Stadt des Landes von den Rebellen überrannt werden.

Die hier zusammengezogenen 12–20 000 Mudjahedin setzten am 5. März d.J. zum Sturm auf die Provinzhauptstadt von Nangarhar an. Doch sie sahen sich von den zahlenmäßig unterlegenen Regierungstruppen und -Milizen in der bislang wohl verlustreichsten Schlacht des Afghanistankrieges immer wieder zurückgeworfen. In den ersten zwei Wochen fielen mindestens 1500 Angreifer. Und nach mittlerweile fünfwoöchigem Belagerungskampf sind die Hoffnungen der Rebellen auf einen raschen Triumph erheblich gesunken. Auch ihre Eröffnung einer zweiten Front im südlichen Kandahar Ende März d.J. brachte keine Wende. (4)

Nach den geläuterten Vorstellungen der Fundamentalisten der Siebener-Allianz von Peschawar soll der Fall von Jalalabad den Weg

freiräumen für die Entscheidungsschlacht um Kabul. Damit könnte der Nachschub an Waffen und Verpflegung von Peschawar aus über den Khaiber-Paß an die Belagerer der Hauptstadt relativ ungehindert fließen. Weiter soll auf diese Weise die Moral der Regierungstreitkräfte soweit angeschlagen werden, daß dies den Kollaps des Revolutionsregimes näherbrächte. Und schließlich benötigt die Peschawar-Allianz dringend die Eroberung einer der großen Städte Afghanistans, damit sie diese zum Sitz bzw. zur Hauptstadt ihrer am 23. Februar d. J. gebildeten provisorischen Gegenregierung erklären kann.

Nach wochenlangem Tauziehen hatte sich im pakistanischen Rawalpindi, nahe Peschawar, die Ratsversammlung (Schura) zwar auf dieses Provisorium verständigt. Sie hatte den gemäßigten Traditionalisten Sibghatulla Modjadidi zum Präsidenten, den Fundamentalisten Abdul-Rasul Sayyaf zum Premierminister bestimmt. Doch konnte sie sich nicht einigen, wer von beiden in der „Schattenregierung“ das Sagen haben soll. Uneins blieben die beiden Flügel weiter darüber, welche Strategie zur Machtergreifung in Kabul gefahren und welche Art von Regierungspolitik danach kommen soll.

Die provisorische Gegenregierung krankt ferner daran, daß ihr die acht Gruppierungen der vom Iran unterstützten schiitischen Meschad-Allianz nicht angehören. (5) Noch schwerer wiegt die Tatsache, daß die Mudjahedin-Kommandanten und ihr Anhang weder in der Schura noch in der Schattenregierung vertreten sind. Die einflußreichsten Kommandanten haben ihr bislang die Zustimmung versagt, sich also nicht politisch an sie gebunden. Und dies obgleich sie nach wie vor auf die Zuteilung von Waffen und Geld durch die Peschawar-Sieben zurückgreifen. Da die Kommandanten indessen die eigentliche Gegenmacht zur Regierung Nadjibullah im Landesinnern bilden, vermag sich die Exilregierung ohne sie kaum in Szene zu setzen. Die Schlacht um Jalalabad förderte noch einige andere Schwächen der Rebellen zutage. Die Mudjahedin sind zwar geübt in punktuellen Überfällen und Sabotageakten, äußerst effektiv beim Blockieren von Versorgungskonvois in die Städte. Aber sie erwiesen sich als schlecht präpariert für Großoffensiven auf befestigte Zentren. Im Ringen um Jalalabad haperte es an der Koordination wie an abgestimmten Entlastungsangriffen andernorts.

Ferner gab es aufs Neue Berichte über Raçeakte der Rebellen wie Todesfoltern und gruppenweise Hinrichtungen an gefangenen Soldaten. Auf diese Weise untergraben sie selbst ihre Chance, die Belagerten durch ein massenhaftes Überlaufen bzw. Auflösungserscheinungen bei den Regierungstruppen empfindlich zu schwächen, was ihre Eroberungsaussichten schmälert. Schon im November 1988 hatte ein Massenmord an 120 Armeeabtrünnigen in Turcham durch die fundamentalistische Khalis-Gruppe für Furore gesorgt.

Verspielt wird auf diese Weise von den Mudjahedin außerdem eine aktive Unterstützung durch Teile der städtischen Bevölkerung, wel-

che zwar der Regierung Nadjibullah kritisch begegnen, die Belagerer aber als bedrohlicher, unberechenbarer ansehen müssen. Besonders abschreckend wirkte der Vandalismus der Rebellen, den sie bei ihrer kurzweiligen Eroberung der nördlichen Provinzhauptstadt Kunduz im Sommer 1988 vorgeführt hatten. (6)

Unpopulär ist überdies das Mittel der Hungerblockaden gegen die Zentren, zumal es von den Regierungskräften mit Luftbrücken und Lebensmittelkonvois immer wieder durchbrochen werden kann. Inzwischen tobt in den Reihen der Mudjahedin der Streit darüber, ob die langwierigere wirtschaftliche Strangulierung der Großstädte oder abkürzende Sturmangriffe vorzuziehen seien. Die beiden Flügel der Peschawar-Allianz lehnen weiterhin die Angebote der Regierung Nadjibullah zum Waffenstillstand und zu Verhandlungen über eine politische Lösung strikt ab, ohne selbst eine tragfähige politische Alternative oder ein gemeinsames Bündiskonzept anbieten zu können.

Während die Traditionalisten um Modjadidi geneigt scheinen, sich auf ein Arrangement mit den Meschad Acht und monarchistischen Kräften einzulassen, setzen die Fundamentalisten um Hekmatiar offenbar auf eine militärische Endlösung, die auf ihre Alleinherrschaft in einem theokratischen sunnitisch-islamischen Staat hinausläufe. Gerade weil ihre politische Verankerung im Inneren Afghanistans wie unter den 5,5 Mio Flüchtlingen gegenüber den Traditionalisten dürrig (7) ist, neigen sie am meisten zur kriegerischen Machtergreifung. Dabei können sie als größtes Plus ihre stetige Bevorzugung durch die Militärspitze und den Geheimdienst Pakistans (ISI) sowie den CIA bei der Waffenzuteil-

DIE FUNDAMENTALISTEN DER PESCHAWAR-ALLIANZ, DIE PAKISTANISCHE ARMEESPITZE UND DIE REGIERUNG BUSH SETZEN VOLL AUF EINE MILITÄRISCHE LÖSUNG

lung und logistischen Hilfestellung in die Waagschale werfen.

Die pakistanischen Rechtskräfte wittern in der Etablierung eines islamischen Regimes in Kabul ihre Chance, das regionale Gewicht Pakistans zugunsten des Erbfeindes Indien zu erhöhen. Ähnlich wie vor ihm Rebellenführer Hekmatiar hat sich unlängst Staatspräsident Ghulam Ishaq Khan für die Schaffung einer Pakistanisch-Afghanischen Konföderation ausgesprochen. Die Ultrakonservativen in Washington wiederum liebäugeln mit den Ankündigungen der afghanischen Fundamentalisten, ihr „Jihad“ (Heiliger Krieg) sei mit der Machteroberung in Kabul keineswegs abgeschlossen. Er werde danach in die Sowjetunion hineingetragen, um die benach-

barten islamischen Gebiete um Buchara und Taschkent vom Joch der Ungläubigen zu befreien.

Auf Betreiben von ISI-Offizieren hin drückten im Februar d.J. die Fundamentalisten der Schura und der Gegenregierung ihren Stempel auf, bestimmten sie die Eroberung des nahegelegenen Jalalabad zu ihrem ersten Etappenziel. ISI und Fundamentalisten setzten auch am 22. März d.J. durch, daß die fundamentalistisch dominierten Belagerer sich dort endlich zur Bildung eines vereinigten Militärkommandos durchrangen.

Mitte März bezichtigte der sowjetische Vizeaußenminister Juri Woronzow die pakistanische Seite, sie habe reguläre Truppenteile und Milizionäre auf afghanisches Gebiet entsandt. Diese griffen, ergänzend zur technischen und Waffenhilfe Pakistans für die Rebellen, in Belagerungskämpfe ein. In Kabul führte die Regierung zwei gefangengenommene Pakistani vor, die gestanden, als Unteroffizier bzw. Milizionär im Raum Kandahar mitgewirkt zu haben. (8)

Inwieweit dies alles hinter dem Rücken der neuen Ministerpräsidentin Benazir Bhutto geschieht, sei dahingestellt. Fest steht, daß pakistanische Militärs und ISI, welcher den Waffenzufluß an die Mudjahedin kontrolliert, damit die Gefahr eines afghanisch-pakistanischen Krieges heraufbeschwören. Präsident Nadjibullah sah hinter diesem Interventionismus überdies die Absicht einflußreicher pakistanischer Kreise, sein Land zur „fünften Provinz“ Pakistans umzufunktionieren.

Jedenfalls wäre es an der Zeit, daß die Regierung Bhutto derartigen Verwicklungen ins afghanische Kriegsgeschehen endlich einen Riegel vorzuschieben beginnt. Gemäß dem Genfer Abkommen vom April 1988 (9) hätte sie sowohl jede Einnischung zugunsten der afghanischen Rebellen zu unterbinden, als auch für die Beseitigung von deren ca. 180 militärischen Objekten (Basen, Ausbildungszentren, Waffendepots usw.) auf pakistanischem Boden zu sorgen. Dies wäre umso mehr angebracht, als die Sowjetunion eine ähnliche Zahl von Militärprojekten auf afghanischem Terrain vertragsgerecht restlos geräumt hat.

Ebenso im Widerspruch zum Genfer Vertragswerk haben die USA im vergangenen Jahr ihre weitere über Pakistan laufende Militärhilfe für die Rebellen nicht gedrosselt, sondern drastisch aufgestockt, von im Jahr 1987 offiziellen 700 Mio \$ auf 1–1,5 Mrd \$ im Jahr 1988. Washington hat auch nach dem sowjetischen Abzug die seit Vietnam größte CIA-Operation gegen Afghanistan nicht eingestellt, wie es der Nichteinmischungsklausel von Genf entspräche. Zum neuen Hauptziel anstelle der Austreibung der Sowjets wurde der Sturz des Revolutionsregimes in Kabul, und nicht etwa eine politische Verhandlungslösung erklärt. (10)

Demgemäß hat die Bush-Administration bislang keinerlei Verhandlungsinitiative der Gegenseite unterstützt. Von ihr hintertrieben wurde der pakistanisch-sowjetische Vorschlag vom Februar d.J., im Rahmen einer Nationalversammlung (Loya Jirga) alle afghani-

Verteilung von UN-Hilfsgütern in Kabul



Bonn muß eine politische Lösung in Afghanistan unterstützen

Nach dem vollständigen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan riefen bei einer Aktuellen Stunde des Bundestages die RednerInnen aller Parteien die Weltmächte UdSSR und USA sowie die AfghanInnen selbst dazu auf, einen langwierigen Bürgerkrieg zu vermeiden. Die Staatsministerin Irmgard Adam-Schwaetzer (FDP) wollte den gegenwärtigen Beitrag der Bundesregierung auf die Mitarbeit im Flüchtlingshilfeprogramm der UNO beschränkt wissen. Eine Gruppe linksunabhängiger und sozialdemokratischer Persönlichkeiten wandte sich daraufhin an Außenminister Hans Dietrich Genscher. In ihrem Brief faßten sie die Rolle der Konfliktbeteiligten differenzierter und die Forderungen an Bonn wesentlich weiter.

Sehr geehrter Herr Dr. Genscher, der Afghanistan-Konflikt nimmt nach dem Abzug der sowjetischen Truppen eine Entwicklung, die uns, die wir uns seit längerem mit dem Konflikt beschäftigen, mit Sorge erfüllt.

Die Sowjetunion hat die in dem Genfer Vertrag übernommenen Verpflichtungen mit dem Abzug ihrer gesamten Truppen erfüllt, die afghanische Regierung hat wiederholt ihre Bereitschaft zu einer politischen Lösung der Auseinandersetzungen bekundet und Waffenstillstand angeboten. Die Mujaheddin haben demgegenüber alle Erwägungen einer politischen Lösung von sich gewiesen und auch für die Zukunft einen gnadenlosen militärischen Kampf angekündigt.

Leider sind auch aus den westlichen Hauptstädten offizielle Stimmen zu hören, die die Bemühungen der UNO, die Kabuler Bevölkerung mit den notwendigsten medizinischen und Nahrungsmitteln zu versorgen, als Unterstützung der Regierung ablehnen. Der amerikanische Präsident Bush hat im Gegenzug wiederholt eine weitere Versorgung der Mujaheddin mit Waffen angekündigt. Der Vorschlag der Sowjetunion, die Waffenlieferungen gleichzeitig an beide Seiten einzustellen, ist bisher leider abgelehnt worden. Die Fortführung eines grausamen und blutigen Bürgerkrieges in diesem

schon so furchtbar zerstörten Land ist damit vorprogrammiert.

Wir möchten in dieser Situation an Art. 2 Z. 3 der UNO-Charta erinnern, in dem sich alle Mitglieder verpflichtet haben, „ihre internationalen Streitfälle mit friedlichen Mitteln auf solche Weise zu regeln, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden“.

Wir bitten sie in diesem Zusammenhang, alles in ihrer Möglichkeit Stehende zu unternehmen, um auf die an dem Konflikt in irgendeiner Weise beteiligten Regierungen einzuwirken, insbesondere auf die Regierungen Pakistans und der USA, die Waffenlieferungen einzustellen und eine politische Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Ferner bitten wir Sie darum, die Bemühungen der UNO sowohl in ihrer humanitären Hilfe wie in ihren Versuchen, die Kriegsparteien voneinander zu trennen und eine politische Lösung herbeizuführen, mit allen Mitteln zu unterstützen.

In der Hoffnung, daß mit Ihrem Einfluß ein weiteres Blutvergießen in Afghanistan verhindert werden kann, verbleiben wir mit freundlichen Grüßen im Namen der Unterzeichnenden

Prof. Dr. Norman Paech

Prof. Dr. Dieter Boris, Marburg; Helgrid Fischer-Menzel, SPD-Kreisvorsitzende, Hamburg; Prof. Dr. Günter Giesenfeld, Marburg; Prof. Dr. Leonhard Hagen, Mitglied der Bürgerschaft, Hamburg; Gunter Hilliges, Leiter des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit, Bremen; Prof. Dr. Manfred O. Hinz, Bremen; Anke Kuhbier, SPD-Kreisvorsitzende, Hamburg; Traute Müller, SPD-Landesvorsitzende, Hamburg; Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg; Christa Randzio-Plath, Mitglied der Bürgerschaft, Hamburg; Prof. Dr. Helmut Rittstieg, Hamburg; Prof. Dr. Gerhard Stuby, Bremen; Prof. Dr. Roderich Wäsner, Bremen; Prof. Dr. Erich Wulff, Hannover; Walter Zuckerer, SPD-Kreisvorsitzender, Hamburg

tung der Rebellenführer, sie beherrschten 80-90 % des Territoriums stark übertrieben. Die Mudjahedin kontrollieren rund 1/3, die Regierung etwa 1/4 des Landes, während für den Rest eine Selbstregierung neutraler Kräfte oder eine Art Doppelherrschaft zutrifft. Militärisch besteht seit dem Abrücken der sowjetischen Truppen in etwa ein Kräftegleichgewicht. Politisch sammelt die Regierung Nadjibullah beim kriegsmüden afghanischen Volk Pluspunkte, weil sie allein eine nationale Versöhnung, eine politische Kompromißlösung auf der Grundlage einer breitestmöglichen Koalitionsregierung vertritt. Ende März bot Nadjibullah den Rebellen einmal mehr einen Waffenstillstand, Gespräche „über alle Fragen“ und eine Machtteilung an. Außenminister Wakil brachte obendrein die Idee freier Wahlen unter internationaler Beobachtung ins Spiel. 12)

Falls die Mudjahedin in Jalalabad siegen sollten, stünde es erst einmal schlecht um die Moral der Verteidiger Kabuls. Falls Jalalabad sich hält, dürfte die Position der Regierung zumindest für einige Monate gesichert sein. Dies würde ihr eine Atempause beschern und der Sowjetunion größere Aussichten auf einen diplomatischen Durchbruch eröffnen. Das Durchhaltevermögen der Belagerten ist insofern ausschlaggebend dafür, ob letztlich die Tür zu einem politischen Kompromiß aufgestoßen werden kann oder ob das Land noch tiefer im Bürgerkrieg versinkt.

Anmerkungen

- 1) Newsweek, New York, 13.2.1989
- 2) Vgl. ebenda, 6. und 20.2.1989
- 3) Süddeutsche Zeitung, München, 11./12.2.1989
- 4) Daten nach: Far Eastern Economic Review, Hongkong, 23.3.1989; International Herald Tribune, Paris, 17., 23., 27. und 29.3.1989; Der Spiegel, Hamburg, 20.3.1989; Tageszeitung, West-Berlin, 21.3.1989
- 5) Zu den Allianzen von Peshawar und Meschad und ihre Widersprüchlichkeiten siehe ausführlich: DRITTE WELT, Nr. 3/1989, S. 19-24, hier S. 22ff.
- 6) Siehe Berichte von A. Taheri und J. Hippler in: Frankfurter Rundschau (FR), 29.3.1989 und Wochenzeitung, Basel, 27.1.1989
- 7) Vgl. DRITTE WELT, Nr. 3/1989, S. 23
- 8) Nach: Le Monde, Paris, 21. und 29.3.1989; Le Monde Diplomatique, Paris, Februar 1989; Neue Zeit (NZ), Moskau, Nr. 11 und 13/1989; Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 15.2.1989
- 9) Wortlaut in: DRITTE WELT, Nr. 6/1988, S. 6-9
- 10) Daten nach J. Hippler in: Konkret, Hamburg, Nr. 4/1989, S. 28ff.
- 11) Ebenda und NZ, Nr. 11/1989
- 12) FR, 25. und 23.3.1989

schen Konfliktparteien zu einem Dialog der nationalen Versöhnung zusammenzubringen. Von Washington abgeblockt wurden wiederholte sowjetisch-afghanische Ersuchen im März d.J., der UN-Sicherheitsrat möge alle afghanischen Kräfte unter seiner Schirmherrschaft an den Verhandlungstisch holen. Die USA reagierten ferner nicht auf den sowjetischen Vorschlag, beiderseits alle Waffenlieferungen zu stoppen.

Die US-Regierung ist zwar in den letzten Monaten dazu übergegangen, einen Teil ihrer Waffenhilfe direkt an die Kommandanten im Innern Afghanistans zu liefern, hält aber zugleich an der vorrangigen Unterstützung der Peshawar Sieben fest. Beides zielt darauf ab, eine militärische Lösung zu erzwingen. Für ihre Durchsetzbarkeit mit Hilfe der afghanischen Fundamentalisten, des pakistanischen Militärs und des ISI ist die Schlacht um Jalalabad der erste Härtefall. Von ihrem Ausgang dürfte es maßgeblich abhängen, ob die Ga-

rantiemacht USA und ihre Günstlinge zur Einwilligung in einen Dialog bewegt werden können.

Nach Expertenauffassung ist die Behaup-

DRITTE WELT

VON DER INTIFADA

ZUM PALÄSTINA STAAT

Im Dritte-Welt Sonderheft 1/89
Ein Jahr Intifada
Die Proklamation des Palästinenserstaates
Die US-Nahostpolitik und die Haltung der EG
Die bundesdeutsche Nahostpolitik
und ihr Sonderverhalten zu Israel

Weiterhin: UNO-Resolutionen, Interviews, Kultur,
Aktions- und Materialspiegel u.a.

Ab 30.12.88 im linken und alternativen Buchhandel
33% Rabatt ab 10 Exemplaren

Copyright ausgeben und abgeben an: Dritte-Welt Leserservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51
Ich bestelle: ☐ Einzelheft 1/89 à 2,50 zzgl. 0,70 Porto ☐ 1. Kontinuierliche Probezeit

Name _____ PLZ, Ort _____ Datum, Unterschrift _____

Vorname, Nachname, Straße, Hausnummer, Postfach, PLZ, Ort, Datum, Unterschrift

Bitte anheften: Kopie der letzten Seite der DRITTE WELT, die Sie zuletzt gelesen haben, oder eine Kopie der letzten Seite der DRITTE WELT, die Sie zuletzt gelesen haben, oder eine Kopie der letzten Seite der DRITTE WELT, die Sie zuletzt gelesen haben.

El Salvador

Nico BIVER

Cristiani wird neuer Präsident

„Eigentlicher Wahlsieger ist die FMLN“

Bei den Präsidentschaftswahlen vom 19. März d.J. gewann der Kandidat der rechtsextremen Nationalistischen Republikanischen Allianz (ARENA), Alfredo Cristiani, die absolute Mehrheit der Stimmen. Die meisten SalvadorianerInnen blieben jedoch den Urnen fern.

Cristiani erzielte bereits im ersten Wahlgang mit 53,8 % die absolute Mehrheit der Stimmen. Der Christdemokrat Fidel Chavez Mena unterlag mit 36,0 %. Auf die Partei der Nationalen Versöhnung (PCN), die die Interessen der Oligarchie unter dem früheren Militärregime vertrat, entfielen nur noch 4,1 %.

Die Demokratische Konvergenz (CD), ein Zusammenschluß der Sozialdemokratischen Partei (PSD), mit den der FMLN verbundenen beiden Parteien der Revolutionär-Demokratischen Front (FDR), Revolutionäre Nationale Bewegung (MNR) und Christlich-Soziale Volksbewegung (MPSC), nahm erstmals an einer Wahl teil. Ihr Präsidentschaftskandidat Guillermo Ungo (MNR), einer der Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale, konnte 3,8 % der Stimmen auf sich vereinen. Für die restlichen vier Kandidaten entschieden sich jeweils weniger als 1 % der WählerInnen. (1)

Die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) hatte ebenso wie die meisten Volksorganisationen zum Boykott der Wahlen aufgerufen, nachdem ihr Vorschlag vom 24. Januar d.J., die Wahlen um sechs Monate zu verschieben und unter bestimmten Bedingungen anzuerkennen, von der Armee, der ARENA und Präsident Napoleon Duarte abgelehnt worden war (siehe: DRITTE WELT 4/1989, S. 8 f.). Um zu unterstreichen, daß zur Lösung des Konflikts kein Weg an ihr vorbeiführt, verstärkte sie ihre militärischen Aktionen.

Am 16. März verordnete sie eine viertägige Verkehrsstilllegung, die selbst in der Hauptstadt San Salvador fast zu 100 % befolgt wurde. Am Wahltag selbst führte sie in 43 Orten militärische Aktionen durch, von denen jedoch die Wahllokale ausgenommen waren.

Vor dem Urnengang hatte US-Botschafter William Walker erklärt, eine Wahlbeteiligung von 60 % würde eine Niederlage der FMLN darstellen. (2) Außenminister Acevedo Peralta, der sich ähnlich geäußert hatte, mußte nach Bekanntgabe der ersten Ergebnisse zugeben: „Der eigentliche Wahlsieger ist die FMLN.“ (3) Nach offiziellen Ergebnissen hat-

ten lediglich 52 % der 1,84 Mio WählerInnen, die im Besitz eines Wahlausweises waren, ihre Stimme abgegeben. Mindestens weitere 400 000 hatten sich nicht registrieren lassen oder waren nicht zugelassen worden. 6-700 000 SalvadorianerInnen, die vor dem Krieg oder dem wirtschaftlichen Elend ins Ausland geflohen sind, waren nicht wahlberechtigt.

Auch wenn nicht alle, die sich enthalten haben oder ungültig gestimmt haben, AnhängerInnen der FMLN sind, muß der Ausgang der Wahl als ein Erfolg für sie gewertet werden. Dies wird besonders deutlich beim Vergleich mit den Ergebnissen der Stichwahl zwischen Duarte und dem damaligen ARENA-Kandidaten Roberto d'Aubuisson im Jahre 1984. Damals hatten sich 1,4 Mio für einen der beiden Kandidaten ausgesprochen. Diesmal entfielen auf die Parteien des herrschenden Lagers nur noch 900 000 Stimmen.

Damit wird auch deutlich, warum die Rechte den Verhandlungsvorschlag der FMLN, der in einer Umfrage von 59 % der BürgerInnen befürwortet worden war, abgelehnt hat. Bei einer Verschiebung der Wahlen wäre unter fairen Bedingungen ein Wahlsieg der CD mit Unterstützung der FMLN nicht unwahrscheinlich gewesen.

In der jetzigen Situation blieb die CD jedoch weit hinter den 10 % zurück, die ihr in Umfragen vorausgesagt worden waren. Die Gründe hierfür waren, neben dem Boykott der FMLN, Wahlfälschungen auf Kosten der CD und zugunsten der PCN. Damit wurde er-

reicht, daß die CD nicht den dritten Platz erreichte und somit nicht im Zentralen Wahlrat vertreten sein wird.

Über den Wahl- und Verkehrsboykott der FMLN kam es jedoch zu einer Kontroverse mit den FDR-Parteien. Ungo bezeichnete den Boykott als „einen schweren taktischen Fehler“. (4) Er führte den geringen Stimmenanteil der CD u.a. auf die Verkehrsstilllegung zurück, die besonders die CD-AnhängerInnen behindert habe.

„Wir haben immer Meinungsverschiedenheiten mit der FMLN gehabt“, erklärte Ruben Zamora (MPSC), „aber diesmal handelt es sich um einen wirklichen Widerspruch zwischen uns. Dies ist jedoch kein Grund sich zu trennen, denn die Wahlen sind zwar wichtig, aber nicht von grundsätzlicher Bedeutung. Ich verstehe die Position der FMLN, denn sie kann schwerlich eine andere Haltung einnehmen nach der Ablehnung ihres Vorschlags, die Wahlen zu verschieben, und nachdem sie den Rubicon durch Aufgabe der Forderung nach einer Beteiligung an einer provisorischen Regierung und der Eingliederung ihrer Truppen in die reguläre Armee überschritten hatte.“ (5)

Aus dem Scheitern der US-Aufstandsbekämpfungspolitik und der damit verbundenen Krise der Christdemokratie hat die ARENA Nutzen gezogen. Sie war mit ihrem Kandidaten, dem in den USA ausgebildeten Ökonomen und reichen Kaffeeplantagenbesitzer Cristiani bemüht, sich ein gemäßigtes Image zu geben. D'Aubuisson, der Gründer der ARENA, Kopf von Todesschwadronen und

Der gewählte Präsident A. Cristiani, Aushängeschild der rechtsradikalen ARENA



Verantwortlicher für den Mord an Erzbischof Romero im Jahr 1980, trat in die zweite Reihe zurück. Mit einer betont populistischen Wahlkampagne, für die über 5 Mio \$ zur Verfügung standen und die sich vor allem gegen Mißwirtschaft und Korruption richtete, konnte die ARENA vom Niedergang der Christdemokratie profitieren.

Dieser bedeutet allerdings nicht, daß die extreme Rechte an Einfluß gewonnen hätte. Selbst zusammen mit den Stimmen der anderen rechtsextremen Parteien hat Cristiani 100 000 Stimmen weniger als d'Aubuisson bei der Stichwahl im Jahr 1984 erhalten.

Wegen des Einflußverlustes der Christdemokraten kontrolliert die ARENA jetzt alle

drei Staatsgewalten. Zudem unterhält sie beste Beziehungen zur Armeespitze, so daß sie bei der Umsetzung ihres Programms auf weniger Hemmnisse stoßen dürfte als die Christdemokratie. Wirtschaftspolitisch beabsichtigt die ARENA vor allem die Maßnahmen rückgängig zu machen, mit denen erfolglos versucht worden war, der Guerilla das Wasser abzugraben. Die verstaatlichten Banken und der Außenhandel sollen reprivatisiert und die Bauerngenossenschaften aufgelöst werden, um, so Cristiani, „den Bauern ein wirkliches Eigentumsrecht zu geben“. (6)

Bezüglich des Krieges betonte Cristiani immer wieder, daß seine Partei nicht beabsichtigt, ein Blutbad anzurichten, wohlwissend,

daß dann die militärische Unterstützung durch die USA in Frage gestellt werden könnte. Tony Coelho, Abgeordneter der Demokraten im Repräsentantenhaus erklärte, die neue Regierung „würde ernste Probleme haben, wirtschaftliche oder militärische Hilfe zu bekommen“, sollten die Menschenrechtsverletzungen zunehmen. (7) Gegen Forderungen im Kongreß, die Hilfe für El Salvador einzustellen, wandte der Sprecher des Weißen Hauses Marlin Fitzwater ein, den „linken Guerilleros in El Salvador“ werde es nicht gelingen, in den USA den politischen Sieg zu erringen, den sie bei dem salvadorianischen Volk verfehlt hätten. (8)

Auch die Bundesregierung denkt nicht daran, ihre Hilfe für El Salvador einzustellen, wie es die GRÜNEN und Teile der SPD verlangt haben. Wie die Bush-Administration verweist sie scheinheilig darauf hin, die Hilfe werde solange fortgesetzt, wie die Menschenrechte geachtet würden – als ob das bisher der Fall gewesen wäre.

Cristiani, der am 1. Juni d.J. sein Amt antreten wird, hat erklärt, daß eine Lösung des Konfliktes eher auf politischer als auf militärischer Ebene liege. Er hat der FMLN Gespräche angeboten, aber erklärt, daß „weder der demokratische Prozeß noch die Verfassung handelbar“ seien. (9)

Zu den Chancen, mit der neuen Regierung eine Verhandlungslösung zu erzielen, erklärte der Rektor der Mittelamerikanischen Universität (UCA), Pater Ignacio Ellacuría: „Die ARENA ist eine Partei von Geschäftsleuten. Sie werden deshalb schnell verhandeln wollen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, während Präsident Duarte die Dinge nur politisch betrachtete. Mehr noch, wenn die ARENA mit der Guerilla verhandelt, können weder die Armee, noch die reaktionäre Presse sie anklagen, den Kommunisten in die Hände zu spielen.“ (10)

Diese Einschätzung wird auch von der FMLN geteilt, die Cristiani am 7. April d.J. einen neuen Verhandlungsvorschlag über die Abhaltung von Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung unterbreitet hat. Joaquín Villalobos, einer der fünf Kommandanten der FMLN, erklärte, es sei einfacher, „sich mit jenen zu verständigen, die über die ökonomische Macht verfügen.“ (11) Dabei macht sich die FMLN jedoch keine Illusionen, zumal einflußreiche Kräfte in der ARENA und der Armee noch einen militärischen Sieg für möglich halten. Sie bereitet sich deshalb darauf vor, den Guerillakrieg zu verstärken, um die Oligarchie an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Anmerkungen

- 1) Vgl. Informationsdienst El Salvador, West-Berlin, 31.3.1989
- 2) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.3.1989
- 3) Die Tageszeitung, West-Berlin, 22.3.1989
- 4) Le Monde (LM), Paris, 23.3.1989
- 5) LM, 19.-20.3.1989
- 6) Especial de Radio Venceremos sobre las elecciones, o.O., 26.3.1989
- 7) International Herald Tribune, Paris, 22.3.1989
- 8) Zeitung vom Letzeburger Vollek, Luxemburg, 24.3.1989
- 9) LM, 23.3.1989
- 10) Ebenda
- 11) LM, 19.-20.3.1989

ERKLÄRUNG DES GENERALKOMMANDOS DER FMLN

Die Mehrheit befürwortet eine politische Lösung

In einer Erklärung vom 21. März d.J. hat die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) Stellung zum Ausgang der Wahlen genommen. Wir dokumentieren eine Zusammenfassung des FMLN-Senders „Radio Venceremos“.

Die Etappe der Kämpfe, die zu der enormen Wahlenthaltung vom 19. März geführt haben, ist ein klarer Triumph des Volkes und eine kämpferische Ablehnung der Wahlen, die dem Krieg dienen. Diese wurden durchgeführt, nachdem der Friedensvorschlag der FMLN blockiert wurde und nach dem Scheitern der Strategie der Reagan-Administration, die auf einer angeblich zentristischen und demokratischen christdemokratischen Regierung beruhte.

Wir, die Nein sagen zum Aufstandsbekämpfungskrieg und Ja zu einer gerechten, politisch ausgehandelten Lösung des nationalen Konflikts, zur wahrhaften Demokratie, Nein zur traditionellen Abstimmungslüge, die nur dazu dient, die nordamerikanische Militärhilfe zu rechtfertigen und den Krieg und die Verelendung zu verlängern, sind die Mehrheit der Salvadorianer.

Der Herr Alfredo Cristiani wurde in der Wahl mit der höchsten Enthaltung während der Kriegsjahre für gewählt erklärt. Mehr als 60 % der Bürger haben nicht oder ungültig abgestimmt. Ein großer Teil dieser Minderheit von Bürgern ging, getäuscht von der millionenschweren Propaganda der ARENA, die Beschäftigung, Wohnung, Schulen, Gesundheitsversorgung, Bildung, wirtschaftliche Wiederbelebung und Prosperität usw. für das Land versprach, zu den Wahlurnen.

Aus all diesen Gründen kann die Wahl Cristianis weder moralisch noch politisch als rechtmäßig betrachtet werden:

Die ARENA übernimmt die Regierung während in den Streitkräften die Einheit gebrochen ist und die Anführer das Sagen haben, die „nicht akzeptieren, daß Politiker ihnen weiter reinreden“.

Die ARENA ist keine einheitliche Partei, in ihren Reihen befinden sich besessene Reaktionäre. ARENA ist die Partei der Großgrundbesitzer und der Unternehmer. Unter den Reichsten überwiegen die Feinde der Agrarreform. Sie zeichnen verantwortlich für die Armut, den Hunger und den Analphabetismus, die auf dem Lande vorherrschen. Sie, die Verfechter des „totalen Krieges“, den sie millio-

nenhaft finanzierten, steuern die Partei mit der Idee, die alte eiserne Allianz zwischen Oligarchie und blutiger Militärdiktatur wieder einzusetzen. Deren seit 1980 bestehende christdemokratische Maskerade wurde ihr in diesem neun Jahre währenden revolutionären Krieg des Volkes heruntergerissen. Die Ankunft der ARENA in der Regierung bedeutet das abermalige Zusammentreffen von Oligarchie und Militärdiktatur. Das salvadorianische Volk und die internationale Gemeinschaft müssen davon Kenntnis nehmen.

Cristiani und Merino haben ihre Bereitschaft, mit der FMLN zu verhandeln, zum Ausdruck gebracht, obwohl sie hochmütig und stolz angaben, nur einen Dialog führen aber nicht verhandeln zu wollen. Wir werden in Bälde der Regierung Duartes als auch den Herren Cristiani und Merino einen neuen Vorschlag unterbreiten, der dies auf die Probe stellen wird.

Die FMLN gibt sich keinen Illusionen hin: Sie wird den Kriegstreibern mit der allergrößten Schlagkraft entgegentreten; wir werden zeigen, daß ihre Drohungen zum Scheitern verurteilt sind. Wir halten jedoch gleichzeitig an unserem im Januar unterbreiteten Angebot für einen Frieden auf dem Verhandlungsweg fest.

Die FMLN besteht darauf, den Frieden auszuhandeln, aber solange es noch keine vertrauensbildenden Erfolge dabei gibt, wird sie ihre Waffen mit Effizienz dafür einsetzen, diesen hoffungslosen, mörderischen Kriegstreibern eine Niederlage zu bereiten.

Die Generalkommandantur der FMLN richtet sich an das Volk von El Salvador: Wir müssen noch mehr, noch entschlossener kämpfen, um die Sehnsucht nach Frieden, Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Unabhängigkeit zu verwirklichen. Für dieses Ziel greifen wir zu den revolutionären Waffen; unsere Reihen stehen offen, jeden aufzunehmen, der die Notwendigkeit und Gerechtigkeit, auf diese Art und Weise zu kämpfen, versteht.

(QUELLE: Especial de Radio Venceremos sobre las elecciones, o.O., 26.3.1989, S. 2 f)

Chile

UTA GEORGE/MARK ARENHÖVEL

Im Dezember wird „gewählt“

Pinochetismus ohne Pinochet?

Nach der Niederlage Pinochets beim Referendum im Oktober 1988 richtet sich die ganze Aufmerksamkeit sowohl der Opposition als auch der Anhänger der Diktatur auf die im Dezember d.J. anstehenden „Wahlen“ für das Parlament und das Präsidentenamt. Angesichts der Befugnisse, die die Verfassung Pinochet und der Armee einräumt, scheint es fraglich, ob danach eine Demokratisierung durchzusetzen sein wird.

Bereits zwei Monate nach dem Plebiszit war in Chile nichts mehr von der einstigen Euphorie zu spüren. Verblichene Wandsprühereien „No A Pinochet“, abgerissene Plakate und vereinzelte Aufkleber wirkten wie die letzten Spuren der Mobilisierung anlässlich des Plebiszits vom 5.10.1988.

In dieser frühsummerlichen Stimmung war die chilenische Politik von Neuigkeiten aus dem Lager der oppositionellen Parteien geprägt. Das Kandidatengerangel hatte bereits begonnen, und es entstand der Eindruck, daß die Überlegungen in den „Cheftagen“ der Parteien mit der „Basis“ wenig zu tun haben. Die Aufbruchstimmung, die während und nach dem Plebiszit geherrscht hatte, war verflogen. Zuviel Hoffnung war letztlich doch in die Si/No-Abstimmung gesetzt worden, als daß die Tatsache, daß alles beim Alten blieb, nicht viel Kraft zum Widerstand genommen hatte.

Die Parteien stellten sich schnell auf einen Wahlkampf in dem System ein, dessen Legitimität sie 15 Jahre lang bestritten hatten. Es ist eine innere Logik, daß der durch die Teilnahme am Plebiszit eingeschlagene Weg im Rahmen der bestehenden Institutionen und Verfassung im Wahlkampf und den Wahlen fortgeführt wird. Diejenigen, die nicht im Tausch des Wahlfiebers waren, verspürten eine Stimmung, die von Resignation geprägt war.

Der angehende Wahlkampf verhindert jegliche soziale Mobilisierung. Und natürlich besteht bei vielen Menschen die Hoffnung fort, durch die Wahlen könnte sich endlich etwas „Grundsätzliches ändern. Warum die Gefahr eingehen, auf einer Demonstration zusammengeschlagen zu werden, wenn doch durch ein Kreuzchen das langersehnte Ziel erreicht werden könnte? Daß die Oppositionsparteien dennoch weiterhin vom Optimismus an der Basis sprechen und den Mythos des kämpfenden chilenischen Volkes aufrechterhalten, ist ein Zeichen der Entfremdung zwischen „Volk“ und Parteifunktionären. Es bleibt die Frage, ob die sozialen Bewegungen ausreichend Kraft und Willen haben, einen anderen – nicht institutionellen, nicht konstitutionellen – Weg einzuschlagen.

Pinochet und die Junta erholen sich von

der unerwarteten Schlappe beim Plebiszit recht schnell. Ein Rücktritt des Diktators stand nie ernsthaft zur Diskussion, vielmehr mußte der „Generalkapitän“ durch internationalen Druck und den Rat seiner engsten Vertrauten, wie von Luftwaffenchef Matthei, von einem neuerlichen Putsch abgebracht werden. Die Antwort des Regimes auf die Niederlage bestand in einer neuen Repressionswelle, weiteren Privatisierungen im öffentlichen Sektor und in der Verschärfung einzel-



Der Einfluß Pinochets und der Armee wird auch nach den Dezemberwahlen entscheidend bleiben

ner Gesetze. So wurden die Möglichkeiten der Presse weiter eingeschränkt, die Kompetenzen der Banken erweitert.

Im Februar 1989 eröffnete Pinochet den Wahlkampf mit der absurden Behauptung, das „No“ habe nur durch die Unterstützung des CIA, KGB, Spaniens, Hollands, Italiens, der BRD und anderer Staaten siegen können. Bei einer Rundreise in die IX. Region im Süden Chiles, dem einzigen Bezirk, wo das „Si“ am 5. Oktober gewann, pries er die „treue, nationalistische Einstellung“ der Bewohnerinnen Temucos, so als hätte es nie eine Mehrheit von 53,31 % gegen ihn gegeben. Der

Sieg der Opposition sei „nur durch Betrug“ möglich gewesen, verriet er seinen staunenden ZuhörerInnen. Zu gern hätte er auch einen Kandidaten für die Wahlen am 14. Dezember d.J. präsentiert, doch bis heute konnte sich die Rechte noch nicht darauf einigen.

Nach der Verfassung von 1980 darf Pinochet selbst nicht kandidieren, obwohl er in letzter Zeit immer häufiger von rechtsextremer Seite aufgerufen wird, sich um die Präsidentschaft zu bewerben, und sei es mit Hilfe einer Verfassungsänderung. Schon seit Monaten führen Pablo Rodríguez, früherer Chef des rechtsextremen Mordkommandos „Patria y Libertad“, und Sergio Diez, Ex-Botschafter bei der UNO, Wahlkampf, während gewichtige Kreise der Diktatur Stimmung für Finanzminister Hernán Büchi – für die einen „el hombre“ (der Mann), für die anderen „el ministro del hambre“ (der Minister des Hungers) machen. Noch herrscht Uneinigkeit unter den Parteien des Regimes. Während die Unabhängige Demokratische Union (UDI) Diez und Büchi favorisiert, sähe die rechtsextreme Nationale Vorhut gerne Rodríguez als Kandidaten und die Nationale Erneuerung den ehemaligen Innenminister Sergio Onofre Jarpa. Mit dem Rücktritt Büchis von seinem Amt als Finanzminister Anfang April d.J. zeichnet sich jedoch ab, daß er mit Unterstützung Pinochets in das Rennen gehen wird und sich damit wahrscheinlich auch die anderen Anhänger des Regimes hinter ihn stellen werden.

Von völlig unerwarteter Seite betrat noch ein anderer möglicher Kandidat die Szenerie, Francisco Javier Errazuriz. Dieser ist Hauptaktionär und Chef eines Konzerns, weiterhin an der Bergbau- und Fischereiindustrie beteiligt. Als Anhänger der „sozialen Marktwirtschaft“ befindet er sich im Gegensatz zu Büchi, der für die neoliberale Wirtschafts- und Währungspolitik verantwortlich ist. Errazuriz gibt sich gern populistisch und versammelt sich mit seinen ArbeiterInnen und deren Familien, um zu verdeutlichen, wo er angeblich Prioritäten setzen will: bei den Armen, in der Gesundheitsfürsorge, im Erziehungswesen. Als Parteilosser gibt er Unabhängigkeit vor und besitzt mehr als nur Außenseiterchancen.

Die Repression dauert an



„In Chile wird gefoltert“

Anfang März d.J. hat die UN-Menschenrechtskommission das chilenische Regime zum wiederholten Mal wegen andauernder Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Trotz der Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Niederlage Pinochets beim Plebiszit vom Oktober 1988 hat sich wenig an der bisherigen Praxis des Regimes geändert.

DemonstrantInnen bildeten einen Schutzgürtel um das Gebäude, die Polizei ging mit Wasserwerfern, Tränengas und Schlagstöcken gegen sie vor und nahm 10 Personen vorübergehend fest. Am 6. Februar d.J. protestierten zahlreiche ChilenInnen gegen die Ankündigung der Behörden, medizinische Akten aus dem Gebäude des Solidaritätsvikariats, der kirchlichen Menschenrechtsorganisation, zu beschlagnahmen.

Das Vikariat unterstützt Opfer der Repression und gibt Leuten, die durch Polizei oder Geheimschwadronen verletzt wurden, medizinische Hilfe. Vorwand für das Vorgehen der Staatsanwaltschaft ist der Fall eines FPMR-Kämpfers, der 1986 an einem Überfall beteiligt gewesen und danach im Vikariat medizinisch behandelt worden sein soll. In diesem Zusammenhang waren bereits zwei Mitarbeiter des Vikariats, ein Arzt und ein Rechtsanwalt, inhaftiert worden. Sie wurden als Gewissensgefangene von amnesty international (ai) betreut und sind jetzt auf Kautionsfrei.

Sergio Valech, der der Menschenrechtsorganisation vorsteht, kündigte Widerstand gegen die Beschlagnahme an. Sie konnte bis jetzt verhindert werden, obwohl das Oberste Gericht ihr zugestimmt hatte. Das Vikariat beruft sich dabei auf den Schutz des Arztgeheimnisses und wertet das Vorgehen der Behörden als weiteren Versuch, die Arbeit der Organisation unmöglich zu machen und Anklagepunkte zu finden, die eine Verfolgung gerechtfertigt erscheinen lassen, wie z.B. Verbindungen zur Guerilla.

Die staatliche Repression konzentriert sich auch weiterhin auf die Linke. Im Januar d.J. waren vier führende Mitglieder der Kommunistischen Partei, darunter die frühere Arbeitsministerin unter Allende, Mireya Bafra, und der ehemalige Finanzminister Americo Zorilla für drei Wochen inhaftiert worden. Dies geschah, nachdem sie die Positionspapie-

re zum Kongreß ihrer Partei vorgestellt hatten, in denen weiterhin die Politik der Volksrebellion befürwortet wird. Sie sind derzeit auf Bewährung frei.

Bereits im September 1988 war die Einheitsgewerkschaft CUT ihrer Spitze beraubt worden. Der christdemokratische Präsident Manuel Bustos und sein Stellvertreter, der Sozialist Arturo Martinez, wurden für anderthalb Jahre in die Verbannung geschickt.

Große Gefahr geht seit einiger Zeit von Geheimschwadronen wie der Antikommunistischen Chilenischen Aktion (ACHA; ein Wortspiel mit der spanischen Bezeichnung für Axt – hacha) aus, die durch Morddrohungen, Hausüberfälle, Entführungen, Folter und Mord eine Atmosphäre der Angst verbreiten. Mehrere hundert Fälle wurden inzwischen vor Gericht gebracht, aber nie wirklich behandelt.

Nach Informationen von ai wurden die Ermittlungen meist ohne Ergebnis abgeschlossen. Richter, die versuchten, Hinweisen auf die Beteiligung von Militärs an den Verbrechen nachzugehen, stießen auf Hindernisse: Sie konnten die Täter fast nie identifizieren und auffinden.

So wurde der Sekretär der Vereinigung Unabhängiger Arbeiter in La Pintana (Santiago), am 11. Februar d.J. von drei Geheimpolizisten in einen LKW gezwungen und dann über die Gewerkschaft verhört und grausam gefoltert. Nach einer halben Stunde wurde er freigelassen. Er und eine Mitarbeiterin der Gewerkschaft hatten einige Tage zuvor Drohungen erhalten, daß sie ihre politische Arbeit beenden sollten.

Mehrere mysteriöse Todesfälle von GuerillakämpferInnen lassen ebenfalls eine Täterschaft des Repressionsapparats vermuten. Am 31.10.1988 wurden die Führungsmitglieder der FPMR, Cecilia Magni Camino und Raul Pellegrin Friedman, ertrunken am Ufer eines Flusses aufgefunden. Dabei war der FPMR-Kommandant Pellegrin ein hervorragender Schwimmer. Ähnlich mysteriös ist auch der Tod von drei weiteren Guerilleros, die sich am 4. und 5. November 1988 bei der Installation von Bomben in Santiago und Temuco selbst in die Luft gesprengt haben sollen.

Diese jüngsten Entwicklungen deuten darauf hin, daß in Zukunft zwar mit einer Abnahme der offiziellen Mechanismen der Unterdrückung gerechnet werden kann, jedoch zugunsten verdeckter Aktionen durch die Geheimschwadronen.

Juliane Kippenberg

Die Rahmenbedingungen für einen eventuellen Wandel zur Demokratie werden von der Verfassung von 1980 gesetzt. Sie sieht vor, daß Pinochet auf acht Jahre unkündbar Oberbefehlshaber des Heeres und Senator auf Lebenszeit bleibt. Auch der Nationale Sicherheitsrat, das Gremium, das die zukünftige Regierung überwachen wird und notfalls absetzen kann, falls sie nicht „verfassungskonform“ agiert, besteht zu mehr als 50 % aus Ex-Mitgliedern der Junta: Vier der sieben Mitglieder werden die Chefs der Teilstreitkräfte und der Carabineros sein. Die Militärs verschwinden von der Bühne und werden Souffleure. Die Möglichkeiten der zukünftigen Regierungen sind eng gesteckt, der Nationale Sicherheitsrat hat Vetorecht bei Gesetzesänderungen.

Die im Zuge der „Demokratisierung“ von Pinochet Mitte März d.J. vorgeschlagenen Verfassungsänderungen tasten diesen Machtfaktor kaum an. Verändert, aber nicht abgeschafft werden soll der gefürchtete Artikel 8, der jegliche Partei, die den Klassenkampf auf ihre Fahnen schreibt, verbietet. Diese Veränderung ist in jedem Fall nur Kosmetik, da die staatliche Ideologie eines starken Antikommunismus erhalten bleibt.

Der Vorschlag Pinochets sieht außerdem vor, daß zukünftig die Verabschiedung von Verfassungsreformen erleichtert, die Amtszeit des Präsidenten von acht auf vier Jahre verringert wird und dieser nicht mehr das Recht hat, das Parlament aufzulösen und ChilenInnen auszuweisen oder sie an der Einreise ins Land zu hindern. Außerdem soll der Nationale Sicherheitsrat um eine Person erweitert werden.

Da eine Verfassungsänderung vor den Wahlen ein neues Plebiszit erfordert, scheint Pinochet das Ziel zu verfolgen, einen Keil zwischen die Opposition zu treiben und durch einen Sieg im Referendum die Wahlchancen seiner AnhängerInnen zu verbessern. In Chile und im Ausland soll zudem der Eindruck erweckt werden, daß ein Übergang zur Demokratie stattfindet. Auch wenn die wichtigsten Forderungen der Opposition – etwa nach Abschaffung der ernannten Senatoren und Beseitigung der Machtbefugnisse der Streitkräfte – nicht berücksichtigt wurden, kommt der Vorschlag mit der Vereinfachung der Mechanismen für Verfassungsreformen und der Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten dieser entgegen. Die Christdemokraten haben sich deshalb auch bereits positiv zu den beabsichtigten Veränderungen geäußert, während die Linke sie als völlig unzureichend bezeichnete.

Den Oppositionsparteien gelang es nicht, aus der Schwäche der Rechten Kapital zu schlagen. Statt politische Programme zum Übergang in die Demokratie zu entwerfen, üben sie sich im Parteiengezänk. Die Christdemokraten, laut einer Umfrage der oppositionellen Tageszeitung „La Epoca“ vom 9. Februar d.J. mit 37,3 % AnhängerInnen stärkste politische Kraft im Lande, entschieden sich nach fast dreimonatigem Streit für ihren Vorsitzenden Patricio Aylwin als Präsidentschaftskandidaten. Damit wird er wohl als ge-

meinsamer Kandidat der 17 Parteien des oppositionellen Bündnisses „Concertación“ in die Wahlen gehen.

Populärster Politiker scheint trotzdem zur Zeit Eduardo Frei, Sohn des ehemaligen Präsidenten, zu sein. Bei der genannten Umfrage sahen ihn gern 27,7 % der Befragten als Präsident, 13, % waren für Büchi, 10,7 % für Aylwin, noch 7 % für Pinochet und 6,4 % für den Sozialdemokraten Ricardo Lagos. Dies zeigt, daß die Kandidaten, die zu den „Prominenten“ vor dem Putsch gehörten, wesentlich schlechter abschneiden als jüngere, da 40 % der ChilenInnen, die jetzt wahlberechtigt sind, noch nie an einer Präsidentschaftswahl teilnehmen durften. Bei einem Zweikampf zwischen Aylwin und Büchi sagt eine andere Umfrage von „La Epoca“ jedoch einen Wahlsieg der Christdemokraten mit 55 % der Stimmen vor dem ehemaligen Finanzminister mit 39 % voraus.

Mit der Gründung der Breiten Partei der Sozialistischen Linken (PAIS) Ende letzten Jahres hat sich die illegale Linke ein Instru-



Eine gewählte Regierung wird wenig Macht über die Streitkräfte haben

ment geschaffen, um an den Wahlen teilnehmen zu können. An PAIS beteiligen sich die Kommunistische Partei (PCCh), die Sozialistische Partei Almeydas (PS-Almeyda), die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), die Christliche Linke (IC), die Bewegung der Einheitlichen Volksaktion (MAPU) und die Radikale Sozialistische-Demokratische Partei (PRSD), die allesamt auch der Vereinigten Linken (IU) angehören.

Etwa 12,7 % der WählerInnen würden PAIS heute wählen – für eine so junge Partei ein beachtliches Ergebnis. PAIS zielt darauf hin, den Militärapparat zu entmachten und grundsätzlich umzustrukturieren. Außerdem strebt die Partei weitreichende Verfassungsänderungen an.

Wesentlicher Programmpunkt ist die Verwirklichung der Menschenrechte, die Bestrafung der Schuldigen für die Greuelthaten der letzten 16 Jahre sowie die Freiheit für die politischen Gefangenen. Die Geheimpolizei CNI soll aufgelöst und ein Notprogramm zur Erhöhung der Mindestlöhne, zur Verbesserung

des Gesundheits-, Wohnungs- und Bildungswesens durchgeführt werden.

Vertreter von PAIS werden nicht müde, den taktischen Charakter dieser Partei herauszustellen. Der Frage, wie sie ihre Vorstellungen eines Demokratisierungsprozesses gegen einen christdemokratischen Präsidenten durchbringen wollen, wird ausgewichen. Arturo Martinez, Vorsitzender der chilenischen Druckergewerkschaft CONAGRA, brachte das Unbehagen vieler chilenischer ArbeiterInnen auf den Punkt, als er feststellte, daß „die politischen Parteien unsere Forderungen ignorieren und sich nur um die bevorstehenden Wahlen kümmern.“

Der „Wahlrausch“ des Jahres 1989 selbst bei Funktionären linker Parteien kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme Chiles nicht durch die Wahlen im Dezember zu lösen sind. Durch eine Konzentration auf den Wahlkampf ist zu befürchten, daß die sozialen Bewegungen weiteren Schaden nehmen werden, die politische Mobilisierung behindert wird und Illusionen über die Veränderungsmöglichkeiten des Systems geschaffen werden. Lachende Dritte werden dann jene sein, die einen Pinochetismus ohne Pinochet schaffen wollen, oder die sich zumindest damit zufriedengeben würden.

Es muß jedoch in Rechnung gestellt werden, daß PAIS, wie jede andere Partei, die sich anläßlich des Plebiszits für den konstitutionellen Weg entschieden hat, gewissen Sachzwängen unterliegt. Falls am Ende des Jahres der „zivile Putschist“ Aylwin – nicht aus Zufall Hätschelkind der CDU und schon vor Jahresfrist von Geißler als zukünftiger demokratischer Präsident gefeiert – mit Unterstützung der Linken an die Regierung kommt, steht diese vor dem Dilemma, die „Einigkeit der demokratischen Kräfte“ aufs Spiel zu setzen oder aber Abstriche an ihrem Programm zu machen, welches sich strikt gegen eine Amnestierung der Schuldigen wendet, für eine grundlegende Umgestaltung des Wirtschaftssystems eintritt und die Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten am demokratischen Aufbau vorsieht. Im Dezember 1988 berief die PCCh ihren 15. Kongreß ein. Zum ersten Mal seit 19 Jahren bot sich die Gelegenheit, die Richtung dieser wichtigen Partei – sie verfügt über einen festen Stamm von etwa 10 – 15 % AnhängerInnen – neu zu bestimmen.

Dieser Prozeß, eine den heutigen Realitäten adäquate Politik zu entwerfen, erweist sich als besonders kompliziert, da die Partei sich im Untergrund befindet und Diskussionen nur in kleinen Gruppen möglich sind.

Schon im Aufruf zum Kongreß wurde deutlich, daß die Einschätzung der Niederlage der Regierung der Unidad Popular (1970-73) von der früheren abweicht. Jaime Insunza, Sprecher der PCCh, stellte in einem Zeitungsinterview fest, daß die UP vor allem den Fehler gemacht habe, ökonomische Probleme im Vordergrund zu sehen und sich weniger um militärische Fragen, den Machterhalt, gekümmert zu haben. Außerdem wurde selbstkritisch angemerkt, daß die seit 1982 praktizier-

te Politik der Volksrebellion durch eine Überbetonung des militärischen Faktors gekennzeichnet war und der politische und soziale Kampf einen zu niedrigen Stellenwert hatte. Auch in Zukunft soll an der Politik der Volksrebellion festgehalten werden, was auch die Unterstützung eines Flügels der Patriotischen Front Manuel Rodriguez (FPMR), der sog. „frente-partido“, einschließt.

Ein Machtfaktor, der gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, bleibt das chilenische Militär. Auch nach dem Abtreten Pinochets, dem „offiziellen“ Ende der Militärdiktatur, wird sich die Rolle der Streitkräfte nicht tiefgreifend ändern. Sowohl die ihnen durch die Verfassung zugesicherten Funktionen im politischen Apparat der neuen „Demokratie“, wie im Nationalen Sicherheitsrat, als auch ihre weiterhin privilegierte Stellung – ein Offizier verdient monatlich etwa 10 000 DM, ein/e LehrerIn 300 DM – betonen die fortwährende wichtige Rolle des Militärs.

Diese Konstanz in der Machtverteilung verhindert natürlich auch eine Verurteilung der Mörder und Folterknechte der letzten 16 Jahre. Die Tatsache, daß Pinochet nach dem Plebiszit altgediente Militärs gegen junge austauschte, spricht zudem nicht etwa für eine mögliche Distanzierung der Streitkräfte von den Greuelthaten der Putschisten. Während altgediente Militärs auch andere Staatsformen als nur die Diktatur erlebt haben, sind die jungen Militärs „Kinder der Diktatur“ im besten Sinne des Wortes. Eine gewählte Regierung wird aufgrund von verfassungsrechtlich verfügbaren Funktionen der Militärs nur begrenzt demokratisch regieren können. Die Hintermänner dieses Szenarios, das sich dann Demokratie nennen soll, wegen Menschenrechtsverletzungen anzuklagen, dürfte den Gewählten unmöglich sein, selbst wenn sie es noch so sehr wollten.

Solidaritätsaufruf

Die Izquierda Unida (Vereinigte Linke) ruft alle Solidaritätsorganisationen dazu auf, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um eine Solidaritätskampagne zur Unterstützung der Aktionen des chilenischen Volkes und der Izquierda Unida durchzuführen, die unabdingbar für die Wiederherstellung der Demokratie in Chile sind.

Diese Kampagne, die sich im Laufe des Jahres 1989 entwickeln soll, hat das Ziel, die Massenmobilisierung in Chile zu fördern, um die Diktatur unter Druck zu setzen und sie zu zwingen, ihre repressiven Strukturen aufzugeben, sowie den Wahlkampf für die Wahlen am 14. Dezember, die das Volk gewinnen kann, erfolgreich anzugehen.

Wenn die demokratischen Kräfte Erfolg haben, wird es möglich sein, die notwendigen Grundlagen für den Aufbau der Demokratie im Land zu legen.

Wir brauchen daher Solidaritätsaktionen mit folgenden Zielsetzungen:

1. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen.
2. Einstellung aller Menschenrechtsverletzungen, wie die Ermordung von Oppositionellen, willkürliche Verhaftungen, Folter sowie jede Form der Einschüchterung von Menschen, die sich der Diktatur widersetzen.
3. Finanzkampagne zur Unterstützung der politischen und sozialen Aktionen der Izquierda Unida.

Izquierda Unida, BRD

PETER GARCIA

Neuer US-Schuldenplan

Zu spät und zu wenig

Kaum im Amt, beglückte der neue US-Finanzminister Nicholas Brady die Welt auch schon mit Lösungsvorschlägen zur Verschuldungskrise. Leider machte die anfängliche Euphorie über diese lobenswerte Initiative bald der Ernüchterung Platz. Die Vorstellungen Bradys erwiesen sich als genauso unrealistisch wie die seines Vorgängers James Baker.

Vor drei Jahren hatte Baker, der heute US-Außenminister ist, den Ländern der Dritten Welt empfohlen, sie sollten sich wie Baron Münchhausen am eigenen Zopf aus dem Schuldensumpf ziehen. Sein Rezept war genauso einfach wie wirkungslos: Sparen, sparen und nochmals sparen – bis die Schuldnerländer ihre krisengeschüttelten Wirtschaften selbst saniert hätten. Wann immer sich Regierungen an dieses Rezept hielten, bezahlte der Großteil der Bevölkerung die Zeche mit Hunger und Verarmung.

Möglicherweise war das nicht einmal Bakers Absicht. Voller Naivität hatte er geglaubt, die Privatbanken würden die Sanierungsanstrengungen der Schuldnerländer mit großzügigen neuen Krediten belohnen. Ein entsprechender Appell an die Manager der Geschäftsbanken blieb jedoch ohne Wirkung. Die Banker nickten lächelnd wie chinesische Buddhas – und ließen es weitgehend dabei bewenden.

Wenn sie überhaupt neue Gelder ausliehen, dann vor allem, um die Bezahlung der Raten und Zinsen für ältere Kredite zu sichern. In der Regel ließen sie aber hierbei den Hilfsfonds der Regierungen der westlichen Industrieländer und den multinationalen Kreditinstituten den Vortritt. Mit dieser Strategie gelang es den Geschäftsbanken während der Baker-Zeit, den Anteil ihrer Kredite an den Auslandsschulden der 15 höchstverschuldeten Länder der Dritten Welt sogar von 62 % auf 56 % zu senken.

Der Baker-Plan scheiterte nicht nur in dieser Hinsicht. Die reale Zunahme des Bruttosozialprodukts der Schuldnerländer blieb minimal. Die Wirtschaftsentwicklung stagnierte. Die Armen wurden noch ärmer. Die Reichen schickten ihr Geld weiter in die Schweiz oder nach Florida. Der Netto-Kapitalabfluß aus der Region nahm auf jährlich 30 Mrd \$ zu und die Auslandsverschuldung erhöhte sich bis 1988 auf insgesamt 1,2 Bio \$.

In der Dritten Welt mehrten sich die Stimmen, die wegen der Unbezahlbarkeit der Forderungen einen Schuldenerlaß forderten. Einzelne weitsichtige Wirtschaftsgrößen und Politiker in den Industrieländern, wie der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank oder der Staatschef Spaniens, reiheten sich verhal-



Im Februar d.J. brachte die venezolanische Armee mehrere hundert Menschen um, die gegen die IWF-Sparpolitik protestierten

Bis heute ist die Zahl der Toten nicht genau bekannt; die Zeitungen sprechen von über 2000. Außerdem entstanden Schäden in Zigmillionenhöhe.

Die blutigen Ereignisse waren durch drastische Sparmaßnahmen der neugewählten Regierung Venezuelas provoziert worden: durch die Streichung von Lebensmittel-Subventionen, staatlichen Investitionen und Arbeitsplätzen sowie durch die Verteuerung der Tarife der öffentlichen Dienstleistungen und der Treibstoffpreise. Mit diesen Sparbeschlüssen hatte sich Venezuela nach zweijähriger Erpressung dem Druck der Banken gebeugt, die neue Kredite von der Anerkennung der Richtlinien des Baker-Plans und des Internationalen Währungsfonds (IWF) abhängig gemacht hatten.

Die blutigen Ereignisse in dem südamerikanischen Land lösten in der neuen US-Administration Panik aus. Schnell wurde der bei den Schuldnerländern unbeliebte Baker-Plan beerdigt – um ihn als Brady-Initiative neu aufzuerstehen zu lassen.

ten in den Chor dieser Stimmen ein.

Da ertönte Ende Februar d.J. ein Paukenschlag, der Manager und Minister gleichermaßen aus ihren gepolsterten Ledersesseln hochriß. In wenigen Stunden verwandelten sich die großen Städte Venezuelas in ein Schlachtfeld. Zehntausende gingen auf die Straße, setzten Busse in Brand und plünderten Läden. Die Regierung schickte Truppen zum Kriegseinsatz in die Städte. Aus einzelnen Elendsvierteln wurde zurückgeschossen.

Die Vorschläge Bradys enthalten alle Elemente des alten Baker-Plans: das Prinzip der Fall-zu-Fall-Regelung, das ein gemeinsames Verhandeln und solidarisches Verhalten der Dritte-Welt-Länder verhindern soll; den Ausverkauf der nationalen Wirtschaft durch die Umwandlung von Schulden in ausländische Unternehmensbeteiligungen (bis heute nur von Chiles Diktatur in größerem Ausmaße betrieben); die berühmten freiwilligen Kredite der Privatbanken, die bisher leider ausgeblieben sind; und schließlich drastische Sparmaßnahmen mit verheerenden Folgen für den Lebensstandard der Bevölkerung.

Natürlich wäre der Brady-Plan kein neuer Plan, wenn er nicht auch neue Aspekte hätte. Bradys Naivität übersteigt die seines Vorgängers noch um einiges, indem er die Geschäftsbanken jetzt auffordert, vor der großzügigen – und freiwilligen – Vergabe neuer Darlehen doch bitte ebenso freiwillig auf 30 % der alten Kredite und Zinszahlungen zu verzichten. Als Gegenleistung sollen die Geschäftsbanken vom IWF und der Weltbank Garantiebonds zur Absicherung der restlichen 70 % erhalten, damit ihnen wenigstens dieser Teil der Kredite und Zinsen erhalten bleibt. Außerdem forderte Brady den IWF und die Weltbank auf, in Zukunft den ärmeren Ländern mit Krediten den Rückkauf ihrer Schulden von den Geschäftsbanken zu ermöglichen.

Genau wie der Baker-Plan krankt auch die Brady-Initiative an krasser Geldarmut. Die riesigen Summen, die für eine effektive Reduzierung des Schuldenberges nötig wären, sind zur Zeit nirgendwo in Sicht. Ein Abzweigen von Geldern aus dem Rüstungsetat etwa ist nicht im Gespräch. Brady setzt bei seinem Plan ganz und gar auf die traditionellen Geldgeber. Bei den 15 mit insgesamt 500 Mrd \$ höchstverschuldeten Ländern der Dritten Welt kam der Großteil der bisherigen Kredite aus drei Quellen: 56 % von den Geschäftsbanken, 21 % als bilaterale Hilfe von den Regierungen der Industrieländer und 16 % von den multinationalen Kreditinstituten und dem IWF.

Welche realen Chancen bieten diese drei Quellen für einen möglichen Schuldenab-

bau? Normalerweise, und das dürfte wohl auch Herrn Brady nicht entgangen sein, sind Bankmanager keine barmherzigen Samariter, sondern von den Bankaktionären beauftragte Dividendenschöpfer. Die Geschäftsbanken hatten bereits zur Zeit des Baker-Plans wenig Neigung gezeigt, neue Gelder in die Krisenwirtschaften der Dritten Welt zu pumpen.

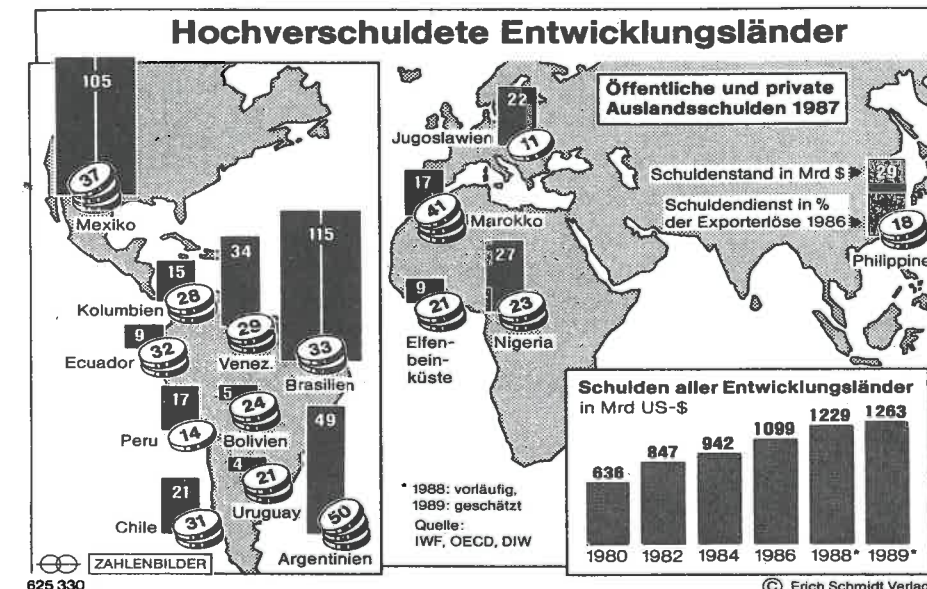
Wenn sie jetzt auch noch auf einen Teil der alten Kredite verzichten sollen, wird ihr Interesse aller Wahrscheinlichkeit nach noch mehr schrumpfen. Außerdem befürchten die Banken inzwischen, daß die Brady-Vorschläge „auf breiter Front zu einem Zusammenbruch des bisher noch bestehenden Schuldendienstes“ führen könnten (Handelsblatt, 23.3.1989).

Im Falle der US-Banken würde ein gezielter Schuldenabbau nicht nur an der Aufgabenstellung der Bankmanager scheitern, sondern auch an den US-Gesetzen. Dessen war sich auch Brady bewußt. Noch vor Verkündung seines Plans versuchte er, die US-Notenbank zu einer flexibleren Praxis bei der Bankenkontrolle zu veranlassen. Das lehnt die Notenbank bis heute strikt ab.

Eine Änderung der Bankengesetzgebung ist zur Zeit ebenfalls unwahrscheinlich, da dazu die Zustimmung des Kongresses notwendig wäre. Dort verfügt aber die demokratische Opposition über die Mehrheit, die bisher Änderungen der Bankenrichtlinien im Interesse der kleinen und großen Aktienbesitzer, die um ihre Dividenden fürchten, abgelehnt hat.

Die Regierungen der Industrieländer als zweitwichtigste Geldquelle haben mittlerweile ebenfalls allzu großen Erwartungen einen Riegel vorgeschoben. Jean-Claude Trichet, Chef des Pariser Clubs der westlichen Gläubigerländer und Finanzminister Frankreichs, machte klar, daß die Schulden gegenüber den Regierungen des Pariser Clubs von der Brady-Initiative ausgenommen sind. Nur Japan hat als Antwort auf den Plan ein eigenes größeres Programm von etwa 20 Mrd \$ zum Schuldenabbau in der Dritten Welt angekündigt.

Beim IWF verwies der Vorsitzende des In-



Alternative Kommunal Politik



„Kirchturmspolitik“,
„tagespolitisches
Klein-Klein“,
„Gaslaternen-
sozialismus“...

...lauten die oft wenig schmeichelhaften Urteile über die kommunale Politik. Da wollen wir als grün-alternatives Zeitschriftenprojekt gegen halten, damit in den Rathäusern der Altparteienfilz aufhört.

Die AKP berichtet laufend über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr usw.

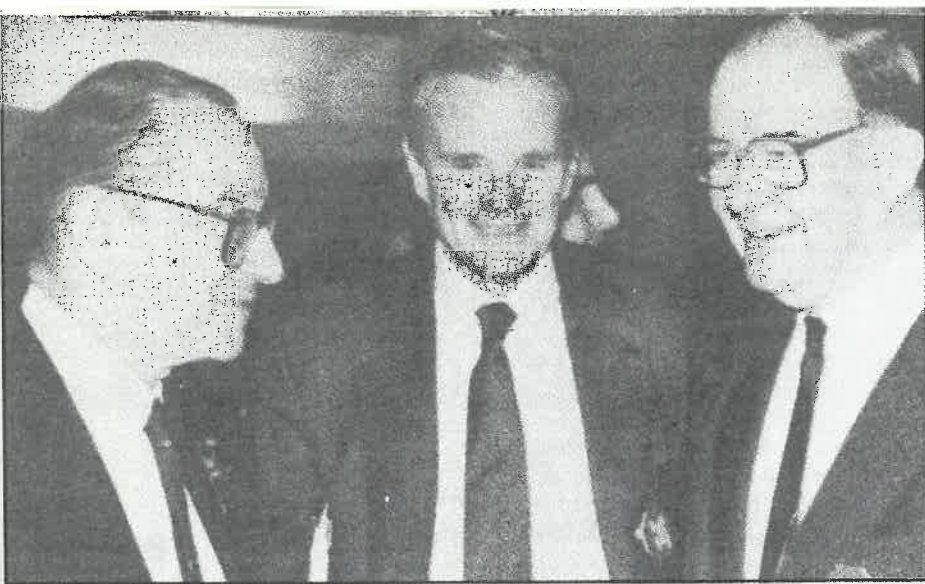
Ein Nachrichten- und Magazinteil, sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

Die AKP erscheint 6-mal im Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 8,- DM (zzgl. 1,50 Versand), das Abo gibt es portofrei für 48,- DM.

Redaktion und Vertrieb:

ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(0521/177517)

Fachzeitschrift für grüne und
alternative Kommunalpolitik



US-Finanzminister Brady (Mitte) mit Zentralbankchef Greenspan und Weltbankpräsident Conable (r.) während der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank

IWF/Weltbank-Tagung in Washington Mit der Krise leben?

Auf der Frühjahrstagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank in Washington wurde, wenn den Ausführungen des bundesdeutschen Entwicklungsministers gefolgt wird, ein politisch-psychologischer Durchbruch in der Frage der Verschuldung der Dritten Welt erzielt. Das beschreibt sehr gut die Ergebnisse dieses Treffens: Die Verwaltung der Schuldenkrise durch die Technokraten der internationalen Finanzagenturen wird fortgeschrieben ohne Wesentliches zu ihrer Lösung beizutragen.

Wer erwartet hatte, daß der blutige Aufstand der Bevölkerung in Venezuela gegen das Sparprogramm von IWF und Regierung substantielle Verbesserungen beschleunigen würde, sieht sich nun getäuscht. Zwar sah US-Finanzminister Brady sich genötigt, es seinem Vorgänger Baker gleichzutun und die Öffentlichkeit mit einem Plan zur Lösung der Verschuldung zu konfrontieren. Im wesentlichen werden hier allerdings bereits praktizierte Formen des Schuldenmanagements mit einem neuen Rahmen versehen.

Den Schuldern soll verstärkt die Möglichkeit gegeben werden, die eigenen Schulden zum marktüblichen Discountpreis zurückzukaufen (debt-buy-back), was bereits vor einiger Zeit mit Bolivien durchgeführt wurde. Die Umwandlung von Schuldentiteln in ausländische Direktinvestitionen (debt-to-equity-swap) ist ebenso Teil der Konzeption, wie die Umwandlung in niedriger verzinsten, durch Regierungen verbürgte Wertpapiere. Neu ist Bradys Forderung nach einer Streichung der ursprünglichen Kreditsumme seitens der Geschäftsbanken in Höhe von 30 %, wobei die restlichen Kredite durch IWF und Weltbank garantiert werden sollen. Die Kernpunkte dieser neuen Konzeption gehören spätestens seit dem Weltwirtschafts-

gipfel in Toronto im sog. „menu approach“ zum Standardrepertoire der Banken (siehe: **DRITTE WELT** 8-9/1988, S. 5 f.). So unzureichend und wenig originell die Initiative auch war, so wenig konnte sie sich in Washington durchsetzen. Die Kritik der mächtigsten Industrieländer (G7: Großbritannien, USA, Frankreich, Japan, Italien, Kanada, BRD) setzte an der Substanz des Brady-Plans an. Die G7 war nicht bereit, von dem in West-Berlin im September 1988 formulierten Prinzip, daß es keinen Risikotransfer vom privaten auf den öffentlichen Sektor geben darf, abzuweichen. Die Finanzagenturen IWF und Weltbank dürfen also keine Garantien für reduzierte Kredite der Geschäftsbanken übernehmen, womit der Kern der US-Initiative abgelehnt wurde.

Beschlossen wurde hingegen, in Einzelfällen nach genauer Prüfung „substantielle“ Abschläge von der ursprünglichen Kreditsumme zu gewähren; vorausgesetzt, die Länder unterwerfen sich einem strengen strukturellen wirtschaftlichen Anpassungsprozeß, um wieder „wachstumsfähig“ zu werden. Desweiteren soll geprüft werden, ob Teile der IWF-Kredite für eine Reduzierung des Schuldendienstes verwendet werden können.

Um diese „neue“ Schuldenstrategie zu formulie-

ren und auf ihre Umsetzbarkeit zu überprüfen, wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe von IWF und Weltbank eingesetzt. Es wird davon ausgegangen, daß erste Ergebnisse bereits auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juli d.J. in Paris vorliegen. Spekulationen gehen davon aus, daß zuerst Länder wie Venezuela und Brasilien in den Genuß möglicher Erleichterungen kommen. Die japanische Regierung hat bereits angekündigt, die neue Strategie der Schuldenerleichterung mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 4,5 Mrd \$ zu unterstützen.

Der trügerische Schein, daß die Schuldenkrise durch die Technokraten der Macht verwaltet werden kann, ist durch den Aufstand in Venezuela zerstört worden. Bei einer momentanen Gesamtschuld der Peripherie von 1600 Mrd \$ treibt die Krise einem neuen Höhepunkt entgegen. Die zu erwartenden Zinssteigerungen werden ein übriges dazu beitragen, denn eine Zinserhöhung um 1 % bedeutet eine Mehrbelastung um 5 Mrd \$. In dieser Situation wird versucht, mit vermeintlichen Erleichterungen gegenzusteuern. Dabei wird an allem festgehalten, was den Ideologen des Marktes gut und teuer ist, um die nationalen Ökonomien der Peripherie auf die Bedürfnisse des Weltmarktes festzulegen.

Die Struktur Anpassungen sind weiterhin Bestandteil der Maßnahmen von IWF und Weltbank, was in schöner Regelmäßigkeit zu IWF-Aufständen führt, da die Menschen in der Peripherie durch die Sparprogramme in ihrer Existenz angegriffen werden.

Die so oft beschworene Einzelfallbehandlung „case-by-case“ existiert in der Realität nicht. Die Auflagen der Finanzagenturen erwachsen nicht aus einer Prüfung des Einzelfalles, sondern entsprechen einem festgelegten Maßnahmenkatalog. Hiermit soll ein gemeinsames Vorgehen der Schuldner verhindert werden. Dem Kartell der Gläubiger darf nicht die Solidarität der Schuldner entgegengesetzt werden. Da sich einzelne Nationen Vorteile versprechen, war es bis jetzt möglich, die Schuldner gegeneinander auszuspielen. Eine globale Lösung der Verschuldung wird ausgeschlossen.

Bemerkenswert an dieser Tagung scheint lediglich die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit des US-Finanzministers, was auf ein geändertes Kräfteverhältnis innerhalb des Blocks der Industrieländer schließen läßt. Dafür spricht auch die gestärkte Position Japans, die bereits auf der Konferenz in West-Berlin deutlich wurde.

Die Krise wird nicht in ihren Ursachen angegangen, sondern es wird sich darauf eingerichtet, mit ihr zu leben. Lösungen im Sinne der in erster Linie betroffenen Bevölkerung in der Peripherie und den Metropolen können nur durch gesellschaftlichen Druck erreicht werden. An einer Schuldenkonferenz und einer Streichung der gesamten Schuld darf kein Weg vorbeiführen.

Michael Voregger

terimsausschusses und Finanzminister Holands, Onno Ruding, auf den erst im September 1988 in West-Berlin gefaßten Beschluß, der es dem IWF und der Weltbank untersagt, einer Übertragung des Risikos von privaten Geldgebern zu multinationalen Ausleihern zuzustimmen. Genau das ist aber eine wesentliche Säule des Brady-Plans, der vorsieht, daß IWF und Weltbank den Geschäftsbanken das Risiko durch Zins- und Rückzahlungsgarantien abnehmen.

Fraglich ist auch, ob diese Institutionen den Rückkauf von Bankschulden durch Neu-

kredite in angemessenem Umfang finanzieren können. Ein IWF-Direktor schätzte inoffiziell, daß dafür höchstens bei allen multinationalen Kreditinstituten insgesamt 30 Mrd \$ zur Verfügung stehen würden – viel zu wenig, um die Gesamtschuld der Dritten Welt spürbar zu senken.

Aus der Dritten Welt sind die Reaktionen teilweise positiv, weil die USA erstmalig die Unbezahlbarkeit zumindest eines Teils der Schuld anerkannten. Da nach wie vor mit jedem Land einzeln verhandelt werden soll, hoffen außerdem einige Regierungen darauf,

für sich günstige Sonderregelungen heraus schlagen zu können. Die Zweifel an der Durchführbarkeit der Brady-Initiative sind jedoch ebenfalls sehr groß.

Am deutlichsten äußerte Venezuelas Präsident Carlos Andrés Pérez seine Kritik. Der Plan sei zu spät und nicht ausreichend: Es müßten mindestens 50 % der Schulden gestrichen werden. „Der Brady-Plan bedeutet, daß die lateinamerikanischen Länder noch Jahre auf eine grundsätzliche Lösung des Schuldenproblems warten müssen. Das aber kann sich keines unserer Länder leisten.“

ÖKOLOGIE

KHOR KOK PENG

Profitable Abfallentsorgung

Giftmüllexporte in den Süden

Nachdem in den westlichen Industriestaaten strengere Auflagen zur Beseitigung und Lagerung von giftigen Industrieabfällen durchgesetzt wurden, verlegen sich die Konzerne darauf, ihren Giftmüll in die Dritte Welt zu exportieren. Damit versuchen sie zu vermeiden, daß sich die Entsorgung verteuert. Sie bauen auf die wirtschaftliche Not und die kaum vorhandene Umweltschutzgesetzgebung dieser Staaten.

Vier Jahre nachdem die Bhopal-Tragödie die Aufmerksamkeit auf die Ablagerung gefährlicher Industrien in Länder der Dritten Welt lenkte, ist ein neuer Skandal aufgekommen – die Ausfuhr unerwünschten Giftmülls vom Norden in den Süden.

Die Praxis ist nicht neu. Süd- und Mittelamerika haben lange als Mülltonnen für die USA gedient. Aber Enthüllungen über die Lagerung europäischen Mülls in afrikanischen Ländern zeigen, daß das Problem größer ist als vorher angenommen. Eine Studie der Umweltschutzorganisation Greenpeace über einen neueren Zweijahreszeitraum listet 115 Giftmülltransporte per Schiff nach Lateinamerika und Afrika auf. Zu diesen Ländern gehören Mexiko, Argentinien, Brasilien, Panama, Uruguay, Marokko, Senegal, Gabun, Guinea-Bissau, Djibouti, Simbabwe und Südafrika.

Beispielsweise wurden durch Vermittlung einer norwegischen Gesellschaft 15.000 t giftiger Asche aus Müllverbrennungsanlagen Philadelphias (USA) auf der guineischen Insel Kassa abgeladen. Die giftige Asche zerstörte einen großen Teil der Vegetation der Insel. Den guineischen Importeuren wurden 40 \$ pro Tonne (t) Müll bezahlt, während die Lagerung in den USA unter Einhaltung der Regierungsbestimmungen möglicherweise 1000 \$ pro t gekostet hätte. Norwegen willigte ein, den Müll zu entfernen, nachdem der norwegische Generalkonsul Sigmund Stromme wegen Beteiligung an der Lagerung von Guinea festgenommen worden war. Stromme ist auch Direktor des norwegisch-guineischen Gemeinschaftsunternehmens Guinomar, das den Müll importierte.

Der nigerianische Hafen Koko war als Endlagerstätte für bis zu 4000 t chemischen (und möglicherweise radioaktiven) Mülls aus Italien gedacht. Der Müll, der tödliches Dioxin und Polychlorobiphenyl (PCB) enthielt, war in Fässern und Containern in mehreren Schiffsladungen transportiert worden. Italienische und nigerianische Geschäftsleute hatten den Handel arrangiert und dem Besitzer des Depots lediglich 500 Naira (etwa 250 \$) im Monat bezahlt, um den Müll zu lagern, der von einem Weißen eingeführt worden war.

Ein anderer italienischer Geschäftsmann hatte außerdem geplant, fast 100.000 t Abfall (einschließlich PCB, Schlacken, Asbestfasern sowie verschiedener pharmazeutischer und industrieller Rückstände) nach Nigeria zu exportieren. Nigeria rief daraufhin seinen Botschafter aus Rom zurück, verhaftete 15 Personen und drohte damit, die Importeure hinzurichten. Italien willigte ein, den Müll abzutransportieren.

In Kongo wurden fünf Personen (darunter drei hohe Regierungsbeamte) verhaftet, weil sie eingewilligt hatten, 1 Mio t Industrieabfälle zu importieren. Dies hätte ihnen 4 Mio \$ in drei Jahren eingebracht. Die niederländische Transportfirma Van Santen behauptete, sie hätte eine Regierungsgenehmigung erhalten, um den Müll einzuführen. Die Regierung Kongos hat jetzt erklärt, sie verbiete den Import von giftigen Abfällen.

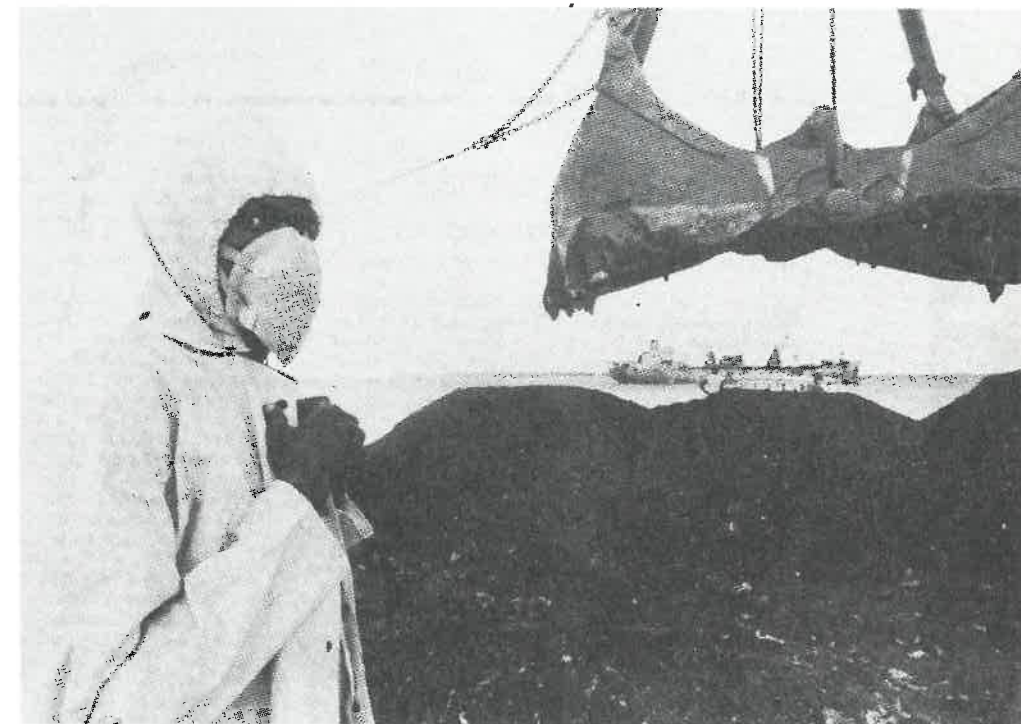
Das britische Unternehmen Secso (mit einer Postanschrift in Gibraltar) bot dem westafrikanischen Land Benin einen Vertrag über die Lagerung von 5 Mio t Müll an. Benin wurden 2,5 \$ pro t angeboten, während andere

Firmen Guinea-Bissau 40 \$ pro t bezahlen wollten und die normalen Kosten für die Lagerung von Müll in Europa bei 140–160 \$ pro t liegen. Ein anderer Bericht behauptet, Benin habe in der Vergangenheit radioaktive Abfälle aus der Sowjetunion angenommen.

Guinea-Bissau wurden von einer schweizerischen und zwei britischen Firmen 120 Mio \$ jährlich angeboten (ein Wert, der seinem Bruttosozialprodukt entspricht), um Industrieabfälle zu vergraben. Die Regierung beschloß, ihre Genehmigung rückgängig zu machen und die Einfuhr von Giftmüll zu verbieten.

Eine in Westdeutschland ansässige Gesellschaft plant eine ganze Reihe gefährlicher Abfälle, einschließlich verseuchter Erde, nach Liberia auszuführen. Die Firma verweist auf „angemessene Lagerungskapazitäten“, „politische Stabilität, da es eng mit den USA verbunden ist“ und die gute Lage als Faktoren, die Liberia zu einer geeigneten Müllhalde machen. Sie erklärt außerdem: „Wir können das Müllproblem in der Bundesrepublik lösen, indem wir ein Depot in Liberia bauen.“

Illegal deponierte US-amerikanische Industrieabfälle auf der guineischen Insel Kassa



UNO-Konferenz beschließt lückenhafte Giftmüllkonvention



Italianischer Giftmüll lagerte unkontrolliert im nigerianischen Hafen Koko

Vom 20.-22. März d.J. trafen sich in Genf Delegationen aus 117 Staaten zu einer Konferenz des UN-Umweltprogramms (UNEP), um eine Weltkonvention über grenzüberschreitende Giftmülltransporte auszuarbeiten. Eine Konferenz westeuropäischer und afrikanischer Staaten vom 28./29. Januar d.J. in Dakar (Senegal) war gescheitert, weil letztere jeglichen Import von Giftmüll ablehnten. Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hatte im Mai 1988 eine Resolution verabschiedet, in der der „Gift-Tourismus“ und das teilweise illegale Abladen von „Kolonialisten-Dreck“ verurteilt wurde.

In Genf konnten sich die Vertreter Afrikas allerdings nicht mit ihrer Forderung nach einem generellen Exportverbot durchsetzen. Es gelang ihnen aber immerhin, in einigen Punkten schärfere Einschränkungen durchzusetzen. Die Konvention legt fest, daß jedes Land das Recht habe, einseitige Importverbote auszusprechen. Und für den Fall ungenehmigter Ablagerungen sind die Herkunftsländer zur Rücknahme des Giftmülls verpflichtet.

Weltweit sollen die Giftmülltransporte registriert, möglichen Transitländern entsprechende Informationen gegeben werden. Von dieser Informationspflicht ausgenommen ist der Transit durch Territorialgewässer, da die USA sonst eine Behinderung der freien Schifffahrt befürchteten.

Giftmüll soll auch nur in solche Länder exportiert werden dürfen, die in der Lage sind, diesen umweltgerecht zu behandeln. So eindeutig sich allerdings Artikel 4 liest, der weder einen Export in

Nichtunterzeichnerländer bzw. einen Import aus solchen zuläßt, öffnet Artikel 11 den Exporteuren eine Hintertür. Danach sind bilaterale, multilaterale oder regionale Vereinbarungen mit Nichtunterzeichnerländern unter besonderen Bedingungen gestattet, welche aber sinnigerweise nicht definiert wurden.

Daß mit diesem Artikel beabsichtigt ist, sich ein Schlupfloch offenzuhalten, darauf deutet auch hin, daß die Industriestaaten die Auflage ablehnten, bei der Entsorgung im Empfängerland die gleichen technischen Standards wie im Herkunftsland einzuhalten.

Ausnahmeregeln sieht auch der Artikel über die Rücknahme illegal exportierten Giftmülls vor. Und offen bleibt die Frage, wer für Umwelt- und Gesundheitsschäden aufkommen soll, die durch Giftmüllagerung in Empfängerländern entstehen.

Als ein weiteres Manko der Konvention muß gewertet werden, daß auf Druck der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) die Verschiebepaxis von Atomsmüll erst einmal ausgeklammert werden mußte.

Angesichts der Lücken des Abkommens, hat Mali, das den Vorsitz der OAU innehat, bereits eine Nachfolgekonferenz im Juni d.J. angekündigt, um über Nachbesserungen zu beraten.

Dessen ungeachtet haben zu Ende der Konferenz 34 Staaten die Konvention unterzeichnet. Sie tritt in Kraft, wenn 20 Staaten die Konvention ratifiziert, was noch Jahre dauern kann. Auch die Bundesregierung billigte die Konvention. Der parlamentarische Staatssekretär im Umweltministerium Wolfgang Gröbel kündigte gar ein Gesetz an, durch das jeglicher Giftmüllexport in die Dritte Welt verboten werden soll. Auf der Konferenz jedoch hatte er sich zusammen mit den US-Vertretern gegen die diesbezüglichen Forderungen der afrikanischen Staaten eingesetzt. **Ulrich Rupp**

Obwohl es dafür weniger direkte Hinweise gibt, ist wahrscheinlich auch Japan ein Müll-exporteur. Im Jahr 1979 gab die japanische Regierung Pläne bekannt, ein Experiment – wie sie es nannte – durchzuführen. 10.000 Fässer schwach radioaktiven Mülls sollten im Südpazifik, nahe den Marianen, abgeladen werden. Vertreter Japans erklärten außerdem, das Land plane bis zu 100.000 Curie pro Jahr am selben Ort zu lagern, falls der Test nach ihrer Ansicht erfolgreich verlaufen sollte. Der Plan wurde nach Protesten aus den Ländern der Region aufgeschoben.

Japan, mit 25 in Betrieb und 58 im Bau befindlichen Atomkraftwerken, lagert hochradioaktiven Müll in Zwischenlagern. Es verfügt außerdem über 460.000 Behälter mit schwach radioaktiven Abfällen, die in Metall-Containern gelagert werden. Jedes Jahr kommen 60.000 dazu. Sowohl Japan als auch die USA erwägen, ihren Atomsmüll im Südpazifik zu lagern.

Jedoch wird das Abladen von Giftmüll nicht nur von industrialisierten Ländern praktiziert. Nach Angaben der thailändischen Zeitung „The Nation“ lagen tausende falsch gekennzeichnete Behälter mit Giftmüll jahrelang im Klong Toey Hafen von Bangkok, ohne von jemandem beansprucht zu werden. Sie wurden von Singapur aus an Scheinfirmen in Thailand verschifft. Die rostenden und kaputten Behälter lagen in einem Hof im Freien und vergifteten, nach Angaben eines UN-Experten, die Wasserversorgung eines in der Nähe gelegenen, dicht bevölkerten Slums.

Die Lagerung solch großer Mengen gefährlichen Mülls in Ländern der Dritten Welt ist teilweise ein Ergebnis der restriktiven Lagerungsbestimmungen in den industrialisierten Ländern – von Gesetzen, die aus gesundheitlichen und ökologischen Gründen verabschiedet wurden.

„In den Niederlanden kann man eigentlich nirgendwo etwas hintun, da es schwierig ist, etwas unterzubringen, ohne es mit dem Grundwasser in Kontakt zu bringen“, sagte Jan Huismans, Direktor des internationalen Registers potentiell giftiger Chemikalien, eines Zweiges des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP). „Frankreich, Großbritannien und Westdeutschland haben strenge Vorschriften, und Dänemark sowie Schweden verlangen eine sehr ausgefeilte Technologie.“

Da es ihnen widerstrebt, sich den strengen und teuren Bestimmungen über die Lagerung von Giftmüll zu unterwerfen, wählen westliche Firmen den einfachen Ausweg, indem sie den Müll in armen, großflächigen Ländern lagern. Die Nationen der Dritten Welt haben – wenn überhaupt – nur wenige Bestimmungen über die Lagerung von Giftmüll. (...)

Firmen oder Regierungen aus Ländern der Dritten Welt haben legale Verträge unterzeichnet, die die Lieferung von Müll aus industrialisierten Ländern gegen harte Währung vorsehen. Es gab zwei „Wellen“ von Verträgen.

An der ersten Welle beteiligten sich 1980

die USA. Sie fiel dort mit einer strengeren Gesetzgebung über die Lagerung von Giftmüll zusammen. Die zweite Welle 1987 und 1988, die die europäischen Staaten betraf, hatte wahrscheinlich mit einer Direktive der EG von 1986 und mit Entscheidungen in Sachen Giftmülltransport zu tun, die unlängst von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) getroffen wurden.

In anderen Fällen jedoch wird der Giftmüll illegal gelagert. Das Lockmittel des Geldes scheint für viele Beamte aus der Dritten Welt zu anziehend zu sein, um ihm widerstehen zu können und führt somit zur Bestechung. Zudem sind die gesetzlichen und administrativen Verantwortlichkeiten in den meisten Ländern des Südens nur ungenau definiert, und es ist von offizieller Seite keine klare Linie vorgegeben.

Die Lagerung von Giftmüll hat eine eigene Industrie hervorgebracht. Firmen im Norden spezialisieren sich auf den Kauf von Giftmüll von Industriebetrieben oder Regierungsbetrieben und organisieren seine Verschiffung in Länder der Dritten Welt.

Durch Untersuchungen von David Weir und Anrew Porterfield vom Center for Investigative Reporting in San Francisco (USA) wurden mehrere US-Firmen enttarnt, die giftige Abfälle für den Verkauf in die Dritte Welt erwerben. Eine bedeutende Operation wurde von zwei Männern aus New York, den Colbert-Brüdern, durchgeführt, die eine riesige Menge verschiedener Sorten von Giftmüll anhäufte (einschließlich Pestiziden, Industriechemikalien und Lösungsmitteln) und sie in Lagerhäusern deponierten.

Einige der Abfälle wurden als reine Chemikalien umdeklariert und an Firmen oder Regierungen in der Dritten Welt verkauft, darunter nach Indien, Südkorea und Nigeria. Beispielsweise wurde eine Müllladung als Trockenreinigungsmittel ausgegeben und an ein Unternehmen in Simbabwe verkauft, das es mit Mitteln der US-Behörde für Internationale Entwicklung erwarb. Am schockierendsten ist die Tatsache, daß nicht nur Firmen, sondern auch viele Stellen der US-Regierung ihre Abfälle an die Colberts verkauften.

In einem anderen Fall, der von Weir und Porterfield untersucht wurde, plante eine in den USA registrierte norwegische Firma, 250.000 t Müllverbrennungsmüll der Stadt Philadelphia nach Panama zu verkaufen, wo sie als Straßenunterlage in einem Feuchtgebiet dienen sollte. Panama sollte insgesamt 7 Mio t dieser gefährlichen Asche für das Straßenbauprojekt importieren, das Teil eines großen Entwicklungsplans an der panamaischen Küste sei.

Die USA produzieren jährlich zwischen 250 und 400 Mio t Giftmüll. Müllhalden und Lagerstätten quellen im eigenen Land über, weshalb verzweifelt nach alternativen Plätzen gesucht wird.

Giftige Abfälle sind die unerwünschtesten Produkte, die die industrialisierten Länder anzubieten haben. Im letzten Jahrzehnt sind sie sich dessen bewußt geworden, daß es nur sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich ist,

die giftigen Nebenprodukte der Industrie unschädlich zu lagern. Bei vielen Abfällen ist es sehr teuer, sie befriedigend zu behandeln. Einige, vor allem radioaktiver und Atomsmüll, können nicht unschädlich gemacht werden. Sie bleiben für Millionen oder gar Milliarden Jahre radioaktiv. (...)

Angesichts der Zuspitzung des Problems haben die industrialisierten Länder in letzter Zeit schärfere Gesetze erlassen, die die umweltverschmutzenden Industrien zwingen, ihre Abfälle zu behandeln oder sie so sicher wie möglich zu lagern und zugleich für die Kosten, die dem Staat bei der Beseitigung ihrer Abfälle entstehen, aufzukommen. Eine Nebenwirkung dieser Bestimmungen ist die wachsende Beliebtheit des Exportes unbehandelten Giftmülls in die Dritte Welt.

Aber die Dritte Welt ist besonders schlecht gerüstet, um mit Giftmüll umzugehen. Umweltbewußtsein ist kein vorherrschender Charakterzug unter den meisten Politikern der Dritten Welt. Es gibt kaum Gesetze, die die Lagerung von Abfällen regeln. Und eine Überwachung, geschweige denn ein Eingreifen beim Abladen oder der Lagerung von Giftmüll ist selten. (...)

Die tausenden chemischen und radioaktiven Substanzen, die von der Industrie produziert werden, sind gefährlich für die Gesundheit und können tödlich sein. In den USA lagerte die Hooker Chemical Company in den 40er Jahren Tausende von Fässern Giftmüll in Love Canal im Bundesstaat New York. In den späten 70er Jahren drangen überliefende Flüssigkeiten und Schlamm in die Keller der Häuser ein, die auf der Müllhalde errichtet worden waren. Ein Gesundheitsnotstand wurde ausgerufen, und 1980 zeigten Tests, daß einige Bewohner geschädigte Chromosomen hatten... Es gab ebenfalls erhöhte Anteile von Krebs, Anfällen, Fehlgeburten und Mißbildungen bei Neugeborenen. (...)

Protestaktion gegen Industriemüllimporte in Georgetown (Guyana)



Um einige der Gesundheitsprobleme zu vermeiden, die mit Giftmüll zusammenhängen, muß das Material teuren Behandlungs- und Lagerungsprozessen unterworfen werden. Dies zieht hohe wirtschaftliche Kosten nach sich. Weitere große Kostenfaktoren sind das „Säubern“ bereits bestehender gefährlicher und unsauberer Lagerstätten.

Die US-Behörde für Umweltschutz hat bundesweit 74.000 Müllablagerungsplätze ausgemacht, von denen 32.000 als ähnlich schlimm oder schlechter als Love Canal eingeschätzt werden. Nur sieben bis acht werden jährlich im Rahmen eines außerordentlichen Finanzprogramms gesäubert. 1980 schätzte der Präsidentenrat über Umweltqualität die Säuberungskosten auf zwischen 28–55 Mrd \$. Allein im Falle von Love Canal wurde die Rechnung für die Sanierung auf 130 Mio \$ geschätzt.

Deshalb werden, sogar unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit, die Länder der Dritten Welt den Kürzeren ziehen. Der kurzfristige Gewinn, der durch den Import von Giftmüll erzielt wird, ist winzig im Vergleich zu den Umwelt-, Gesundheits- und wirtschaftlichen Kosten – einschließlich zukünftiger Sanierungsmaßnahmen.

Im Gefolge der afrikanischen Müllagerungskandale haben einige Länder der Dritten Welt begonnen, Maßnahmen zu ergreifen, um das Lagern von giftigen Abfällen zu verhindern.

Die wichtigste war eine Resolution eines regionalen Gremiums, der Organisation für Afrikanische Einheit, Ende Mai 1988, die die Benutzung afrikanischen Territoriums für die Müllagerung verurteilte. Die Resolution forderte ein Importverbot für gefährliche und industrielle Abfälle. Und sie rief die afrikanischen Regierungen, die bereits der Ablagerung von Müll auf ihrem Gebiet zugestimmt hatten, dazu auf, die Vereinbarungen zu kün-



Ein Soldat bewacht illegal importierten Giftmüll in Beirut

digen.

Später wurde eine Anzahl afrikanischer Regierungen aktiv, um das Abladen von Giftmüll zu untersuchen und zu stoppen oder Maßnahmen gegen die Verantwortlichen zu ergreifen. (...)

Die öffentliche Aufmerksamkeit, die der Müllexport nach Afrika erregte, trieb auch die Verantwortlichen in einigen asiatischen Staaten zum Handeln. Die thailändische Regierung fand Giftmüll im Hafen von Bangkok, der aus den USA, Japan, Westdeutschland, Singapur und Taiwan stammte. Reeder wur-

den aufgefordert, Container mit Giftmüll nach Singapur zurückzuschicken.

In den Philippinen untersagten acht Regierungsabteilungen in einer gemeinsamen Erklärung den Import giftiger Abfälle und riefen den Kongreß auf, Gesetze zu erlassen, welche die Umwelt vor schädlichem Müll schützen sollen. Die Resolution wurde verfaßt, nachdem eine nordamerikanische Firma 1987 versucht hatte, eine Müllverbrennungsanlage in Iligan City zu bauen. Im Libanon entdeckten Regierungsstellen 2.411 t Müll aus Italien. Die italienische Regierung hat inzwischen zugestimmt, die Abfälle wieder auszuschießen.

Auf internationaler Ebene versucht die UNEP, die Regierungen zum Abschluß einer internationalen Konvention zu gewinnen, mit welcher die Bewegung gefährlicher Abfälle kontrolliert werden soll. Drei Treffen fanden 1988 statt. Bis März 1989 soll auf einer in Basel (Schweiz) geplanten Konferenz ein Abkommen zustandegebracht werden (siehe Kasten; d. Red.). (...)

In Europa wurden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Ausfuhr von Giftmüll in die armen Länder einzuschränken. Im Jahr 1986 beschloß die EG eine Direktive, die verlangte, daß die Länder der Dritten Welt ihre „vorherige Zustimmung“ geben müßten, bevor Exporte die Häfen verlassen können, und daß die Importländer in der Lage sein müßten, die Abfälle zu behandeln, um sie unschädlich zu machen.

Jedoch haben nur Belgien und Dänemark die Direktive durch nationale Gesetze unterstützt. Sogar wenn mehr Gesetze verabschiedet würden, könnte es sich als unmöglich erweisen, sie befriedigend anzuwenden, da es keine internationalen Normen über eine angemessene Müllentsorgung gibt.

1988 verabschiedete das Europaparlament eine Resolution, in der es hieß, alle Müllimporte in die Dritte Welt seien zu verbieten. Später trafen sich die EG-Umweltminister und berieten über die Resolution. Sie lehnten aber ein Verbot ab. Die britischen und bundesdeutschen Minister argumentierten, daß ein umfassendes Verbot nicht durchführbar und ungerecht gegenüber solchen Entwicklungsländern sei, die gewillt seien, solchen Müll zu übernehmen.

Statt dessen riefen die Minister die EG-Länder auf, bestehende Bestimmungen anzuwenden und schärfere Gesetze über den Mülltransport ins Ausland zu verabschieden. Jedoch wurde von niemandem konkretisiert, was tatsächlich getan werden sollte. Sie gaben jedoch zu, daß seit der EG-Direktive von 1986 gegen die Müllausfuhr, die Exporte von Abfällen eher zu- als abgenommen haben.

In den USA, Japan und anderen Industriestaaten werden von den Regierungen keine Anstrengungen unternommen, um die Kontrollen zu verstärken oder den Giftmüllexport in die Dritte Welt zu verbieten.

(QUELLE: Third World, Rio de Janeiro, Nr. 17/ November-Dezember 1988, S. 58-62)



Das Fortschreiten der Wüsten wird ein Ergebnis des Treibhauseffektes sein, der vor allem durch die CO₂-Emission in der Industrie bedingt ist



ULRICH RUPP

Konferenzen in London und Den Haag

Absichtserklärungen gegen den Treibhauseffekt

Auf Konferenzen in London und Den Haag haben Minister und Staatsoberhäupter aus Nord und Süd erneut über Maßnahmen zum Schutz der Erdatmosphäre beraten. Die Ergebnisse bleiben aber noch weit hinter dem Handlungsbedarf zurück.

Zur bisher weltweit größten Umwelttagung trafen sich vom 5.-7. März d.J. Delegationen aus 123 Staaten in London, um über den Schutz der Ozonschicht und Maßnahmen gegen den durch die weltweite Umweltverschmutzung hervorgerufenen Treibhauseffekt (langfristige Erwärmung der Erdoberfläche durch verhinderte Wärmeabstrahlung von der Erde) zu beraten.

Unter Bezugnahme auf das Montrealer Protokoll vom September 1987, das die Reduzierung der die Ozonschicht schädigenden Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe (FCKW) um 50 % bis Ende 1999 vorsieht, forderten sie angesichts des zunehmenden Abbaus der Ozonschicht über der Arktis und Antarktis in einer 10-Punkte-Erklärung dessen Verschärfung.

So soll die FCKW-Produktion vollständig gestoppt werden, sollen unschädliche Ersatzstoffe an ihre Stelle treten und die Bereitschaft der Industrieländer erhöht werden, die Verwendung von unschädlichen Ersatzstoffen auch tatsächlich zu vollziehen. Diese sollen außerdem den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt werden, bevor sie im Rahmen ihrer Industrialisierungsstrategien auf die vorläufig noch billigeren FCKW zurückgreifen müssen.

Als einen konstruktiven Vorschlag bezeich-

nete Bundesumweltminister Klaus Töpfer die Forderung Chinas und Indiens, einen internationalen Fonds zum Schutz der Ozonschicht zu schaffen, der die finanzielle Unterstützung der Industriestaaten für die Entwicklungsländer bei der Umstellung auf FCKW-freie Produkte organisieren soll. Ob die Bundesregierung auch zu diesem Vorschlag steht, wenn es um's Bezahlen geht, wird sich Anfang Mai d.J. in Helsinki erweisen. Auf der Überprüfungs-konferenz des Montrealer Protokolls, auf der im Gegensatz zur Londoner Tagung Beschlüsse gefaßt werden sollen, wird die Unterstützung für die Entwicklungsländer ein wesentliches Thema sein (1).

Die auf der Londoner Konferenz anwesenden Delegationen konnten sich jedoch nicht darauf einigen, den Zeitplan zur Beendigung der FCKW-Produktion abzukürzen. Dies war anfangs d.J. auch den EG-Ministern nicht gelungen, die forderten, die Herstellung von FCKW „schnellstens“ um 85 % zu reduzieren. Der Direktor des UN-Umweltprogramms (UNEP), Mostafa Tolba, und EG-Kommissar Ripa Di Meana allerdings gehen davon aus, daß eine solche Reduzierung bereits bis 1995 möglich sein müßte. Schließlich haben schon zahlreiche Staaten, darunter die skandinavischen, Kanada oder die USA FCKW z.B. in

Spraydosen verboten.

Die Bundesregierung setzt demgegenüber auf freiwillige Produktionsbeschränkungen, und die Industrie befließt sich, in ihren Stellungnahmen darauf hinzuweisen, daß die FCKW-Produktion zurückgehe und Ersatzstoffe verwendet würden. Dabei sieht die Praxis noch weitgehend anders aus. In einer Untersuchung vom Oktober 1988 fand die Stiftung Warentest noch in 32 von 100 untersuchten Sprays FCKW und in den restlichen Sprays vielfach die hochexplosiven Treibhausgase Butan oder Propan (2).

Handlungsbedarf besteht aber hinreichend, um die Frist, innerhalb der die FCKW verboten und unschädliche Ersatzstoffe eingeführt werden müssen, zu verkürzen. Denn die FCKW, die in den oberen Schichten der Atmosphäre die Ozonschicht schädigen und zu einer vermehrten UV-Einstrahlung führen – wodurch Hautkrebs entstehen kann –, sind darüber hinaus auch besonders starke Treibhausgase, die zwischen 80 und 180 Jahren in der Atmosphäre verbleiben. Eine Tonne (t) FCKW heizt die Atmosphäre ebenso stark auf wie 5500 t CO₂ (3).

Aber selbst das in oberen Luftschichten schützende Ozon ist in den unteren Luftschichten ebenfalls ein starkes Treibhausgas. Es entsteht hier aus der Reaktion von Stickoxi-

ZEP
Zeitschrift für EntwicklungsPädagogik

Die ZEP wendet sich an alle, die unter den heutigen gesellschaftlichen Voraussetzungen eine Neuorientierung der Pädagogik für notwendig halten. Die Themen der ZEP sind bestimmt durch die Herausforderungen unserer Zeit: Umwelt – Dritte Welt – Frieden. In der ZEP schreiben gelernte Erziehungswissenschaftler und Praktiker aus dem schulischen und außerschulischen Bildungsbereich.

Zum Beispiel das Heft 1/1988: **Dritte Welt – ein etablierter Lernbereich?**

Zu diesem Heft: Seit der Etablierung des Themenbereiches „**Dritte Welt**“ offenbart sich das Dilemma der Dritte-Welt-Pädagogik heute. Das klassische Konzept politischer Aufklärung, das davon ausging, allein durch die Vermittlung von Wissen zu politischem Handeln zu befähigen, ist in der modernen Informationsgesellschaft gescheitert. Von weltinnenpolitischer Sensibilität ist im bundesdeutschen Alltag nach wie vor wenig zu spüren. U. a. **E. Began-**der: „Was kann ich denn dafür?“ **J. Horlemann:** Wie man uns die Dritte Welt sehen läßt. **G. Maier:**

Exotische Welten – Europäische Perspektiven. **J. Pfeiffer:** Schulpartnerschaft mit Mosambik. **N. Scholz:** Alternativschulen.

Nehmen auch Sie an der Diskussion um die Weiterentwicklung der Pädagogik in Theorie und Praxis teil.

Themenhefte im Abonnement 1989: **Entwicklungsbezogene Bildung, Zukunft der Schule – Schule der Zukunft, Interkulturelle Erziehung, Entwicklungstheorien – Entwicklungspädagogik II.**

Jahresabonnement DM 24,- zuzügl. VS. Einzelheft DM 7,- zuzügl. VS.



WOCHENSCHAU-Verlag · Adolf-Damaschke-Straße 103 · 6231 Schwalbach/Ts.



„Bitte, das Ozonloch ist so gut wie dicht!“

den mit Luft unter Sonneneinstrahlung.

Deshalb kann der Kampf gegen den Treibhauseffekt nicht allein unter dem Gesichtspunkt der FCKW und des Ozons betrachtet werden. Vielmehr muß er in Verbindung mit der Gesamtbelastung der Luft mit Schadstoffen gebracht werden. Auch soll nicht übersehen werden, daß FCKW und Ozon gerade zu 25 % am Treibhauseffekt beteiligt sind. Mit einem Anteil von 50 % ist der Hauptverursacher immer noch das CO₂.

Regenwald-Appell

Eine Unterschriftenkampagne zur Unterstützung dieses Regenwald-Appells haben die Initiatoren des Memorandums zum Erhalt der verbliebenen tropischen Regenwälder gestartet.

Vordrucke von Unterschriftenlisten können Sie anfordern bei: Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz e.V., Postfach 531, 4800 Bielefeld 1 oder Institut für Ökologie und angewandte Ethnologie e.V., Lockhütter Str. 141, 4050 Mönchengladbach 1, Tel. 0 21 61-63 03 19. Dorthin können Sie auch ausgefüllte Listen (Name, Anschrift, Unterschrift) einsenden.

Der Bundestag möge für alle relevanten Entscheidungen, die tropische Regenwälder betreffen, ein verbindliches Grundsatzdekret beschließen, das sich gleichsinnig an drei Maximen orientiert:

- Unantastbarkeit der langfristigen Überlebensrechte der traditionellen Kulturen und Stammesgesellschaften sowie aktive Unterstützung aller Bemühungen, ihre Rechte zu sichern.
- Absoluter Schutz der noch verbliebenen Primärwälder vor sämtlichen menschlichen Eingriffen mit Ausnahme traditioneller und nachgewiesen nachhaltiger, ökologisch unbedenklicher Nutzungsformen.
- Verbot des Imports sämtlicher Güter, die direkt oder indirekt zum Verlust weiteren Primärregenwaldes beitragen.

In diesem Sinne sind insbesondere die Grundlagen unserer bi- und multilateralen Entwicklungspolitik sowie der Entscheidungsrichtlinien für die Mitarbeit in multinationalen Gremien und Organisationen neu zu formulieren und unmittelbar anzuwenden.

Die Entwicklungszusammenarbeit soll zukünftig vorrangig Projekte fördern, die der Naturbewahrung, der Restauration und Regeneration ehemaliger Regenwaldgebiete sowie der naturverträglichen Landnutzung dienen.

Schließlich soll die Bundesregierung sich für die Einrichtung eines internationalen Fonds einsetzen, der kontrollierte Kompensationszahlungen für den Nutzungsverzicht am Weltkulturerbe Regenwald leistet.

Ein Drittel dieser Emissionen gehen dabei auf das Konto der Regenwaldvernichtung. Allein in Brasilien werden inzwischen jährlich 100 000 qkm und weltweit über 200 000 qkm Urwald vernichtet. US-Satellitenaufnahmen ergaben z.B., daß es am 24.8.1987 an mehr als 8000 Stellen im Regenwald Amazoniens gleichzeitig brannte (4). Fast ständig stehen Rauchwolken von der mehrfachen Fläche der Bundesrepublik über Amazonien und den anderen Regenwaldgebieten.

Die dabei freigesetzte CO₂-Menge entspricht alleine in Amazonien den jährlichen Emissionen Westeuropas (5). Und dabei muß noch der doppelte Effekt in Rechnung gestellt werden, daß die weniger werdenden Wälder immer unzureichender in der Lage sind, das CO₂ durch Photosynthese aus der Luft herauszufiltern. Außerdem ist die Absorptionsfähigkeit der Weltmeere fast erschöpft.

Hauptursache für die jährliche Zunahme des CO₂ in der Atmosphäre um 1,6 ppm (Teile pro Million) ist mit zwei Dritteln immer noch die Verbrennung fossiler Energieträger, vorab jene in den Industriestaaten. Hier liegen die USA mit 22,8 %, die Sowjetunion mit 18,9 % und Westeuropa mit 14,7 % an der Spitze. (6)

Nach einer Studie der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (7) von 1986 ist der CO₂-Gehalt seit 1860 von 270 ppm auf 346 ppm angestiegen. Geht die Steigerung der CO₂-Emissionen weiter wie bisher, wird der CO₂-Gehalt innerhalb von 100 Jahren auf 500–600 ppm anwachsen. Und selbst wenn die Emissionen konstant blieben, dürfte der CO₂-Gehalt immer noch auf 400–500 ppm ansteigen. Zusammengenommen mit anderen Spurengasen (FCKW, Methan,

Distickstoffoxid und Ozon) ergäbe sich ein Wert, der bezüglich der Treibhauswirkung einer Erhöhung des CO₂-Gehaltes um weitere 200–300 ppm innerhalb von 50–100 Jahren entsprechen würde.

Ein Anstieg des CO₂-Gehalts auf 540 ppm hätte nach den unterschiedlichsten Klimamodellen eine Erhöhung der mittleren Temperatur von 2–4 °C zur Folge. Schon jetzt hat sich die mittlere Temperatur seit Mitte des vorigen Jahrhunderts um 0,7 °C erhöht, in der Arktis war sogar ein Anstieg um 1,7 °C festzustellen.

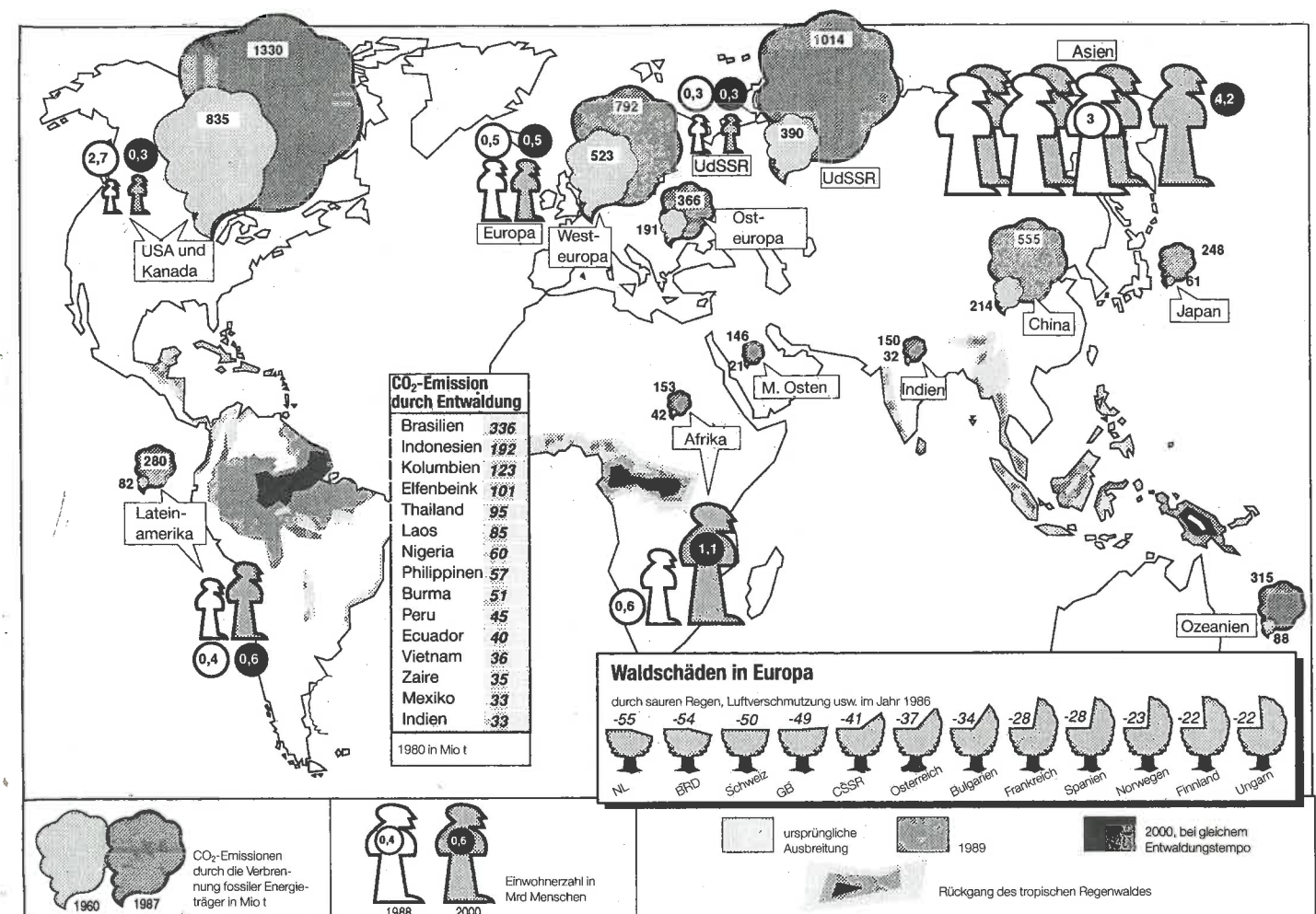
Eine Erhöhung der Temperatur um 2–4 °C – wie schon für die nächsten 50 Jahre vorausgesagt – würde die Trockenzonen in Afrika und Asien weiter nach Norden in die dichtbesiedelten und fruchtbaren Winterregenzonen verschieben. Dagegen würden die nördlichen Gebiete wie Alaska, Kanada oder Sibirien wärmer. Durch ein befürchtetes Abschmelzen des Eises in den Polarregionen würde nicht nur die Absorption der Sonneneinstrahlung erhöht, sondern es käme auch zu einem Anstieg des Meeresspiegels um im Extremfall zwischen 5 und 10 Metern.

Betroffen wären einmal mehr die Entwicklungsländer. Hier würde allein die Erhöhung des Meeresspiegels ein Drittel der Weltbevölkerung, welches bis zu 60 km von den Küsten landeinwärts lebt, in Mitleidenschaft ziehen. Vor allem die Deltas von Ganges (Indien), Irrawaddy (Burma), Mekong (Kampuchea/Vietnam) und des Gelben Flusses (China) würden überflutet. Die Küsten der dichtbesiedelten indonesischen Hauptinseln Sumatra und Java wären ebenso gefährdet wie die Philippinen. Da der Verlust der fruchtbaren Schwemmländer nicht ohne weiteres kurzfristig durch weiter im Landesinneren gelegene Flächen ersetzt werden könnte, drohten nur noch schlimmere Hungersnöte und fortschreitendes Elend (8).

Als Konsequenz müßten, laut der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, ab sofort die CO₂-Emissionen um jährlich weltweit 2 % reduziert werden, sollte der Temperaturanstieg auf lediglich 1 °C reduziert werden. Dann würden diese Emissionen in etwa 50 Jahren nur noch ein Drittel des gegenwärtigen Wertes betragen (9).

Die Hauptverantwortung dafür, die Luftbelastung zu reduzieren, läge bei den größten Verschmutzern, den Industriestaaten. Die Dritte Welt wäre infolge ihrer hohen Verschuldung und ihres niedrigen technischen Niveaus kaum in der Lage, die CO₂-Emission, die durch die Verbrennung fossiler Energieträger entsteht, zu verringern. Und selbst wenn sie die Forderung der ersten Weltklimakonferenz von Ende Juni 1988 im kanadischen Toronto, die eine Reduzierung der CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2005 um nur 20 % vorsah, erfüllen würden, hätte dies in der Mehrzahl der Entwicklungsländer die Aufgabe ihrer Entwicklungspläne zur Folge.

Im Gegenteil, so der indische Delegierte J.M. Dave auf dem Hamburger Weltkongreß „Klima und Entwicklung“ vom 7.–10. November 1988, sähen die indischen Entwicklungspläne bis 2005 eine Erhöhung der Emis-



sionen um 150 % vor. Selbst bei optimaler Nutzung alternativer Energien könnte das Wachstum der Emissionen bestenfalls um 20–22 % verringert werden (10). Ähnliches ließe sich auch für eine Reihe von anderen Entwicklungsländern belegen.

Wenn also nicht die mögliche Reduzierung der Emissionen in den Industrieländern durch ihre Erhöhung in den Entwicklungsländern neutralisiert werden sollte, müßten aufgrund der prekären Finanz- und Technologiesituation der Entwicklungsländer ein Finanzausgleich, ein umfassender Technologietransfer und eine Neuordnung der weltwirtschaftlichen Beziehungen ins Auge gefaßt werden. Nur dann stünde zu erwarten, daß sich die Situation in der Dritten Welt nachhaltig verbessern und Umweltschutzmaßnahmen einleiten ließen.

Darauf zielte ein Vorschlag des Direktors des brasilianischen Höheren Instituts für Amazonische Studien (ISEA), Samuel Benchimol, den er auf der Umwelttagung von 24 Ministern, Staats- und Regierungschefs aus Nord und Süd am 11. März d.J. im niederländischen Den Haag unterbreitete. Seinem Plan zufolge soll eine „Verschmutzungssteuer“ von 100 \$ pro t CO₂ bei den Verursachern erhoben werden. Nach den Berechnungen Benchimols käme dadurch ein Betrag von 451 \$ jährlich zusammen. Die Vereinten Nationen könnten davon die gesamte Auslandsschuld der Dritten Welt, die ohnehin nur noch mit einem Drittel zu bewerten sei, tilgen und behielte noch 150 Mrd \$ für Umweltschutzmaßnahmen übrig.

Daß sich die westlichen Industriestaaten

jedoch auf solche Forderungen einlassen, scheint noch ausgeschlossen, können doch über den Hebel der Verschuldung die Entwicklungsländer weiter in neokolonialer Abhängigkeit gehalten werden.

Einigkeit konnte in Den Haag aber in dem Punkt erzielt werden, die Kompetenzen der UNO zum Schutz der Atmosphäre – ob durch Gründung einer Umweltbehörde oder durch Erweiterung der Vollmachten des UNEP – erheblich auszuweiten. Die Behörde soll das Recht erhalten, bestimmte Maßnahmen anzuordnen, Informationen einzuholen und den Zugang zu benötigten Technologien zu erleichtern. Bei Maßnahmen zum Schutz der Atmosphäre soll – entsprechend dem Entwicklungsstand und der Verantwortung für die Verschmutzung – „eine angemessene und ausgewogene Unterstützung“ geleistet werden (11). Im September d.J. soll der UN-Vollversammlung ein entsprechender Resolutionsentwurf zur Abstimmung unterbreitet werden.

Durch das Abbrennen des Regenwaldes wird nicht nur die „grüne Lunge“ des Planeten zerstört, sondern Unmengen CO₂ produziert



PAULOS MAR GREGORIUS

Abrüstungschancen aus dem Blickwinkel der Dritten Welt

Frieden und Gerechtigkeit sind untrennbar

Paulos Mar Gregorius ist einer der Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen und Metropolit der Orthodoxen Syrischen Kirche von Malankara (Indien). Auf der Regionaltagung der Christlichen Friedenskonferenz, die Ende Januar d.J. in Marburg stattfand, ging er im einleitenden Referat ausführlich auf das Verhältnis von Frieden und sozialer Gerechtigkeit im internationalen Veränderungsprozeß ein.

Es ist inzwischen über ein Jahr vergangen, seit der INF-Vertrag im Dezember 1987 unterzeichnet worden ist. Natürlich, es war ein epochenmachendes Ereignis. Es hat eine neue Hoffnung in den Herzen der Menschen entzündet. Es bestehen realistische Aussichten auf eine friedliche Zukunft der Menschheit. Es ist nun möglich geworden, sich eine Menschheit ohne Massenvernichtungsmittel vorzustellen. Friedensbewegungen haben einen weiteren Schub an Glaubwürdigkeit erhalten. Man kann sie nun nicht mehr als unrealistisch und utopisch abqualifizieren. (...)

In der ganzen Welt ist eine allgemeine Atmosphäre von Entspannung erzeugt worden, obwohl immer noch Spannungen verbleiben. In vielen regionalen Auseinandersetzungen hat man begonnen, den Konflikt beizulegen und nach einer friedlichen Lösung zu suchen.

Die Regelung in Afghanistan und der Waffenstillstand im Krieg zwischen Irak und Iran sind herausragende Beispiele für die Früchte solcher Entspannung. Sogar Mittelamerika, das Südliche Afrika und der nahe Osten, drei Regionen der Welt, in denen sich vordem die Auseinandersetzungen eher zuspitzen schienen, haben jetzt begonnen, hoffnungsvolle Zeichen einer demokratischen und friedvollen Beilegung der Konflikte zu zeigen. (...)

Die Ansprache von Präsident Gorbatschow vor den Vereinten Nationen hat dem Gang der Entspannung grundlegend weitergeholfen. Sein Versprechen, die militärische Schlagkraft der Sowjetunion innerhalb von zwei Jahren einseitig zu verringern, hat in gewisser Weise genauso Geschichte gemacht wie der INF-Vertrag. (...)

Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß die allgemeine Entspannung aufgrund der vier amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen, die zur Unterzeichnung des INF-Vertrages geführt haben, und die letzten Gorbatschow-Initiativen enorm fruchtbar und produktiv gewesen sind. Und dennoch liegt die Gefahr einer Euphorie in dieser Fruchtbarkeit.

Zunächst einmal führt die Unterzeichnung des INF-Vertrages über die Vernichtung von landgestützten Kurz- und Mittelstreckenraketen der USA und der UdSSR nicht notwendigerweise zu jenem zweiten Schritt, der Unterzeichnung eines Abkommens über die 50prozentige Reduzierung der strategischen Waffen. Die START-Verhandlungen gehen tatsächlich nur sehr mühsam voran.

Zweitens: Der INF-Vertrag betrifft nur ungefähr 3,6 % des weltweiten Atomwaffen-Potentials. Die verbleibenden 96,4 % bedrohen weiterhin die gesamte Menschheit und alles Leben mit der totalen Zerstörung.

Drittens: Solange es kein Einfrieren der

Herstellung neuer Atomwaffen gibt, werden jedes Jahr Tausende von tödlichen und ausgeklügelten Atomwaffen den vorhandenen Beständen hinzugefügt. (...)

Viertens: Den meisten Leuten ist nicht klar, daß als Folge des INF-Vertrages nicht ein einziger nuklearer Gefechtskopf (von den 60.000 nuklearen Gefechtsköpfen in der Welt) vernichtet werden wird. Der Vertrag betrifft nur die Trägersysteme, nicht die Gefechtsköpfe! (...)

Fünftens: Nur sehr wenigen Menschen wird klar, ein wie weitreichendes Zugeständnis es für die Sowjetunion bedeutet, sich grundsätzlich auf eine ungleichgewichtige Verminderung von Waffen eingelassen zu haben. Für sechs sowjetische Raketenysteme die zerstört werden, werden auf amerikanischer Seite nur vier vernichtet. (...)

Wenn wir all diese Gesichtspunkte in Erwägung ziehen, ist der INF-Vertrag kein Anlaß für die Friedensbewegungen, in Euphorie auszubrechen oder sich auf ihren Lorbeeren auszuruhen. Der Kampf für die Vernichtung aller Atomwaffen in einem zeitlich festgelegten Rahmen muß mit doppelter Kraft weitergeführt werden. Die Friedensbewegungen sollten sich jetzt nachdrücklich einsetzen:

1. für die Beschleunigung der START-Verhandlungen, um eine 50prozentige Reduzierung aller strategischen Waffen bis Mitte 1989 zu erreichen;

2. für den Entwurf, die Verhandlung, Unterzeichnung und Ratifizierung eines umfassenden Test-Stop-Abkommens bis Ende 1989;
3. für eine weltweite Übereinkunft über die Unrechtmäßigkeit von Massenvernichtungsmitteln und das vollständige Einfrieren ihrer Entwicklung und Fertigung;
4. für eine Übereinkunft über das absolute Verbot aller chemischen und bakteriologischen Waffen sowie ihre Ungesetzlichkeit;
5. für eine drastische Verringerung konventioneller Waffen und Streitkräfte sowohl durch bilaterale oder multilaterale Übereinkünfte als auch durch einseitige Vorleistungen, wie sie von Präsident Gorbatschow in seiner UNO-Ansprache im Dezember 1988 angekündigt worden sind;
6. für die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz, in der die Nationen eine Vereinbarung treffen für ein zeitlich festgelegtes Programm zur Vernichtung sämtlicher Massenvernichtungsmittel bis spätestens zum Jahr 2010, wenn möglich früher;
7. für die verstärkte Aufmerksamkeit der Friedensbewegungen für die Abrüstung seegestützter Waffensysteme. (Dies aufgrund der Tatsache, daß die Vernichtung landgestützter Raketen [die sehr verwundbar sind] einhergeht mit einer immer stärkeren Verlagerung von Gefechtsköpfen und Trägersystemen auf die Weltmeere, wo solche Systeme auf Flugzeugträgern, Atom-Unterseebooten und Schlachtschiffen installiert werden.);
8. dafür, weiterhin ein Auge zu haben auf die Vorgehensweisen von Waffenproduzenten und -händlern zum Erhalt oder Anwachsen ihrer Profite, dadurch, daß sie sich neue Entwürfe ausdenken für weltraumgestützte Verteidigung, nicht radarerfaßbare Trägersysteme und neue Technologien wie Werfer für gebündelte Energie;
9. für die Beobachtung kleinerer Länder, die Raketen entwickeln oder erwerben, die mit chemischen, biologischen und klimatologischen Kampfstoffen eingesetzt werden können (einige Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas scheinen sich in diese Richtung zu bewegen);
10. dafür, daß die öffentliche Meinung in die Richtung eines weltumfassenden Alternativsystems gemeinsamer Sicherheit gelenkt wird.

Die Abrüstungsfrage hat außerhalb der industriell entwickelten Länder zweifellos an Gewicht gewonnen. Initiativen der Zwei-Drittel-Welt wie die der nichtpaktgebundenen Länder scheinen wirkungsvoller zu werden. Der Vorstoß der „Sechs Nationen“ hat einiges von seiner Schlagkraft verloren, da die meisten der führenden Staatsmänner, die ihn ins Leben gerufen haben, nicht mehr an der Macht sind (Olof Palme, Julius Nyerere, de la Madrid).

In der Verlautbarung von Neu-Delhi, die 1986 von Michail Gorbatschow und Rajiv Gandhi unterzeichnet worden ist, sind 10 bedeutende Punkte niedergelegt, die die Abrüstungsbemühungen vorwärtsbringen könnten. Auf ihrem zweiten Gipfeltreffen am 20.11.1988 brachten sie eine bedeutende Erklärung heraus, in der sie „die Bedeutung der

Bemühungen aller Staaten für die Entwicklung eines umfassenden weltweiten Systems internationaler Sicherheit“ betonten, als Grundlage für „eine atomwaffenfreie und gewaltlose Welt“. Indien hat sich bereits eingesetzt für einen „Aktionsplan zur Einführung einer atomwaffenfreien und gewaltlosen Weltordnung bis zum Jahr 2010“.

Die Erklärung des zweiten Gipfeltreffens (1988) stellt heraus: „Die Sowjetunion und Indien sind sich einig in dem Bewußtsein, daß weltweiter Frieden und Stabilität nur auf der Grundlage wirtschaftlich gesunder Verhältnisse erreicht werden können. Eine neue Weltwirtschaftsordnung muß auf der Grundlage von Gerechtigkeit und Verhältnismäßigkeit errichtet werden. Dringende und ernsthafte Schritte müssen unternommen werden, um das wachsende weltweite Schuldenproblem sowie die Krise des internationalen Geld- und Finanzsystems zu lösen.“

Sowohl in der sozialistischen Welt als auch in der Zwei-Drittel-Welt ist eine wachsende Erkenntnis über den wesentlichen Zusam-



menhang zwischen Gerechtigkeit und Frieden zu verzeichnen. Ich werde diesen Zusammenhang im dritten Teil meines Vortrags über umfassende gemeinsame Sicherheit deutlicher zu machen versuchen. Hier kommt es zunächst darauf an, herauszustellen, daß eine der Versuchungen westlicher Friedensbewegungen darin liegt, einen Unterschied zu machen zwischen den Fragen von Frieden und Gerechtigkeit und dabei der Friedensfrage einen höheren Stellenwert einzuräumen. Beinahe als Folge davon zeigen die meisten Völker der Zwei-Drittel-Welt kein großes Interesse an den Fragen von Frieden und Abrüstung. Es ist heutzutage sehr schwer, das Interesse der Massen in Afrika, Lateinamerika, Asien oder der Karibik für die Friedensbewegung zu gewinnen.

Auf dieses Problem sollte sich die besondere Aufmerksamkeit der europäischen und amerikanischen Friedensbewegung richten. Außerhalb der westlichen Welt hat man den Eindruck, daß die westlichen Friedensbewegungen zwar darauf bedacht sind, die Möglichkeit eines Atomkrieges auszuschalten, und daß sie auch noch aktiv darum besorgt sind, das ökologische Gleichgewicht zu be-

wahren. Andererseits aber sind sie nicht in gleicher Weise darum bemüht, die Gerechtigkeit in der Welt herzustellen – Gerechtigkeit sowohl innerhalb der einzelnen Völker als auch zwischen ihnen.

Soweit es die Zwei-Drittel-Welt angeht, ist Frieden ohne Gerechtigkeit kein erstrebenswertes Ziel für uns, besonders für diejenigen, die sich dessen bewußt sind, daß in unserem Teil der Welt auch ohne Krieg jährlich Millionen von Menschen an Armut, Unterernährung und mangelhaften hygienischen Verhältnissen sterben...

Es mag sinnvoll sein, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß es sogar in linken Kreisen diesbezüglich einige Anfragen an das Neue Denken in der Sowjetunion gibt. Wir können den Standpunkt verstehen, daß es auf diesem Planeten keine Überlebenschance gibt, wenn es zu einem atomaren Holocaust kommt. Insofern liegt eine gewisse Logik darin, dem Überleben der Menschheit Priorität einzuräumen gegenüber Klassengegensätzen und Klassenkämpfen. (...)

Aber die Millionen von Unterdrückten und Ausgebeuteten auf unserer Welt und diejenigen, die sich deren Gleichberechtigung wesentlich zu Herzen nehmen, kann selbst ein drohender Atomkrieg nicht von ihrem Klassenkampf abbringen oder dazu führen, daß sie ihre Klassengegensätze nicht austragen. Die Bedrohung durch einen Atomkrieg sollte nicht als Argument benutzt werden, um die Forderung nach Gerechtigkeit innerhalb einer Gesellschaft und zwischen den Völkern herunterzuspielen. (...)

Das Gegenargument ist: „Was passiert, wenn Klassenauseinandersetzungen die Gefahr des Atomkrieges erhöhen? Ist es nicht notwendig, und sei es nur aus taktischen Erwägungen heraus, die Klassengegensätze herunterzuspielen, um die Entspannung zu fördern und so eine Atmosphäre zu schaffen, die der atomaren Abrüstung dienlich ist?“ So zu denken, hat sicherlich einiges für sich, zumindest für diejenigen, die mit ihrem momentanen Lebensstandard nicht gänzlich unzufrieden sind.

Es wird deutlich, daß sich hier zwei verschiedene Vorgehensweisen entwickeln: Die sozialistischen Länder, in denen sich die Arbeiterklasse bereits im Besitz der Macht wähnt, mögen das Klassenkampfkonzzept nicht besonders brauchbar finden für die Analyse ihrer eigenen Probleme, einschließlich der wirtschaftlichen Stagnation. Für die mag die Neuordnung ihrer Wirtschaft und die Fähigkeit, Ansprüchen der Bevölkerung an die Produktion nachzukommen, einen höheren Stellenwert besitzen als der internationale Klassenkampf.

Aber in der Zwei-Drittel-Welt, in der der Staat immer noch weitgehend ein Instrument der herrschenden Klasse ist, kann die unterdrückte und ausgebeutete Arbeiterklasse nicht unbedingt die Notwendigkeit von Produktivitätssteigerung sehen, wenn sie gleichzeitig weiß, daß sich die Besitzer der Produktionsmittel und die aufsteigende Mittelschicht einen Großteil des Mehrwertes, den sie mit ihrer Arbeit schafft, aneignen. (...)

Die Ursachen der Befreiungskämpfe (z.B. El Salvador) werden durch die Abrüstungsvereinbarungen der USA und der UdSSR (r., Gipfeltreffen in New York Ende 1988) nicht beseitigt



Die Länder der Zwei-Drittel-Welt finden es daher naheliegend, der Gerechtigkeit Vorrang vor dem Frieden zu geben, während sozialistische Länder die Prioritäten eher andersherum setzen. Dieses schafft eine gewisse Entfremdung zwischen den sozialistischen Völkern und den unterdrückten Völkern der Zwei-Drittel-Welt. Außerdem besteht diese Entfremdung zwischen den Friedensbewegungen des Westens und den Völkern der Zwei-Drittel-Welt.

Es gibt keinen Platz für Euphorie. Michail Gorbatschow hat uns Grund zur Hoffnung gegeben, a) indem er eigentlich Opfer brachte, um den INF-Vertrag zu sichern, b) indem er eine Atmosphäre der Entspannung geschaffen hat, c) indem er mutige Schritte zu einer

**TROTZ DES INF-VERTRAGES
UND DER GORBATSCHOW-
INITIATIVEN BESTEHT KEIN
GRUND, IN EUPHORIE ZU
VERFALLEN**

einseitigen Abrüstung auf konventionellem Gebiet unternahm.

Die andere Seite mußte notgedrungen darauf eingehen. Von Begeisterung konnte bei ihr keine Rede sein. Ihr geht es immer noch darum, aus dem ureigensten Verlangen des Anderen nach Frieden und Abrüstung ihren einseitigen Vorteil zu ziehen. Die herrschende Philosophie ist immer noch die des Strebens nach Überlegenheit. Die Absicht, das sozialistische System zu vernichten und zu zerstampfen, ist keinesfalls verschwunden. Nicht nur die Zugeständnisse, die die Sowjetunion gemacht hat, sondern auch deren aufrichtige Haltung zu Versöhnung und Entspannung werden als eine Folge der Stärke des Westens und der Schwäche des Sozialismus gesehen.



Karikatur: Much

Auch wenn eine solche Hoffnung sich nicht auf sehr viel Zuversicht gründen kann, lassen Sie uns hoffen, daß die START-Verhandlungen und die Wiener Gespräche sich sehr schnell entwickeln und daß sie einige herausragende Ergebnisse bringen, sowohl was das Feld atomarer Rüstung als auch das konventioneller Bewaffnung angeht.

Wir würden immer noch in höchster Unsicherheit leben und in der Gefahr, als Gattung unterzugehen, auch wenn 50 % der Gefechtsköpfe und Trägersysteme zerstört, auch wenn eine 50prozentige Verringerung der konventionellen Rüstung und der Truppenstärken erreicht, auch wenn ein umfassendes Teststop-Abkommen unterzeichnet, auch wenn SDI vollkommen verworfen worden wäre und die Weltraumtechnologie zu ausschließlich friedlichen Zwecken verwendet würde. Die grundlegenden Probleme in unserer gegenwärtigen Frage nach menschlicher Sicherheit liegen:

- a) in dem Versuch, ein ungerechtes System für die Machthaber zu sichern, und
- b) in dem Unterfangen, solche Sicherheit auf Streitkräfte, Waffen und Terror zu gründen.

Ein umfassendes System weltweiter gemeinsamer Sicherheit muß sich vor diesen beiden Problemen in acht nehmen. Es erfordert vollkommen neuartige Auffassungen. Drei solcher Auffassungen sind:

- a) das nichtmilitärische Verständnis von Sicherheit,
- b) Sicherheit ohne Massenvernichtungsmittel,
- c) Sicherheit, die über die nationale Verteidigung hinaus zu einem gemeinsamen Konzept kommt, das allen Nationen und Völkern Sicherheit garantiert.

Die UNO-Konferenz über das Verhältnis von Abrüstung und Entwicklung hat 1987 die Wichtigkeit des nichtmilitärischen Faktors von Sicherheit und Unsicherheit deutlich erkannt. Wirtschaftliche und soziale Sicherheit sind genauso wichtig wie Sicherheit gegen einen Angriff von außen. Es entwickelt sich ein Sprengstoff, der genauso bedrohlich

ist wie eine Atombombe, nicht nur im Südlichen Afrika, in Mittelamerika und dem Nahen Osten, sondern darüber hinaus in jeder Situation, in der die wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse Ungerechtigkeit und Unzufriedenheit fördern. Ehe nicht allen Völkern und allen Menschen die Möglichkeit zu einem würdevollen und sicheren Leben gegeben worden ist, kann es für niemanden wirkliche Sicherheit geben. (...)

Das ist das Kernstück umfassender weltweiter gemeinsamer Sicherheit (UWGS).

Der zweite Teilbereich von UWGS ist Sicherheit ohne Massenvernichtungsmittel. (...) Massenvernichtungsmittel erhöhen nicht die menschliche Sicherheit oder die Sicherheit einer Nation. Wenn eine Nation Massenvernichtungsmittel besitzt, bietet dies den Anreiz und die Gelegenheit für andere Nationen, dasselbe für sich in Anspruch zu nehmen. Dies macht beide Seiten gleichermaßen unsicher und führt zu einem selbstmörderischen Rüstungswettlauf.

Auf welche Weise wird Sicherheit für alle Nationen verlässlich sein, wenn die Massenvernichtungsmittel beseitigt worden sind? Dies ist natürlich der dritte Bereich des UWGS-Systems – ein demokratisch kontrolliertes internationales System zur friedlichen Lösung von Konflikten, wobei die Sicherheit jeder einzelnen Nation in die Verantwortung der gesamten internationalen Gemeinschaft gelegt wird.

Die würde folgendes erforderlich machen:

- eine vollkommene Umgestaltung der UNO und besonders des Sicherheitsrates,
 - ein umfassendes System internationalen Rechts und Schiedsgerichte,
 - ein demokratisch kontrolliertes High-tech-System zur weltweiten Beobachtung und Überwachung, und
 - ein umfassendes System der Besteuerung und Finanzierung der neuen internationalen Einrichtungen sowie zur Ausrottung von Armut und zur Gesundheitsfürsorge, zur Beseitigung von Unwissenheit und Ungerechtigkeit, zur Bekämpfung von Rückständigkeit und Mangel an kultureller Schaffenskraft.
- Ebenso notwendig wäre eine demokratisch kontrollierte, weltweite internationale Friedenstruppe, die überall auf der Welt stationiert wäre.

Es wird außerdem große Anstrengungen erfordern, um Mißverständnisse, Vorurteile und falsche Auffassungen von Interessenkonflikten und Feindseligkeiten zwischen Nationen auszuräumen, – durch Kulturaustausch und wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, durch neue weltweite und regionale Institutionen dafür und durch eine radikale Neuordnung des Bildungswesens und der Medienpolitik. Neue weltweite Institutionen werden gebraucht. Sie müssen den Handel sowie die Finanz- und Bankverhältnisse in den Beziehungen zwischen Völkern und Nationen regulieren.

Nur dadurch, daß wir beginnen, das Grundgerüst für solch ein UWGS-System zu bauen, wird der Bewegung für umfassende und vollständige Abrüstung ein neuer Schwung verliehen.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Abschlußkonferenz der Nord-Süd-Kampagne

Thesen für eine umwelt- und sozialverträgliche Weltarbeitsteilung

Neben einem umfassenden Schuldenerlaß und einem Kurswechsel in der Entwicklungspolitik ist eine sozial- und umweltverträgliche Wirtschaftsweise in den Industriestaaten die wichtigste Voraussetzung für die Bewahrung des Friedens und die Schaffung menschenwürdiger Lebensumstände für alle.

Vom 12. bis 14. Februar d.J. fand in Bonn die Auswertungs- und Perspektivkonferenz der Nord-Süd-Kampagne des Europarates „Nord-Süd-Politik ist Friedens- und Innenpolitik“ statt (siehe DRITTE WELT 4/1989, S. 45). Die Kampagne, die 1988 in den meisten westeuropäischen Ländern stattfand, wurde in der Bundesrepublik von einem breiten Bündnis getragen, an dem u.a. kirchliche Hilfswerke, der DGB, viele Nichtregierungsorganisationen, der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, kommunale Spitzenverbände und der Bundesjugendring teilnahmen. Ihr Ziel war es, „Ursachen, Zustände und Perspektiven der sich zuspitzenden Nord-Süd-Konflikte verständlicher zu machen und Lösungsansätze aufzuzeigen“.

Auf der jetzigen Konferenz, die den Abschluß der Kampagne bildete, verabschiedeten die rund 70 TeilnehmerInnen die folgenden „Thesen zur Umsetzung einer umwelt- und sozialverträglichen Weltarbeitsteilung“.

Präambel

Mit der Anfang der 70er Jahre einsetzenden Weltwirtschaftskrise läßt sich weltweit ein alarmierender Anstieg der Arbeitslosigkeit und Armut beobachten. Trotz kräftiger Wachstumsraten einiger Industrienationen in den letzten Jahren gelang es nicht, diese Entwicklung umzukehren. Eine Entkopplung von Wachstum und Arbeitsmarkt ist nicht mehr zu leugnen.

Die Armut der breiten Bevölkerungsschichten in den Ländern der sogenannten Dritten Welt nimmt weiter zu. Sie ist zentrale Ursache ungebremster Bevölkerungsentwicklung und Umweltzerstörung. Die Zahl der politischen, Armuts- und Umweltflüchtlinge wächst. Gleichzeitig wird die Ausländerfeindlichkeit geschürt und das Asylrecht ausgehöhlt.

Parallel dazu verwiesen immer mehr Wissenschaftler auf die ökologischen Grenzen des Wachstums. In immer kürzeren Intervallen

reihen sich Umweltkatastrophen aneinander – der Bedrohung durch Ozonloch, Treibhauseffekt, Waldsterben, Verseuchung der Meere, Atomunfälle usw. kann sich niemand mehr entziehen.

Während zwischen den Blöcken von West und Ost erstmals Abrüstungsschritte erfolgreich ausgehandelt werden konnten, nehmen militärische Auseinandersetzungen und Unter-

der Verantwortung für die Durchsetzung einer weltweiten sozialen Gerechtigkeit und internationalen Solidarität. Diese sind Grundlagen für die Bewahrung der Schöpfung, des Friedens und der Schaffung menschenwürdiger Lebensumstände für alle.

Die Unsicherheit über den bisherigen Weg wächst, und die Einsicht breitet sich aus, daß die Fortsetzung des bisherigen Handelns keine Perspektive mehr hat.

Es ist verständlich, daß Forderungen nach Veränderungen Ängste und Abwehrreaktionen auslösen. Diese Reaktionen stellen aber allzu leicht den Blick auf Chancen, Herausforderungen und die Möglichkeit, die eine umwelt- und sozialverträgliche Weltarbeitsteilung für alle bietet.

Die Konferenz ist sich bewußt, daß die folgenden Thesen Zielkonflikte enthalten sowie erst in Umrissen erkennbare Umsetzungsstrategien. Der in der Nord-Süd-Kampagne begonnene Prozeß der Zusammenarbeit und des Dialogs soll deshalb fortgesetzt werden.



drückung im Süden zu. Angeheizt werden diese Konflikte durch steigende Rüstungsexporte aus West und Ost. Die Bundesrepublik hat daran einen stetig wachsenden Anteil.

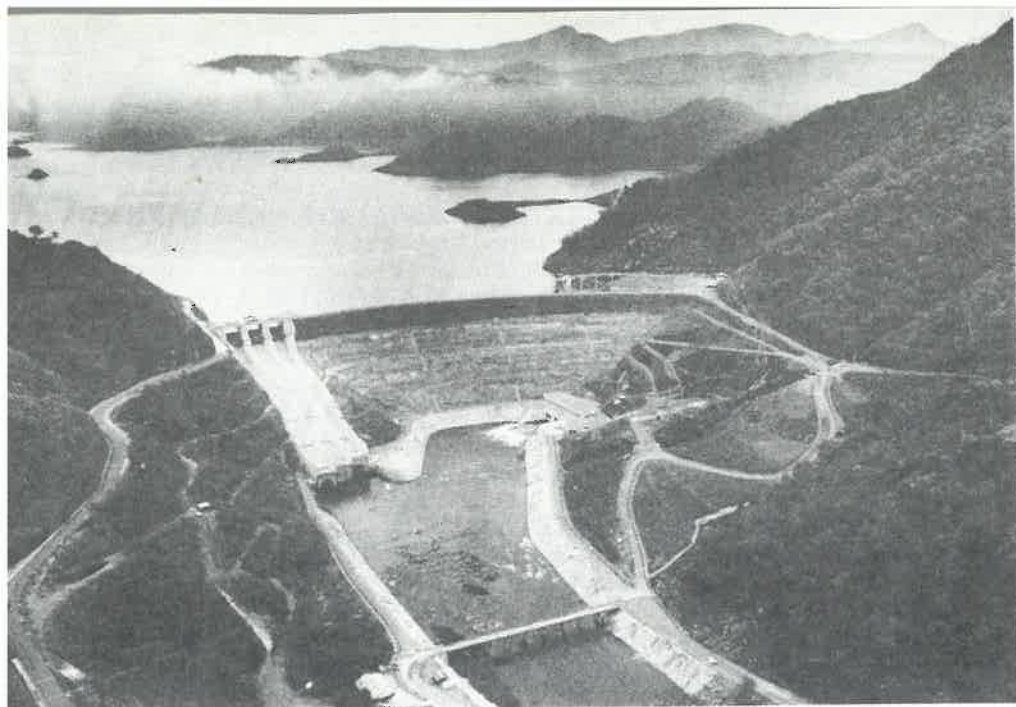
Vor diesem Hintergrund sind jetzt erstmals in der Bundesrepublik Vertreter von Umweltverbänden, Arbeitnehmerorganisationen, Nichtregierungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Wissenschaftler, Politiker und Journalisten auf der Konferenz „Nord-Süd-Politik ist Friedens- und Innenpolitik“ zusammengekommen und haben folgende „Zehn Thesen zur Umsetzung einer sozial- und umweltverträglichen Weltarbeitsteilung“ zusammengestellt.

Die Thesen beruhen auf der Anerkennung

1. Schuldenkrise umwelt- und sozialverträglich lösen

Die Verschuldung der Entwicklungsländer ist der sichtbarste Ausdruck ungerechter Weltwirtschaftsstrukturen. Ohne eine neue internationale Wirtschafts- und Sozialordnung wird es keinen auf Dauer tragfähigen, ökologisch und sozialverträglichen weltweiten Entwicklungsprozeß geben. Deshalb treten wir für einen umfassenden Schuldenerlaß ein. Er muß dem Umweltschutz und der Wiederherstellung und Sicherung der natürlichen Lebensgrundlage dienen.

Die Doktrin der Strukturanpassungskredite von IWF und Weltbank mit ihren verheerenden Auswirkungen auf breite Bevölkerungsschichten muß aufgegeben werden. An ihre Stelle müssen Kriterien der Umwelt- und Sozialverträglichkeit treten. Die Einhaltung der neugestalteten Politik ist von den nationalen Parlamenten der Anteilseigner zu überwachen.



Bundesdeutsches Entwicklungshilfeprojekt Randenigala: künftig die Umwelt- und Sozialverträglichkeit stärker gewichten

2. Strukturanpassungen auch im Norden gefordert

Die fortgesetzte Orientierung an einem quantitativen Wachstumsmodell hat zur weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit und zu einer fortschreitenden Zerstörung der Umwelt geführt. Andererseits sichert dieses Modell den Industriestaaten bis heute einen ungerechtfertigt hohen Anteil am Verbrauch der Ressourcen unserer Erde.

Das zentrale Entwicklungshemmnis für den Süden stellt deshalb die fehlende Bereitschaft zur Strukturanpassung im Norden dar. Grundlegende Veränderungen auf allen Ebenen unserer Gesellschaft sind unabdingbar. Nur dadurch eröffnen sich für die breiten Bevölkerungsschichten in Nord und Süd gleichermaßen Perspektiven für ein menschenwürdiges Leben.

3. Selbstbestimmte Volkswirtschaften im Süden aufbauen

Grundlage eigenständiger Entwicklung im Süden ist der Aufbau selbstbestimmter Volkswirtschaften. Nur sie eröffnen die Chance für eine Binnenmarktversorgung. Nur selbstbestimmte Volkswirtschaften können erfolgreich regional kooperieren und gleichberechtigte Partner im internationalen Austausch sein. Die heutigen Formen der Weltmarktintegration haben dies bisher verhindert und die Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten verschlechtert. Entschuldung, eine sozial und ökologisch verträgliche Strukturanpassung in Nord und Süd und der Aufbau selbstbestimmter Volkswirtschaften im Süden eröffnen große Chancen für eine gleichberechtigte dauerhafte Entwicklung.

Dieses Ziel ist ohne die Mobilisierung erheblicher Finanzmittel nicht erreichbar. Ein erster konkreter Schritt ist die Erreichung des 0,7-Prozent-Zieles (BSP) in den kommenden drei Jahren. Bis 1995 ist die 1-Prozent-Marke (BSP) anzustreben. Die Mittel der staatlichen Entwicklungshilfe sind in Zukunft – weit stärker

als in der Vergangenheit – zur Armutsbekämpfung und zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und ausschließlich als Zuschüsse zu vergeben.

4. Protektionismus und Handelshemmnisse zugunsten der Dritten Welt abbauen

Seit Anfang der 80er Jahre sind die Erlöse aus Rohstoffverkäufen erneut dramatisch gefallen. Zur Erlösstabilisierung sind umfangreiche Mittel erforderlich.

Andererseits haben immer mehr Entwicklungsländer in den vergangenen Jahren eigene Verarbeitungsindustrien aufgebaut. Arbeitnehmer in der Bundesrepublik waren und sind darauf in der Regel nicht vorbereitet, da eine vorausschauende Strukturanpassungspolitik fehlt.

In der Vorbereitung auf den kommenden gemeinsamen Binnenmarkt müssen die Möglichkeiten zum Abbau von Handelshemmnissen zugunsten der Entwicklungsländer wahrgenommen werden. Die Besorgnisse der sog. Dritten Welt vor einer „Festung Europa“ müssen sehr ernst genommen werden (z.B. Agrar- und Handelspolitik). Für die Wirtschaft der Bundesrepublik sind die Beseitigung der Exportüberschüsse und der Abbau von Subventionen zu fordern.

5. Globale Verflechtungen innenpolitisch handhabbar machen

Unsere demokratische Grundordnung sieht soziale Verantwortlichkeit nur innerhalb nationalstaatlicher Grenzen vor. Langfristige, gemeinsame Interessen in Nord und Süd (Entwicklung, Bewahrung der Umwelt und Frieden) finden im politischen Willensbildungsprozess bei uns kaum Berücksichtigung.

Das Kartell des Schweigens, das die Folgen der bestehenden Abhängigkeit zwischen Nord und Süd einer politischen Thematisierung

entzieht, muß durchbrochen werden. Erforderlich ist daher eine Weiterentwicklung unserer parlamentarischen Demokratie mit dem Ziel, die globalen Verflechtungen als Faktor unserer Innenpolitik handhabbar zu machen. Entsprechende Schritte könnten sein:

- Neudefinition der Verantwortung von Mandatsträgern, die es ermöglicht, Entscheidungen von existenzieller Bedeutung für die Zukunft des Nordens und Südens nicht mehr der Lösung von Tagesproblemen und dem Denken in Wahlperioden unterzuordnen.
- Die Internationalisierung von Wirtschaft und Politik erfordert Kompetenzabtretung seitens nationaler Regierungen an noch zu schaffende adäquate Politikstrukturen, die demokratisch legitimiert und kontrollierbar sind. Sie müssen zudem mit wirksamen Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet werden.
- Herstellung rechtlicher Verbindlichkeiten internationaler Abkommen in der Bundesrepublik, die dem Erhalt der Weltressourcen und dem Abbau des Nord-Süd-Gefälles gelten (z.B. Seerechtskonvention, ILO-Konvention, Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten).
- Einführung von Entwicklungsverträglichkeitsprüfungen für alle staatlichen Maßnahmen in bezug auf deren Auswirkungen in den Entwicklungsländern. Die Ergebnisse sind zu veröffentlichen.

6. Änderungen akzeptanzfähig machen

Strukturveränderungen bei uns setzen informierte BürgerInnen voraus. Die bisherige Verkürzung der Nord-Süd-Beziehungen allein auf den Hilfsaspekt muß überwunden werden. Eine Informations- und Bildungsarbeit „von der Wohltätigkeit zur Gerechtigkeit“ ist auf allen Ebenen inhaltlich und finanziell zu fördern. Dies gilt vornehmlich für Schulen, Weiterbildungseinrichtungen und Universitäten.

Durch die in der Bundesrepublik lebenden Flüchtlinge, ausländischen ArbeitnehmerInnen und StudentInnen bieten sich vielfältige Chancen zur interkulturellen Begegnung, zum Abbau von Vorurteilen und zur Bereicherung des eigenen Lebens. Allen Tendenzen zu verstärkter Ausländerfeindlichkeit und zur weiteren Aushöhlung des Asylrechts muß entschieden begegnet werden. Statt dessen ist eine verstärkte Integration (z.B. durch Einführung des Ausländerwahlrechts) gefordert.

7. Wirtschaft umweltverträglich gestalten

Die stärksten Bedrohungen der Biosphäre gehen nach wie vor von den Industrienationen aus. Mit der Durchsetzung einer sozial- und umweltverträglichen Wirtschaftsweise muß deshalb im Norden begonnen werden.

Neben einer verschärften Umweltgesetzgebung und -kontrolle fordern wir die Umgestaltung unseres Steuer- und Abgabensystems, um die gesellschaftlichen Kosten einer umweltschädigenden Produktionsweise in Rechnung zu stellen und die Entwicklung um-

weltfreundlicher Produktions- und Konsumstrukturen zu fördern. Umweltschädliche Produkte und Produktionsweisen sind durch steigende Belastungen langfristig unrentabel zu machen. Für die Einführung umweltfreundlicher Produkte müssen finanzielle Anreize bereitgestellt werden.

Alle Abfallstoffe müssen im Herstellungsland bearbeitet werden. Eine geordnete Abfall- und Recycling-Wirtschaft ist zu entwickeln. Giftmüllexporte sind zu verbieten. Die Herstellung und der Export von Produkten, deren Anwendung in der Bundesrepublik verboten ist, muß untersagt werden. Importverbot von Tropenholz, sofern es nicht aus nachhaltig ökologischem Anbau stammt. Ähnlich ist zu verfahren bei anderen Rohstoffen, deren Gewinnung zu schwerwiegenden Umweltbelastungen führt. Ausgleichszahlungen sind bei Verzicht auf Exportmöglichkeiten zugunsten des ökologischen Gleichgewichts als Übergangshilfe sinnvoll (z.B. Regenwald).

Von deutschen Unternehmen ist zu fordern, daß ihre Produktionsstätten im Ausland den Schutz von Umwelt und Gesundheit gewährleisten.

Die Umstellung der Fleischproduktion in Europa auf heimische Futtermittel und gleichzeitige Anpassungshilfen für die Umstrukturierung in Entwicklungsländern mit dem Ziel eines schrittweisen Abbaus der Futtermittelimporte sind notwendig. In den Entwicklungsländern werden so Flächen nutzbar für eine Nahrungsmittelproduktion, die an den Bedürfnissen der einheimischen Bevölkerung orientiert ist.

8. Gewerkschaftsorganisationen des Südens stärken

Die fortschreitende Internationalisierung der Produktion erfordert die verstärkte Beachtung der weltweiten Dimension der Produktions-, Arbeits- und Lebenszusammenhänge und in der Gewerkschaftsarbeit. Die Verlagerung von Produktionsstätten Transnationaler Konzerne (TNK) in Entwicklungsländer ohne ausreichende Arbeits-, Sozial- und Umweltschutzgesetzgebung macht es möglich, derartige Auflagen dort, wo sie bereits durchgesetzt werden konnten, zu unterlaufen.

Die solidarische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern muß sich an der Durchsetzung gleicher Lebenschancen durch innergesellschaftlichen und internationalen Ausgleich orientieren. Deshalb ist es erforderlich, daß sich Regierungen und Gewerkschaften des Nordens dafür einsetzen, daß Gewerkschaftsrechte als Menschenrechte in den Entwicklungsländern gemäß der ILO-Konvention durchgesetzt und eingehalten werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Gewerkschaften des Nordens den Aufbau von Gewerkschaftsorganisationen in den Entwicklungsländern unterstützen. Dies beinhaltet ideelle und finanzielle Unterstützung bei Arbeitskämpfen. Ebenso müssen sich die Gewerkschaften dem „internationalen Streikbruch“ verweigern, z.B. indem sie kurzfristige Produktionsverlagerungen ablehnen.

In TNK müssen deren Investitions-, Produktions- und Geschäftspolitik durch verstärkte Mitbestimmungsrechte kontrollierbar gemacht werden. Eine intensive Zusammenarbeit von Betriebsräten der TNK aller Produktionsstandorte und Konzernfilialen in Weltkonzernräten ist zu verstärken.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit, gemeinsame Aktionen mit und die Vernetzung von gewerkschaftlichen Solidaritätsgruppen mit der sog. Dritten Welt verstärkt die Einsicht in die Notwendigkeit derartigen Handelns.

Zur Verhinderung der Produktion und des Exports umwelt- und friedensgefährdender Güter obliegt den Unternehmen und Gewerkschaften eine besondere Verantwortung.

9. Kontroll- und Einwirkungsmöglichkeiten von nichtstaatlichen Organisationen ausbauen

Umweltschutzverbände, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit wiesen in der Nord-Süd-Kampagne des Europarats erstmals gemeinsam auf die Verantwortung des Nordens für das Schicksal der Einen Welt hin. Gemeinsam wollen sie auch in Zukunft den von ihnen vertretenen Interessen des Umweltschutzes, der Arbeitnehmerrechte und der Entwicklungszusammenarbeit auf internationaler Ebene größeren Einfluß verschaffen.

Die regierungsunabhängigen Organisationen haben die Aufgabe, in internationaler Vernetzung

- Problemlagen aufzudecken
- über Entwicklungen und Gefahren zu informieren
- Wirkungen von Maßnahmen vor deren Realisierung abzuschätzen
- auf Auswirkungen im Ausland hinzuweisen
- Verhaltensänderungen anzuregen
- die Einhaltung von Gesetzen und Verhaltensregeln zu überwachen
- Einfluß auf politische Entscheidungen auszuüben
- Partnerorganisationen im Ausland zu unterstützen
- international Bewußtsein für die vertretenen Interessen zu schaffen.

Die Organisationen müssen den von ihnen vertretenen Belangen auf nationaler und internationaler Ebene größere Beachtung erkämpfen. Sie müssen noch vielfach Informations-, Anhörungs- und Beteiligungsrechte bei politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen über die sie betreffenden Bereiche durchsetzen. Auf europäischer Ebene müssen Umweltschutzorganisationen, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit den dort vertretenen wirtschaftlichen und politischen Kräften entsprechende Lobby-Strukturen und Interessenvertretungen aufbauen.

Die Organisationen setzen sich die Aufgabe, auf allen Ebenen auf die Verwirklichung von Grundsätzen der Umwelt-, Sozial- und Entwicklungsverträglichkeit Einfluß zu nehmen.

volks uni

10. Berliner Volksuni
Pfingsten, 12. bis 15. Mai 1989

Perestrojka und Europa

- ▷ Dialektik der Perestrojka und Erneuerung des Marxismus
- ▷ Sozialistische Marktwirtschaft und Demokratie
- ▷ Westeuropäische Integration und »Gemeinsames Europäisches Haus«
- ▷ Fusionskartelle transnationaler Konzerne - Schrumpft die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften?
- ▷ Europa von Unten: Alternative Produktionskonzepte und europaweite Arbeiterkooperativen
- ▷ Sozialistisch-feministischer Umbau im Westen?
- ▷ Gesellschaftsutopien in der Frauenbewegung
- ▷ Neue Aufgaben im christlich-marxistischen Dialog?
- ▷ Feministische Theologie als Befreiungstheologie im Kontext Europa
- ▷ Neue Chancen zur Lösung globaler Probleme?
- ▷ »Der Plan des Volks und der Plan der Bürokraten«: Kämpfe um Ökologie in der Sowjetunion
- ▷ Ende des Antikommunismus? Über den Abbau von Feindbildern zu einer neuen Zivilgesellschaft?
- ▷ Eine Reihe zum sowjetischen Film. Vorführung und Diskussion
- ▷ Martin Buchholz: Kabarett zum 10jährigen Jubiläum der VOLKSUNI

Mit Referenten aus der Sowjetunion, Westeuropa, der DDR und der Bundesrepublik

Ein ausführliches Programmbuch (3 DM) erscheint Mitte April und ist in Berlin im Buchhandel erhältlich oder zu bestellen beim VOLKSUNI-Büro, Dominicusstraße 3, 1000 Berlin 62, zuzüglich 1,40 DM Porto (bitte den Betrag in Briefmarken beilegen).

Internationalismus auf neuen Wegen?

ELISABETH SCHNEIDER

Die Unterdrückung der Frauen nicht als Nebensache abtun

Peter Wahl stellt in seinen Thesen fest, daß aufgrund der fortschreitenden Internationalisierung der Traum des „alle Menschen werden Brüder (!)“ in pervertierter Form, nämlich unter der Vorherrschaft des „marktradikalen Neoliberalismus“ verwirklicht wurde. Zu den von Peter gestellten Fragen möchte ich noch eine hinzufügen: Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen?

Ausgangspunkt war und ist das christlich-abendländische Motto „Macht euch die Erde untertan“, d.h. Vergewaltigung der Natur, sowie Unterwerfung der Frauen. Männlicher Wahrheits- und Universalitätsanspruch als Sicherung von Männerherrschaft, deren zerstörerische Energie nunmehr unübersehbar ist. Der Glaube an die Wissenschaft, die „Fortschritt“ bringt, ist bis heute fast ungebrochen. Trotz des Wissens um die bereits bestehenden Gefahren werden weiterhin neue Techniken eingesetzt, obwohl es Wissenschaftler gibt, die vor unübersehbaren Konsequenzen für Mensch und Natur warnen, wie z.B. bei der Gentechnik. Wachstum und Sachzwänge bestimmen das Handeln von Politikern und Managern.

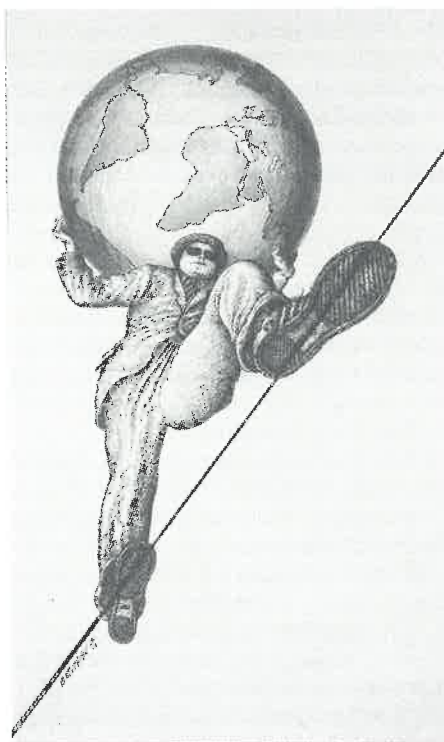
Beispiel FCKW: Das Produkt wird weiterhin in Kühlschränken verwendet, obwohl es möglich wäre, eine andere Methode zu benutzen. Grund: Die Isolierschicht wäre zu dick, die Kühlschränke würden nicht mehr in die Norm der Einbaueinheiten passen. Dies ist zwar ein Beispiel aus dem Kapitalismus, aber für die sozialistischen Brüder ergäbe sich sicher der gleiche Sachzwang in dieser Situation, ist doch oberstes Ziel, eine Angleichung an die westliche Konsumwelt zu erreichen.

Ziel der Ausbeutung, des „Fortschritts“ und ständigen Wachstums war und ist Macht, Macht insbesondere von weißen Männern.

Herr sein heißt: obenauf sein und auf Unterwerfung herablicken; Herr sein heißt: Damen beschützen und Weiber gebrauchen; Herr sein heißt: dafür sorgen, daß der eigene Nutzen zum Gemeinwohl erklärt wird. (Aus: „Herrenmenschen“ von Martha Mamozai, Rororo)

Frauen versuchten immer wieder, ihren Anteil an Macht und Mitbestimmung zu erreichen. Bei jeder Revolution kämpften sie mit und verlangten Mitspracherecht, das ihnen aber immer verweigert wurde. In der französischen Revolution wurden zuerst Frauenklubs verboten und die Vorkämpferinnen ermordet. Danach wurden die Linken entmachtet. Die erkämpften Menschenrechte galten dann nur noch für den privilegierten französischen Mann.

Diese Interpretation der Menschenrechte er-



möglichte auch die Beteiligung der französischen Republik am Kolonialismus. Menschliches Leben spielt keine Rolle, wenn es um den Erhalt der Macht geht. Nicht das Leben, der Tod wird verherrlicht, die Helden sterben für das Vaterland, Freiheit oder Tod...

Die entrechteten Massen (Arbeiterklasse), die im Namen Allahs morden, finden den Beifall von Kommunisten, wenn sie nur ab und zu den amerikanischen Imperialismus beschimpfen. Daß gleichzeitig Frauen jedes elementare Menschenrecht abgesprochen wird, gehört eben zu den „Nebenwidersprüchen“, erst wenn auch Kommunisten umgebracht werden, erscheint es eventuell angebracht festzustellen, daß es sich um reaktionäre Bewegungen handelt (Iran, Libanon).

Es gibt zahllose Veröffentlichungen von arabischen und europäischen Linken über die Islamisierung und den Fundamentalismus. Soweit mir bekannt ist, spielt dabei die Entrechtung von Frauen, die schließlich der zentrale Punkt dieser Ideologie ist, keine Rolle. Die arabischen Linken geben zu, daß sie sich nicht in der Lage sehen, offensiv gegen die Religion und damit gegen die Unterdrückung

von Frauen, aufzutreten, da der Islam „Teil der Kultur“ sei und die Volksmassen durch Kritik an der Religion nicht zu gewinnen seien, im Gegenteil.

Der Linke kann selbstverständlich patriarchalische Machtausübung, die durch Religion legitimiert wird, nicht glaubhaft bekämpfen, wenn er selbst zwar weiß, daß im Programm seiner Partei zwar irgendwo steht, „Mann und Frau sind gleichberechtigt“, er aber alleine zuständig ist für Politik, seine „Ehre“ nicht zuläßt, daß der Frau etwas anderes als Hausarbeit, Tippen seiner Reden zukommt. Falls es notwendig erscheint, „darf“ sie auch außerhalb des Hauses arbeiten, um das Familieneinkommen und/oder die Volkswirtschaft zu sichern.

Auch im christlichen Abendland sind im Zeichen von Ayatollah Woytila deutlich Zeichen fundamentalistischer Entwicklung festzustellen: Die Liberalisierung des § 218 soll rückgängig gemacht werden, deutsche Frauen sollen wieder für Deutschland gebären, unabhängig von ihrem Willen und ihrer sozialen Lage, und natürlich nur Kinder deutscher Väter.

Frauen sind nicht die besseren Menschen: Golda Meir, Indira Gandhi oder Maggi Thatcher spielen/spielten ebenfalls eine Supermann-Rolle. Es geht darum, die bei jedem Menschen vorhandenen „weiblichen“ Werte zu entwickeln, wie Respekt vor dem Leben, Mitgefühl, realistische Einschätzung dessen, was für Menschen tatsächlich nützlich und notwendig ist.

Gorbatschow hat die globalen Probleme wieder in die internationale Diskussion gebracht und, was die Abrüstung angeht, auch Lösungsvorschläge unterbreitet. Die Frage ist jedoch, ob die SU oder andere sozialistische Länder eine neue Art der Produktion und des Zusammenlebens entwickeln oder ob sie verstärkt technische, organisatorische und politische „Werte“ aus den kapitalistischen Ländern übernehmen in der Hoffnung, damit den Lebensstandard zu verbessern und ihre Macht zu erhalten. Es fällt mir schwer, an eine wirkliche Demokratisierung zu glauben, solange Frauen auf Familie, Haus, Herd und Kinder verwiesen werden; die Kirche kommt auch wieder dazu.

Die wichtigste Frage: Wie und durch wen soll eine radikale Veränderung der Gesellschaften und des Weltwirtschaftssystems durchgesetzt werden? Die Menschen in der „3. Welt“ – mit Ausnahme einiger asiatischer Schwellenländer – kämpfen einen immer aussichtsloseren Kampf ums Überleben. Die Regierungen, ob demokratisch oder Militärdiktatur, nehmen Giftmüllabfälle und gefährlichste Produktionsstätten, den Verkauf von Frauen und Kindern... in Kauf in der vergeblichen Hoffnung, einen Ausweg zu finden zwischen den Auflagen des IWF und den Brot- bzw. Volksaufständen ihrer Bevölkerung.

Die Politiker der „2. Welt“, der sozialistischen Länder, können zwar belegen, daß die Analyse des Kapitalismus und Imperialismus noch immer richtig ist, wir erleben seine zerstörerische und men-

schenfeindliche Wirkung, aber obwohl auch die Krisen in den kapitalistischen Ländern wachsen, beherrscht er die Märkte, ein Übergang in den Sozialismus ist auf absehbare Zeit nicht in Sicht.

Die Menschen bei uns, in der „1. Welt“, stellen zwar fest, daß ihr Lebensstandard bedroht ist, daß die Natur nicht auf Dauer straflos vergewaltigt werden kann, daß die Politiker und Führenden der Wirtschaft korrupt und unglaublich sind, daß sie keine Lösungen anzubieten haben. Die Reaktion auf diese Tatsachen ist immer häufiger irrationaler Rassismus und Nationalismus nach dem Motto: „Es wird nichts so heiß gegessen wie gekocht wird“, „Es wird schon gutgehen“... Die Lage der Menschen in den Ländern der „3. Welt“ ist bekannt, die Folgerung daraus ist nicht eine Forderung nach Veränderung der Weltwirtschaftsordnung, sondern Haß auf Asylanter. Die ständig wiederkehrende Phrase: Wir können doch nicht die Leute aus der ganzen Welt bei uns aufnehmen.

Was würde passieren, wenn ein Politiker oder eine linke Partei/Bewegung die Abschaffung des Privatautos fordern würde? Wir haben stattdessen – wie auch in der Schweiz – eine Autopartei, die sich zu den bereits bestehenden rechtsradikalen Gruppierungen addiert. Wie steht es mit der internationalen Solidarität und dem Bewußtsein unserer Arbeiterklasse? Welche Rolle spielt die weiße Arbeiterklasse in Südafrika, die zionistische in Israel?

Ich denke, daß wir aufhören müssen mit unserer Flucht vor der Wahrheit, um in der Lage zu sein, Perspektiven zu entwickeln, wie das Überleben der Menschheit und ein lebenswürdiges Leben für alle gesichert werden kann. Ich hoffe sehr, daß wir dazu in der Lage sein werden und daß uns die Zeit bleibt.

Elisabeth Schneider, Frankfurt/M., ist aktiv in der Nahost-Solidarität



Informationsbrief WELTWIRTSCHAFT

& ENTWICKLUNG

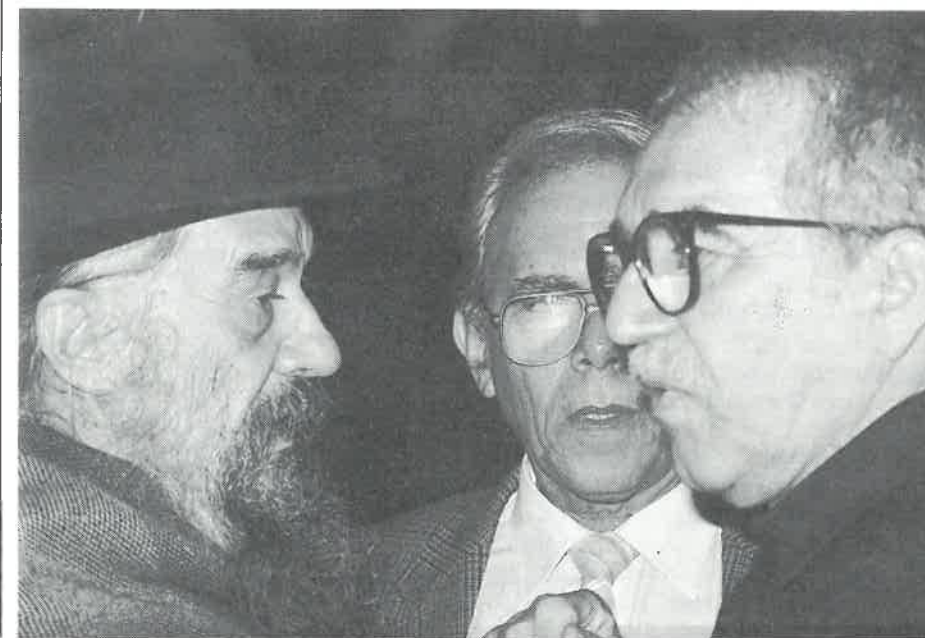
Die neue, monatliche Fachinformation für Dritte-Welt-Bewegte und entwicklungspolitisch Interessierte ● In der Null-Nummer: R. Falk über den EG-Binnenmarkt ● K. Milke über BRD-Banken ● H. Buchwald zum Brady-Plan ● Th. Fues zum Energiesektorkredit für Brasilien ● Infospiegel

Kostenlose Probeexemplare bei:
ASK, Hamburger Allee 52,
6000 Frankfurt, Tel. 069/709060

HELMUT GROSCHUP / RENATE WURM

Fernando Birris Kino der Befreiung

Der argentinische Filmemacher Fernando Birri gilt als der Vater des „Neuen Lateinamerikanischen Films“. Im Mai d.J. besucht er Westeuropa.



Begegnung beim Filmfestival Ende 1988 in Havanna: F. Birri, J. García Espinoza, G. García Márquez (v.l.n.r.)

Am Beginn des Filmschaffens des Argentiniers Fernando Birri stand die europäische Erfahrung, das Zusammentreffen mit dem Aufbruch der Filmemacher im Italien der 50er Jahre. Die beiden Kubaner Julio García Espinoza und Tomás Gutiérrez Alea, Fernando Birri, der Kolumbianer Gabriel García Márquez und der Brasilianer Glauber Rocha haben sich in den 50er Jahren an der römischen Filmschule „Centro Sperimentale“ getroffen (1).

Für Fernando Birri ist der italienische Neorealismus das „menschlich überzeugendste Werk der ganzen Filmgeschichte“ (2). Er diente den lateinamerikanischen Filmemachern als Schlüssel, der die Türen zum eigenen Haus aufsperrte. Er war aber kein Modell, das es zu imitieren galt. Dies ist eine der Grundüberlegungen Birris, die sein Schaffen nachhaltig bestimmen, aber auch einer der Eckpfeiler der Bewegung „Neues Lateinamerikanisches Kino“, die der Argentinier mitbegründete.

Die politische Situation unter Peron und die Chancenlosigkeit, am heimischen Filmmarkt unterzukommen, ließen Italien zur ersten Wahlheimat Birris werden. Dort arbeitete

er als Assistent der italienischen Regisseure Zavattini und de Sica.

Seine europäischen Erfahrungen gab er in der ersten Filmschule von Santa Fé weiter. In der ersten Dokumentarfilmschule Lateinamerikas erstellte Birri ein Programm, das nicht nur das Erlernen des Filmemachens beinhaltete, sondern auch auf eine Veränderung der Umwelt abgestimmt war. In der Filmwerkstatt der Universität von Santa Fé saßen Professoren und Slumbewohner nebeneinander.

„Der natürliche Schauspieler und der natürliche Schauplatz bilden das beste Richtmaß, um die moderne Welt filmisch zu interpretieren“ (3). Es entstand die erste soziologische Filmstudie Lateinamerikas mit dem Film „Tiré Dié“ (Gib 'nen Groschen). So lautet der tägliche Ruf von Kindern aus den Randgebieten von Santa Fé, die unter Lebensgefahr auf den Eisenbahnbrücken neben den Zügen herlaufen und die Passagiere um einen Groschen bitten.

Nach Fertigstellung wurde der Film mittels eines mobilen Kinos in Gegenden gezeigt, in denen es keine Kinos gab. Ein weiterer Pfeiler der Theorie Birris: das Produzieren, das

Verteilen und das Zeigen von Filmen gehören zusammen.

In „Los Inundados“ (Die Überfluteten), den Birri drei Jahre später, 1961, drehte, versuchte er den Dokumentarfilm durch die Mittel der Fiktion zu erweitern und zu vertiefen. Mit „marginalen“ Darstellern, d.h. Künstlern, für die im etablierten Film kein Platz war, entstand ein Film über Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben müssen. Die Bewohner eines Elendsviertels, die durch eine Überschwemmung obdachlos werden, versuchen ihre Situation mit pikareskem Humor zu bewältigen. Dieser dokumentarische Spielfilm möchte eine Satire sein, die „ein Nichtverständnis, eine Hoffnung des Lumpenproletariats aufzeigt und es den Leuten bewußt machen möchte“ (4).

Bewußtseinsbildung zur Überwindung von Ausbeutung und Abhängigkeit ist eines der Anliegen von Birris „Kino der Befreiung“. Seine Vorstellungen und Erfahrungen faßt Birri in einem Manifest zusammen: „Für ein nationales, realistisches, populäres und kritisches Kino“ (5). Dieses Credo schlägt sich auch in seinem späteren Filmschaffen nieder.

Birris bekannteste Filme sind die Portraits von „Rafael Alberti, un retrato del Poeta por Fernando Birri“ (Rafael Alberti, ein Rückblick des Dichters für Fernando Birri), anlässlich des 80. Geburtstages des spanischen Dichters, und von Ernesto Che Guevara nach dem Buch „Mi hijo el Che“ (Mein Sohn Che) von Ernesto Guevara Lynch.

Mit seinem jüngsten Film „Un señor muy viejo con unas alas enormes“ (Ein sehr alter Herr mit riesengroßen Flügeln), nach der gleichnamigen Erzählung von Gabriel García Márquez, realisiert der Regisseur seinen ersten Spielfilm, den er als in der Tendenz „kritisch-magischen Realismus“ kategorisiert. Es ist die Hochzeit zwischen Birri und García Márquez einerseits und der gemeinsame Ausdruck südamerikanischer und karibischer Kultur andererseits.

„Ich wollte einen zeitgenössischen Film machen, in dem die Ironie von García Márquez in den sozialpolitischen Bedingungen der heutigen Karibik verkörpert wird.“ (6) So kommentiert Birri seinen auf den Filmfestspielen von Venedig und Havanna präsentierten Film (7). Beiden Festivals war die widersprüchliche Diskussion über den Film gemeinsam. Die Palette reicht von der Prämierung in Venedig (Preis für die schönste Filmmusik) bis hin zu einer vernichtenden Kritik in Kubas Parteizeitung „Granma“.

Der Vater des „Neuen lateinamerikanischen Films“ deutet die ausgelöste Diskussion als positiven Beitrag im Kontext des lateinamerikanischen Kinos, das sich „in einem Moment totaler Vitalität“ (8) befindet. Dies unterstreicht Birri entgegen allen Behauptungen, der lateinamerikanische Film stecke in einer tiefen Krise.

Birris Kampf richtet sich gegen die Übermacht ausländischer Konzerne auf dem Subkontinent, wo der Geschmack des Publikums jahrelang von fremden Produkten geformt wurde: „Mich interessiert Kino als Waffe und als Schlüssel, um eine neue Dimension der

INTERVIEW MIT FERNANDO BIRRI

Die kulturelle Identität Lateinamerikas erschließen

Welches Selbstverständnis steckt hinter Fernando Birris „Neuem Lateinamerikanischen Kino“? Dieser Frage gingen kürzlich in Venedig Helmut Groschup, Renate Wurm und der Brasilianer Humberto Saccomandi im Gespräch mit dem argentinischen Regisseur auf den Grund.

FRAGE: In der Bundesrepublik Deutschland wird oft von einer Krise des lateinamerikanischen Kinos gesprochen. Was denken Sie über diese Diskussion?

F. BIRRI: Das lateinamerikanische Kino ist ein Projekt. Es ist eine Projektkonzeption des Kinos im Sinne von „Willkommen seien die Krisen, wenn es sich um Krisen der Veränderung handelt“. Denn wir stehen keineswegs einer abgelagerten, bereits für immer etikettierten Kinematographie gegenüber.

Aber wie kann man von Krise im Sinne von Dekadenz und Untergang sprechen, wenn eigentlich von einer Krise im Sinne von Wachstum und Reife gesprochen werden müßte? Die „Stiftung Neues Lateinamerikanisches Kino“, die 1986 gegründet wurde, hat unsere Bewegung wirtschaftlich sehr gestärkt.

Ich verstehe nicht, wie von einer Krise gesprochen werden kann, wenn diese Stiftung eine „Internationale Film- und Fernsehschule der Drei Welten“ (Lateinamerika, Afrika und Asien) hervorgebracht hat. Das Ziel dieser Schule für das Jahr 2000 ist, einen Typ von Cineasten heranzubilden, den man als Kino-Teleasten bezeichnen könnte. Wir wollen den Antagonismus zwischen Cineasten, Techniker und Fernsehregisseur aufheben und so eine neue Konzeption des audio-visuellen Bildes gestalten.

FRAGE: Wie versuchen Sie, Mythen über den lateinamerikanischen Kontinent entgegenzuwirken, wie z.B. dem: „Die Lateinamerikaner sind unfähig zur Demokratie“?

F. BIRRI: Diese Form der Unterstellung entspricht kolonialem Denken. Der Kolonialismus hat die Lateinamerikaner und die Menschen aus der gesamten Dritten Welt unfähig zur Demokratie gemacht. Dieses Vorurteil stützt sich auf die Realität in unseren Ländern. Es ist nicht so, daß der Lateinamerikaner unfähig zur Demokratie ist, sondern

daß die Machtstrukturen, die uns unterworfen und abhängig gemacht haben, ihr Interesse daran haben, daß es in unseren Ländern keine Demokratie gibt.

Wir alle wissen, daß Revolutionen oder Rassismus nicht wie spontane Phänomene auftauchen. Sie werden durch soziale, wirtschaftliche und politische Prozesse bedingt. Zur Demokratie, aber auch zum Rassismus wird der Mensch erzogen. Erziehung begründet sich aus dem wirtschaftlichen Interesse des Erziehers.

In Lateinamerika erzieht uns, besser „verzieht“ uns, eine Kultur der Herrschaft, an eine Kultur der Dienerschaft zu glauben. So soll eine Kultur möglich gemacht werden, die es erlaubt, all unsere Reichtümer auszubeten.

Wenn jemand der Meinung ist, daß „der Lateinamerikaner unfähig zur Demokratie ist“, so glaube ich, daß diese Behauptung tief rassistischen Charakter hat, und der Wahrheitsgehalt der Desinformation entspringt, die zugunsten wirtschaftlicher Macht verbreitet wird.

FRAGE: Wie wirkte sich die Zusammenarbeit mit Gabriel García Márquez in deinem neuen Film „Un señor muy viejo con unas alas enormes“ aus?

F. BIRRI: Die Zusammenarbeit mit García Márquez ist eine Form des gemeinsamen Kampfes, denn seine Gegenwart inkorporiert sich im Film in dem Maße, wie sich nach und nach eine Identität der Gefühle bildet. Jeder muß seinen richtigen Platz finden, um gerade eine globale Vorstellung eines Themas umsetzen zu können: in diesem konkreten Fall das Thema einer karibischen Identität.

So hatte ich ein doppeltes Problem, da ich ja ein Mann aus dem Süden Lateinamerikas (Argentinien) bin. Ich mußte kulturelle Schlüssel entziffern, die doch ziemlich fremd für jemanden aus dem Süden sind. Aber in der Musik stieß ich auf einen gemeinsamen Schlüssel, den Tango.

Ich merkte, daß in der Karibik der Tango so ver-



F. Birri als Hauptdarsteller in seinem Film „Ein sehr alter Herr mit riesengroßen Flügeln“

wurzelt ist wie in Argentinien, und daß diese Musik einen Teil des kollektiven Unbewußten bildet. So beschloß ich, die musikalische Komposition des Films in drei Hauptthemen zu gliedern: „La Habanera del Angel“, das karibische Leitmotiv, „El Tango del Nuevo Pueblo Viejo“, das Gegenmotiv, und der „Rock der Spinnenfrau“, das fremde Element, das die Leute vom Vergnügungspark mitbringen.

Der Zusammenklang drückt die Musikalität der Karibik aus, welche viel mit unserer Identität zu tun hat, mit dem „uns mit unseren eigenen Augen“ Betrachten, mit dem Verstehen, daß unsere Wirklichkeit nicht auf importierte Parameter antworten kann, obwohl unsere Kultur viele importierte Elemente enthält. Es ist eine hispano-amerikanische, eine afro-karibische und eine noch viel mehr beinhalten Kultur. In ihr stößt diese Fülle von Elementen aufeinander, aber auf eine gewisse Weise schon chemisch verarbeitet, bereits verändert durch eine Alchimie, die immer noch im Reagenzglas siedet; noch immer verändert sich dieses Produkt, noch immer verflüchtigt es sich.

FRAGE: Dein neuer Film wird als barock und surreal bezeichnet.

F. BIRRI: Unsere Wirklichkeit ist barock und surreal. Das muß man verstehen.

Wir sprechen nicht vom Barock des Bernini oder des Vivaldi, sondern von einem Barock, der sich nach Amerika verpflanzt und in Amerika aus eigener Kraft wächst und sogar den Namen ändert. Bei uns heißt es „Churriguerosco“, nach dem Architekten und Bildhauer namens Churriguera, der die Altäre der Kathedralen von Mexiko, Bolivien und

Peru gebaut hat und einen amerikanischen Barock erschuf. Dieser Barock ist ein delirischer Barock, denn wir geben dem Barock das Delirium bei.

Wir können nicht die Formeln anderer auf uns anwenden. Das ist eine tödliche Falle. Da die Augen derer, die uns betrachten, bestimmte Parameter anwenden, die nicht die unseren sind, sehen wir schließlich uns selbst mit diesen Augen. Es ist die Sichtweise des Kolonialismus, der will, daß wir seine Sichtweise assimilieren. Die hinterlistigste Form der Unterwerfung und der Unterentwicklung. Ich glaube, daß wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln aktiv dagegen ankämpfen müssen; dafür sind Kino und Fernsehen ausgezeichnete Waffen.

Filmretrospektive und -seminar mit Fernando Birri

Im Mai d.J. will Fernando Birri in Österreich und der Bundesrepublik. In einer Reihe von Städten wird er seine Filme präsentieren und kommentieren sowie Seminare über das „Neue Lateinamerikanische Kino“ und seine Arbeit an der „Film- und Fernsehschule der Drei Welten“ in Kuba vorstellen. Die Rundreise wird u.a. vom Otto-Preminger-Institut Innsbruck, von Surfilm Köln und vom CON-Filmverleih Bremen veranstaltet.

Veranstaltungstermine und -orte
Österreich: Salzburg (2. Mai), Graz (3.), Wien (4./5.), Innsbruck (6.)
Bundesrepublik: Köln (8.-11.), Dortmund (12./13./16.), Düsseldorf (17.-19.), Münster (20.-22.), Bremen (23.-25.), Braunschweig, Oberhausen

Realität zu schaffen.“ (9) Kreativität als „Waffe“ gegen die „Multinationalen und Nationalismen“ durchzieht Birris gesamtes Schaffen und seine Bemühung um eine „Internationale des lateinamerikanischen Films des Widerstandes“.

Diese Absichten auch EuropäerInnen zu vermitteln, wollte der Filmemacher im November letzten Jahres in Westberlin, um am „Internationalen Kongreß für kulturelle Zusammenarbeit – Mittelamerika – Karibik“ seine Arbeit in Workshops und Gesprächen darzustellen. Im Mittelpunkt stand die Diskussion über Massenkommunikation: „Der ‚ungleiche Tausch‘ auf den Informationsmärkten – Zur Befreiung der Weltbilder von den Bilderwelten“. Im Mai dieses Jahres wird Fernando Birri auch in die BRD und nach Österreich kommen, um hier mit FilmstudentInnen, CineastInnen, aber auch mit Laien Kurse über das Medium Film zu gestalten.

Anmerkungen

- 1) „Centro Sperimentale di Cinematografia“, Filmschule in Rom; J. García Espinoza, Regisseur und Präsident der Internationalen Filmfestspiele in Havanna; T. Gutierrez Alea, Regisseur; F. Birri, Regisseur und Direktor der „Film- und Fernsehschule der Drei Welten“ in San Antonio de los Baños/Kuba; G. García Márquez, Schriftsteller und Präsident der „Stiftung Neuer Lateinamerikanischer Film“; G. Rocha, Regisseur.
- 2) Ambros Eichberger, Interview, in: Hier und anderswo, Basel, Frankfurt/M. 1987
- 3) Dokument aus dem Archiv von F. Birri, zit. nach: Gerry H. Araya, Auskünfte über Fernando Birri, in: BFF, Berlin, Nr. 28/1987
- 4) Fernando Birri, Film- und Fernsehschule Santa Fé, me-edition 8, Bremen 1982
- 5) Helmut Groschup/Renate Wurm, Interview mit Fernando Birri, in: Sturzflüge, Bozen, April 1989
- 6) Fernando Birri, Pressekonferenz, Venedig 1988
- 7) Vgl. Anmerkungen zu diesem Film bei Helmut Groschup, Bilder eines Kontinents, in: DRITTE WELT, Nr. 3/1989, S. 51-52
- 8) Rainer Braun, Birri: Lateinamerikanisches Kino blüht wie nie zuvor, in: Die Wahrheit, West-Berlin, 8.11.1988
- 9) Helmut Groschup/Renate Wurm, Interview mit Fernando Birri, in: Sturzflüge, April 1989

Filmographie (Filmregie)

- 1956/58: „Tire dié!“ (Wirf 'nen Groschen!), Dokumentarfilm, 59 Min.
1959: „La primera fundación de Buenos Aires“ (Die erste Gründung von Buenos Aires), Animationsfilm, 35 Min. „Buenos dias, Buenos Aires“ (Guten Morgen, Buenos Aires), Dokumentarfilm, 20 Min.
1961: „Los inundados“ (Die Überfluteten), Spielfilm, 87 Min.
1963: „La pampa gringa“ (Die Erde der Ausländer), Dokumentarfilm, 11 Min.
1967: „Castagnino, diario Romano“ (Castagnino, ein römisches Tagebuch), Dokumentarfilm, 12 Min.
1978: „ORG“ (ORG), Spielfilm, 177 Min.
1983: „Rafael Alberti, un retrato del poeta por Fernando Birri“ (Rafael Alberti, ein Rückblick des Dichters für Fernando Birri), Dokumentarfilm, 120 Min.
1984: „Rte: Nicaragua – Carta al mundo“ (Absender: Nicaragua – Offener Brief an die Welt), Dokumentarfilm, 15 Min.
1985: „Mi hijo el Ché“ (Mein Sohn Ché), Dokumentarfilm, 60 Min.
1988: „Un señor muy viejo con unas alas enormes“ (Ein sehr alter Herr mit riesengroßen Flügeln), Spielfilm



Szene aus Birris neuem Film „Ein sehr alter Herr mit riesengroßen Flügeln“

Zucker

Zucker hat viele süße Seiten“, verspricht uns die Werbung. 20 gehäufte Teelöffel in Getränken, im Haushalt, versteckt in Konserven und Fertigprodukten, konsumieren wir täglich. Das entspricht einer jährlichen Menge von 40-50 kg pro Person.

Auch in der Dritten Welt entdecken die Menschen mehr und mehr eine Vorliebe für die „süße Freude“. Doch Zucker hat einen bitteren Beigeschmack: „Zuckerproduktion und Zuckerhandel – ein Geschäft, bei dem Europa seit Jahrhunderten, von den Tagen der Sklaverei bis zur heutigen gemeinsamen Agrarpolitik, die Dritte Welt in Mitleidenschaft zieht.“ (1)

Mit dem aus Melanesien stammenden Zuckerrohr wurde in Indien bereits vor 4000 Jahren Zucker gewonnen. Rasch breitete sich das „Schilf, das Honig ohne Bienen hervorbrachte“ nach China, Persien und Ägypten aus. Kreuzfahrer machten es im Abendland bekannt, erste Zuckerrohrpflanzungen entstanden auf Sizilien und Madeira. Im Mittelalter galt das exotische Produkt als eine Kostbarkeit. Grammweise boten Apotheker die süßen Kristalle an.

Kolumbus brachte das 2-3 m hohe Rohr in die Neue Welt, wo es im feuchtwarmen Klima Nordostbrasilien, auf den westindischen Inseln und anderswo ideale Wachstumsbedingungen vorfand. 300 Jahre lang wurde Zucker zum wichtigsten Kolonialprodukt. Millionen von Sklaven wurden aus Afrika geholt, um für das „weiße Gold“ billige Arbeitskräfte heranzuschaffen. Damit bildete die Zuckerindustrie eine tragende Säule im kolonialen Dreieckshandel Europa (Flinten, Schnaps) – Afrika (Sklaven) – Amerika (Zucker, Rum). Die bittersüßen Gewinne dieses Handels gaben den entscheidenden Impuls zur Industrialisierung der Kolonialmächte.

1747 entdeckte der preußische Chemiker Markgraf, daß die Runkelrübe den gleichen Zucker enthält wie das tropische Rohr. Die Kontinentalperre Napoleons, die das europäische Festland vom britischen Rohrzucker abschnitt, begünstigte im 19. Jahrhundert den Aufbau einer Rübenzuckerindustrie. Es begann ein Wettstreit zwischen Rohr und Rübe, der bis heute andauert.

Importierte die EG vor 10 Jahren noch 1 Mio t Zucker, so ist sie heute dank großzügiger Subventionen (2) ihrer Zuckerrübenüberschüsse nach Kuba der größte Zuckerexporteur. Rechnet man/frau zur Überschußproduktion der kleinen Schicht europäischer Rübenbauern noch die vereinbarten Liefermengen hinzu, die die Gemeinschaft aufgrund des Zuckerprotokolls von Lomé den AKP-Staaten, ehemaligen Kolonien Englands und Frankreichs, zu garantierten Preisen abkauft,

exportiert die EG 6,5 Mio t Zucker (1984) zu Billigstpreisen. Sie schwächt so die Zuckermärkte der Dritten Welt und hat dazu beigetragen, daß die Weltmarktpreise heute nur noch ein Drittel der Erzeugerkosten decken.

Wenig Hilfe bietet den tropischen Zuckerexporteuren das Internationale Zuckerabkommen (ISA), ein 1978 geschlossenes Preisunterstützungsabkommen. Da es die EG und USA zum Schutze ihrer Zuckerlobby nicht unterzeichnet haben, unterliegen sie den dort vereinbarten Preis- und Quotenregelungen nicht.

Müssen die zuckerrohranbauenden Länder mit dem Rübenanbau in Europa konkurrieren, werden sie in den USA mit dem neuen billigeren Zuckerersatz Isoglucose (HFCS), einem Süßstoff aus Mais, konfrontiert. Die Ankündigung Coca Colas, des größten Zuckerverbrauchers weltweit, in seiner Getränkeproduktion auf Maissirup umzustellen, führte zum Preissturz. Dank seiner marktbeherrschenden Stellung kann der Konzern Sirup gegen Zucker ausspielen. Aber auch der wachsende Verbrauch von künstlichen Süßstoffen, aufgrund der hohen Kalorienmenge und der gesundheitsschädigenden Wirkungen des Zuckers, dürfte in den entwickelten Staaten die Zuckernachfrage verringern. Die Folgen sind ein Rückgang der Produktion und sinkende Einnahmen, die die wirtschaftliche Grundlage vieler Zuckerländer bedrohen. Die Halbierung der Zuckerimportquote durch die USA Anfang 1987 bedeutete eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe für deren Hauptlieferanten Jamaika, Dominikanische Republik und Philippinen.

Zu den halbkolonialen Abhängigkeiten gesellen sich die halbfeudalen Strukturen in den Exportländern selbst. Die Arbeitsbedingungen der saisonal beschäftigten Zuckerarbeiter sind denkbar hart; entlohnt wird nach Leistung, Minimallohne existieren nur auf dem Papier. Da das anspruchsvolle Zuckerrohr die fruchtbaren Böden rasch auslaugt, Erträge und Grundwasser sinken, werden die Ländereien ausgeweitet. Immer weniger und schlechteres Land verbleibt für die Nahrungsmittelproduktion.

Hunger und Elend sind charakteristisch für die von der Zuckermonekultur geprägten Regionen im Nordosten, dem „Armenhaus“ Brasiliens, unter den haitischen Wanderarbeitern und anderswo. Eine Ausnahme bildet lediglich Kuba, das dank garantierter Ausfuhrmengen in die Sowjetunion und Preisen, die weit über dem Weltmarktpreis liegen, die schlimmsten Folgen der Zuckerkrise vermeiden konnte.

Anders die Philippinen. Auf der Insel Negros, die 2/3 des philippinischen Zuckers erzeugt, verloren Zehntausende Arbeit und Ein-



Zuckerrohrfeld in Haiti: Kinderarbeit gehört dazu

kommen. Wenige Familien können sich täglich noch zwei Mahlzeiten leisten. 70 % der Kinder leiden an Unterernährung, in den meisten Zuckerarbeiterfamilien starb in den letzten Jahren mindestens ein Kind an Hunger. Die Großgrundbesitzer weigern sich, durch die Zuckerkrise brachliegendes Land leihweise zur Nahrungsmittelerzeugung an die Zuckerarbeiter zu verteilen.

Auch die energiepolitische Alternative, Zucker in Treibstoff (Bioäthanol) umzuwandeln, die vor allem Brasilien angesichts sinkender Zucker- und steigender Erdölpreise eingeschlagen hat, birgt die gleichen ökologischen und ähnlichen wirtschaftlichen Probleme. Egal, ob Zucker für den Export oder die Kraftstoffgewinnung genutzt wird, sein Anbau konkurriert immer mit der Nahrungsmittelversorgung für den einheimischen Markt.

Angesichts der bestehenden Weltmarktbeziehungen und der katastrophalen Wirtschaftslage ist ein Ausweg aus der Zuckerkrise nur schwer möglich. Eine Umstellung auf Nahrungsmittelproduktion beraubt die Entwicklungsländer einer weiteren Devisenquelle. Und andere Agrarexporte, die in den Zuckerregionen angebaut werden könnten, erzielen ähnlich schlechte Weltmarktpreise wie das „süße Gift“.

Hanne Denk

Anmerkungen

- 1) Das süße Gift – Ein Weihnachtszuckerl, in: Rundbrief der BUKO-Agrokoordination, Hamburg, Dezember 1987, S. 4.
- 2) Z.B. betrug 1978/79 der EG-Zuckerpreis 110 Mark pro 100 kg, auf dem Weltmarkt lag der Preis nur bei 35 DM. Die Differenz zahlte die EG aus den Taschen ihrer Steuerzahler. Vgl. Richard North, Wer bezahlt die Rechnung, Wuppertal 1988.

INFOS ZUR SOLIDARITÄT

Palästina

Die Anerkennung für Palästina-Staat nimmt zu

Die Zahl der Befürworter einer internationalen Nahostfriedenskonferenz unter Einbeziehung der PLO sowie einer unverzüglichen Anerkennung des palästinensischen Staates nimmt auch in der BRD zu. Die GRÜNEN forderten auf ihrer 11. Bundesversammlung in Duisburg vom 3.-5. März d.J. die unverzügliche Anerkennung des Staates Palästina durch die Bundesregierung, den Botschafterstatus für die Bonner PLO-Vertretung und offizielle Kontakte zur PLO.

Hierfür setzt sich auch das im Februar 1987 gegründete Palästina-Forum, ein Zusammenschluß verschiedener bundesdeutscher demokratischer Organisationen, ein. Eine internationale Nahostfriedenskonferenz unter Beteiligung der PLO, nicht aber eine sofortige Anerkennung des Staates Palästina wurde in einer Resolution des Bundeskongresses der Jungsozialisten vom 2. April d.J. gefordert. Diese Position teilen auch die Sozialistische Internationale sowie verschiedene SPD-Politiker.

Die Mehrheit der Abgeordneten von CDU/CSU und FDP lehnt hingegen bislang die PLO als Verhandlungspartner ab, wie eine Bundestagsdebatte vom 11. März d.J. bezeugte. Die BRD bildet hinsichtlich direkter Kontakte zur PLO das Schlußlicht unter den westlichen Staaten. Während das Europaparlament die PLO faktisch anerkannt hat sowie jüngst die EG-Regierungen zur Förderung des Aufbaus des palästinensischen Staates aufforderte, während nahezu alle EG-Staaten und die USA bilaterale Kontakte zur PLO unterhalten, spielt sich bei den etablierten Bonner Parteien kaum etwas ab.

Buchtipp

Namibia: Ein Land, eine Zukunft



Nicht nur aus aktuellem Anlaß empfehlenswert ist der vom Namibia-Projekt Bremen, unter Mitarbeit zahlreicher namibischer AutorInnen entstandene Sammelband N. Mbumba / H. Patemann / U. Katjivena, Ein Land, eine Zukunft. Namibia auf dem Weg in die Unabhängigkeit, terre des hommes / Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1988, 511 S., 34,80 DM.

Die verschiedenen historischen, gegenwartsbezogenen und auf die Zukunft des Landes gerichteten Beiträge geben einen ausgezeichneten Einblick in die Vielschichtigkeit dieses afrikanischen Staates. In einem gelungenen Nebeneinander von wissenschaftlichen Aufsätzen, literarischen Texten, Biographischem und Dokumentarischem erfährt der Leser bzw. die Leserin von der Ausbeutung, dem Kampf des namibischen Volkes, aber auch von seiner unerschütterlichen Hoffnung auf ein befreites Namibia.

Afrikanische Tradition und Kultur sind Themen des ersten Kapitels. Mit der Ideologie und Praxis des Kolonialsystems, Fragen nach Rassenideologie, kolonialen Sendungsbewußtsein, dem Mensch- und Frausein im Kolonialstaat beschäftigt sich das nächste Kapitel. Verschiedene Aspekte des Widerstandes untersucht Kapitel 3. U.a. analysiert es den Weg der namibischen Widerstandsbewegung seit 1915, berichtet vom Überleben im Kolonialismus, dem Leben im Exil und stellt die Geschichte der SWAPO und der namibischen Gewerkschaftsbewegung vor. Die letzten 75 Seiten informieren über die Vorbereitungen zur Unabhängigkeit, erörtern Sanktionsfragen, die Rolle der BRD und zeigen anhand von Beispielen (z.B. Landreform) Entwürfe für eine bessere Zukunft Namibias auf.

Entwicklungspolitik

Umstrittene „Woche für die Dritte Welt“

Im Mai 1990 soll unter dem Titel „Eine Woche für die Dritte Welt/Eine Welt-Woche 1990“ eine bundesweite Medienkampagne stattfinden. Initiatoren sind der NDR, die Deutsche Welthungerhilfe, die kirchlichen Hilfswerke Misereor und Brot für die Welt sowie das Deutsche Rote Kreuz. Bereits 80 Nichtregierungsorganisationen (NRO) sollen ihre Mitarbeit erklärt haben.

Vorgesehen sind eine umfangreiche Berichterstattung in den Massenmedien, Informations- und Kulturveranstaltungen, Ausstellungen, Preisausschreiben und Aktionen. Bereits am 29.11.1988 ist ein einheitliches Konzept vorgelegt worden. Hauptpunkte sind die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd, die Zerstörung der tropischen Regenwälder, „Frieden durch Abrüstung – Frieden durch Gerechtigkeit“ und die Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt.

Vor allem bei den kleineren Organisationen des NRO-Netzwerkes hat das Projekt Skepsis ausgelöst. Sie weisen darauf, daß die großen Hilfswerke für die Woche problemlos Mittel locker machen, während das Netzwerk finanziell am Rande des Zerfalls steht. Die Tatsache, daß selbst die moderate Nord-Süd-Kampagne im Fernsehen nicht berücksichtigt wurde, gibt zur Befürchtung Anlaß, daß viele Themen ausgespart werden sollen.

Termine

25. April–31. Mai
Tournée der nicaraguanischen Theatergruppe „Teatro Justo Rufino Garay in der BRD mit dem Programm „Excenas de mi ciudad“. Kontakt: Exile-Kulturkoordination, Hansastr. 55, 4100 Duisburg, Tel. 02 03 - 34 09 07

19.–21. Mai
Seminar „Nicht den Ast absägen. Die tropischen Regenwälder, ihre Gefährdung, ihre Zukunft“ in Bielefeld. Nähere Informationen: AKE, Horstweg 11, 4973 Vlotho, Tel. 0 57 33 - 68 00 und 29 77

25.–28. Mai
13. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in Hamburg. Thema: Kultur und Widerstand. Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32–34, 2000 Hamburg 50, Tel. 0 40 - 39 31 56

26. Mai
Bundesweiter Bankenaktionstag gegen die Apartheidgeschäfte der Großbanken anläßlich der Jahreshauptversammlung der Dresdner Bank in Frankfurt. Kontakt: AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn, Tel. 02 28 - 21 13 55

Mai–Juni
Gastspielreise des palästinensischen Sängers Mustafa el-Kurd mit dem Programm „Kinder der Intifada“. Kontakt: Kulturbüro 3. Welt, Nernstweg 32–34, 2000 Hamburg 50, Tel. 0 40 - 39 41 33

7.–11. Juni
23. Ev. Kirchentag in West-Berlin unter dem Motto „Abrüstung für Entwicklung“, Friedensdemonstration am 10. Juni

16.–18. Juni
Kongreß „10 Jahre Revolution in Nicaragua – 10 Jahre Solidaritätsbewegung“ in Wuppertal. Veranstalter vom Informationsbüro Nicaragua und den Nicaragua- und Mittelamerikakomitees

1. Juli
Fest zum 10. Jahrestag der nicaraguanischen Revolution in der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg, das von der nicaraguanischen Botschaft und dem gesamten Spektrum der Solidaritätsbewegung getragen wird.

Birgit Sommer von terre des hommes kritisierte, daß das Inhalte-Papier, in das „viel Richtiges“ hineingeschrieben worden sei, für unverbindlich erklärt wurde, es aber „für den linken Rand des entwicklungspolitischen Spektrums die Bedingungen des Mitmachens“ formuliere: „Eingrenzung statt Ausgrenzung“. „Der penetrante Paternalismus“ entlarve sich in einem einzigen Satz: „Diese Wirtschaftsbeziehungen zu den reichen Industrieländern ... sind entscheidend für das Wohlergehen vieler Völker der Südhalbkugel.“

Das Gegenteil sei der Fall. B. Sommer plädierte deshalb für eine kritische Begleitung der Kampagne.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig bekanntgeben!

DRITTE WELT-LeserInnenservice, Postfach 510 868, 5000 Köln 51

KURZINFORMATIONEN

Palästina

Die Intifada ist nicht zu bremsen

Mit einer Aufstockung der Polizeipräsenz in Israel um 5000 Mann sowie einer Verstärkung des Militäraufgebotes in den besetzten Gebieten hatte sich Israel für den „Tag des Bodens“, dem 30. März d.J., gerüstet. An diesem Erinnerungstag gedenken die PalästinenserInnen Israels und der besetzten Gebiete alljährlich der sechs Araber, die am 30. März 1976 bei Protesten gegen die Enteignung palästinensischen Bodens getötet wurden.

Die besetzten Gebiete waren für 24 Stunden vollständig abgeriegelt und in vielen Orten war ein Ausgangsverbot verhängt worden. Während die Demonstrationen in Israel weitgehend friedlich verliefen, wurden in der Region um Hebron in der Westbank 18 PalästinenserInnen erschossen.

Israel steht unter dem Druck der USA, sein Vorgehen gegen die aufständische palästinensische Bevölkerung zu mäßigen. Einem Mitte März durch Indiskretionen bekannt gewordenen israelischen Geheimdienstbericht zufolge kann die Intifada durch den Einsatz von Gewalt ohnehin nicht mehr gebremst werden. Verhandlungen mit der PLO werden als unausweichlich bezeichnet. Einen ähnlichen Forschungsbericht hatte jüngst das Tel Aviver Institut für strategische Studien vorgelegt.

Unterdessen hat der Palästinensische Zentralrat am 2. April d.J. in Tunis einmütig Arafat zum Präsidenten und Faruk Khaddumi zum Außenminister des ausgerufenen Staates Palästina gewählt.

Türkei

Wahldesaster für Özal

Bei den Kommunal- und Provinzwahlen vom 26. März d.J. hat die Mutterlandspartei (ANAP) des Ministerpräsidenten Turgut Özal schwere Verluste erlitten. Nachdem sie bei den Parlamentswahlen vom November 1987 noch 36,3 % und die absolute Mehrheit der Sitze errungen hatte, rutsch-

te sie nun auf 21,9 % der Stimmen ab. Sie gewann nur noch in zwei der 67 Provinzhauptstädte eine Mehrheit.

Die ANAP erhielt damit die Quittung für die unter ihrer Ägide sich verschärfende Wirtschaftskrise, die sich an einer Außenschuld von 41 Mrd. \$ und daraus resultierenden einschneidenden Sparmaßnahmen festmacht. Die Inflationsrate liegt bei 80 %, 20 % der Erwerbsfähigen sind arbeitslos.

Die meisten Stimmen erhielt die Sozialdemokratische Volkspartei (SHP) Erdal Inönü. Mit 28,2 % eroberte sie 39 Bürgermeisterposten in den Provinzhauptstädten, darunter in den größten, Ankara, Istanbul und Izmir. Die stärksten Gewinne gegenüber 1987 erzielte die konservative Partei des Rechten Weges (DYP) des ehemaligen Ministerpräsidenten Suleyman Demirel, die auf 25,6 % kam.

Auf die islamischen Fundamentalisten der Wohlstandspartei (RP) Necmettin Erbakans entfielen 9,7 % und auf die Demokratische Linkspartei (DSP) des ehemaligen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit 8,7 %. Die neofaschistische Nationalistische Arbeitspartei (MCP) Alparslan Türkeş kam auf 3,6 % der Stimmen.

Obwohl Özal vor der Wahl seinen Rücktritt im Fall einer deutlichen Niederlage angekündigt hatte, lehnte er danach entsprechende Forderungen der Opposition ab. Er nahm lediglich eine Regierungs-umbildung vor.

Libanon

General Aoun proklamiert „Befreiungskrieg“ gegen Syrien

Am 14. März d.J. brach im Libanon die befürchtete erste schwere militärische Auseinandersetzung zwischen Kräften der Regierung des christlichen Generals Michel Aoun und des muslimischen Ministerpräsidenten Salim al Hoss aus, die sich beide als alleinig rechtmäßig betrachten (siehe: **DRITTE WELT**, 11/1988, S. 54 f.).

Die Anfang April noch andauernden Gefechte

sind die schwersten Kämpfe seit Jahren und griffen erstmals auf den christlichen Teil Beiruts über. 91 Tote und 423 Verwundete, darunter viele ZivilistInnen, waren die blutige Bilanz bis Ende März. Etwa 1/4 Mio der Bevölkerung Beiruts ist bereits aus der Stadt geflüchtet, in der die letzten Reste medizinischer und sozialer Infrastruktur zerstört wurden und die Energieversorgung zusammenzubrechen droht.

Auslöser der Kämpfe war die am 6. März d.J. eingeleitete Offensive Aouns, die christliche Oberherrschaft im Libanon zu erreichen.

Aoun hatte die für den Nachschub der muslimischen Kräfte zentralen Häfen blockieren lassen sowie einen „Befreiungskrieg“ gegen die 25 000 Mann starken syrischen Truppen im Libanon, welche die muslimische Regierung al Hoss unterstützen, proklamiert. Die schweren Kämpfe, in die auch die syrischen Truppen aktiv verwickelt sind, stellen eine neue Qualität im libanesischen Bürgerkrieg dar, da sich erneut der Konflikt zwischen den reaktionären christlichen Kräften auf der einen Seite und den meist fortschrittlichen muslimischen Milizen sowie Syrien auf der anderen zuspitzt. Damit wird die mehrjährige Phase von kleineren Gefechten zwischen rivalisierenden Milizen unterschiedlicher Couleur abgelöst.

Madagaskar

Ratsiraka trotz hoher Verluste wiedergewählt

Bei den Präsidentschaftswahlen vom 12. März d.J. wurde der Amtsinhaber von der regierenden Avantgarde der Madegassischen Revolution (AREMA), Didier Ratsiraka, zum dritten Mal für sieben Jahre gewählt. Sein Stimmenanteil fiel jedoch von 80 % im Jahre 1982 auf 62 %. Auf den weiter links stehenden Monja Jaona von der Nationalen Bewegung für die Unabhängigkeit (Monima), der 1982 einziger Gegenkandidat war, entfielen noch 3 % der WählerInnen. Auf Manandafy Rakotonirina von der inzwischen zum Liberalismus bekehrten Bewegung für die Proletarische Macht (MFM) entfielen 20 % der Stimmen. Für den konservativen Bewerber des Volkselans für die Nationale Einheit (VITM), Jérôme Razanababiny, votierten 15 %.

Die Tatsache, daß die oppositionellen Kandidaten in den Städten zusammen mehr Stimmen als der amtierende Präsident erzielten, deutet auf eine wachsende Unzufriedenheit mit dem Regime hin, das seit 1975 offiziell eine Politik der sozialistischen Orientierung verfolgt. Grund hierfür ist die sich vertiefende Wirtschaftskrise des Landes, das zu den 20 ärmsten Ländern gehört. Allein in den Jahren 1980–86 ging das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner um ein Viertel zurück. Mit über 3 Mrd. \$ übersteigt die Auslandsverschuldung das BIP.

Auf Drängen des IWF unternahm die Regierung deshalb Anfang 1988 eine Liberalisierung der Wirtschaft. Die meisten Handelsbeschränkungen wurden aufgehoben, Investitionserleichterungen geschaffen und staatliche Betriebe geschlossen oder privatisiert. Die Staatsausgaben wurden u.a. in den sozialen Bereichen gekürzt.

Mit der wirtschaftlichen ging auch eine politische Liberalisierung einher, wozu u.a. die Aufhebung der Pressezensur gehört. Ein neuer Test für die Demokratisierung des Landes werden am 28. Mai d.J. Parlamentswahlen sein, bei denen sich die Opposition Chancen ausrechnet, die Mehrheit zu erringen.

Äthiopien

Rebellenerfolge in Tigre und Eritrea

Schwere militärische Rückschläge mußte die äthiopische Zentralregierung im Februar/März d.J. in den Nordprovinzen Tigre und Eritrea hinnehmen. Der Volksbefreiungsfront Tigrés (TPLF) gelang es, mit einer Ende Dezember 1988 eröffneten Großoffensive, erstmals die Provinzhauptstadt Mekele zu erobern und – nach eigenen Angaben – die Armee zum Rückzug aus ganz Tigre zu zwingen. Rund 7000 Soldaten der Regierungstruppen sollen dabei gefallen oder verwundet worden sein.

Bei der größten Schlacht um Inde Selassie Mitte Februar war es erstmals im äthiopischen Krieg zum gemeinsamen Vorgehen zweier Rebellengruppen, der TPLF und der Eritreischen Befreiungsfront (EPLF), gekommen. Schwere Verluste fügten EPLF-Einheiten Anfang März den Regierungstruppen in der Region Dubti zu, welche auf der Linie zwischen der Hafenstadt Asseb und Addis Abeba liegt. Damit sind auch die beiden lebenswichtigen Verbindungsrouten von der Hauptstadt zum Roten Meer, nach Asseb und Massawa, gefährdet.

Mit diesen Rückschlägen wächst der Druck auf die Zentralregierung, mit den Rebellen in Verhandlungen über eine politische Lösung einzutreten. Während die TPLF eine Autonomieregelung für Tigre und den Sturz der Zentralregierung vertritt, fordert die EPLF die staatliche Unabhängigkeit Eritreas. Auf eine politische Verhandlungslösung soll im Januar d.J. auch das sowjetische KPdSU-Politbüromitglied Viktor Chebrikow bei einem Treffen mit Präsident Mengistu Haile Mariam in Addis Abeba gedrängt haben.

Kuba

USA scheitern vor UN-Menschenrechtskommission

Nach 40tägiger intensiver Diskussion beendete die UN-Menschenrechtskommission am 10. März d.J. in Genf ihre 45. Sitzungsperiode. Der ruhige Ablauf der Tagung wandelte sich am 9. März mit Tagesordnungspunkt 11, Untersuchungsbericht der Kuba-Delegation gemäß Resolution 1988/106, in eine gespannte Atmosphäre (siehe: **AIB** 5/1988, S. 12).

Unter Leitung des Senegalesen A. Sene hatten im September 1988 die UN-Botschafter Bulgariens, Irlands, Nigerias, der Philippinen und Kolumbiens eine 10tägige Kuba-Reise unternommen, um die von den USA 1988 vorgebrachten Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen. Sie sammelten zwar eine Reihe von Zeugenaussagen über Menschenrechtsverletzungen, in dem 55seitigen Bericht der Delegation konnten jedoch keine Beweise dafür erbracht werden.

Nachdem ein Antrag der USA, Kuba zu verurtei-

len, mangels Unterstützung nicht behandelt wurde, beantragten sie zusammen mit Kanada in einer von Großbritannien, Holland und Marokko unterstützten Resolution eine Fortsetzung der Untersuchung und eine erneute Behandlung des Themas im kommenden Jahr. Dies wurde jedoch mehrheitlich abgelehnt. Angenommen wurde mit 32 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 10 Enthaltungen eine von den lateinamerikanischen Staaten auf Initiative von Mexiko, Panama, Peru und Kolumbien vorgelegte Gegenresolution. Sie lobte den ausführlichen Bericht der Delegation und dankte der kubanischen Regierung für die gute Zusammenarbeit mit der UN-Menschenrechtskommission. Während die antikubanische Kampagne der USA und ihrer westlichen Verbündeten wiederholt in der Abstimmung scheiterte, wurde der Antrag der südamerikanischen Länder, das Thema endgültig abzuschließen, mit 32 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme (durch Marokko) und 10 Enthaltungen angenommen.

Statt wie in einem Zusatzantrag gefordert, den UN-Generalsekretär zu bitten, weitere Informationen über die in dem Untersuchungsbericht behandelten Fragen einzuholen, wird in der angenommenen Resolution lediglich die Bereitschaft Kubas gewürdigt, mit diesem zusammenzuarbeiten.

Nicaragua

Washington setzt Contra-Hilfe fort

Am 24. März d.J. wurden zwischen US-Präsident George Bush und den Führern beider Parteien des Kongresses Richtlinien einer gemeinsamen Nicaraguapolitik festgelegt. Diese sehen eine Fortsetzung der nichtmilitärischen Unterstützung für die Contras vor, welche Ende März d.J. auslaufen sollte. Bis zu den für Ende Februar 1990 geplanten Wahlen in Nicaragua sollen sie monatlich 4,5 Mio \$ erhalten.

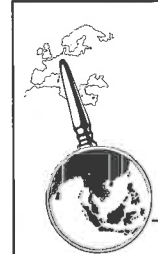
Gleichzeitig verpflichtete sich die Bush-Administration, die diplomatischen Initiativen der Staaten der Region zu unterstützen. Das Abkommen sieht außerdem vor, daß die Hilfe unterbrochen werden soll, wenn die Contras offensive Aktionen unternehmen sollten, und, daß die vier wichtigsten Ausschüsse des Kongresses im November d.J. eine Beendigung der Contra-Unterstützung beschließen können, falls sie der Meinung sein sollten, daß die Administration sich nicht an die Vereinbarung hält.

Die Fortsetzung der Contra-Hilfe widerspricht eindeutig der gemeinsamen Erklärung der mittelamerikanischen Staatsschefs vom 14. Februar d.J. über die Demobilisierung der Contras und die „Demokratisierung“ Nicaraguas. Darin ist humanitäre Hilfe an die Contras nur erlaubt, um ihre Auflösung zu unterstützen (siehe: **DRITTE WELT** 4/1989, S. 6). Dennoch wurde eine Fortsetzung der Contra-Unterstützung sowohl von Honduras als auch von Costa Rica als vereinbar mit dem Abkommen bezeichnet. Nicaragua kritisierte die Entscheidung der USA, erklärte aber, weiterhin an den getroffenen Vereinbarungen festzuhalten.

Deren Umsetzung ist mittlerweile ins Stocken geraten. Bei einem mittelamerikanischen Außenministertreffen am 1./2. April d.J. wurde zwar Einigkeit über die Entsendung von 160 UN-Beobachtern erzielt. Doch wurden bezüglich der Demobilisierung und Repatriierung der Contras keine Fortschritte erreicht. Der honduranische Außenminister hatte nicht wie vereinbart einen entsprechen-

den Plan vorgelegt. Er forderte, daß auch „bewaffnete, marxistisch inspirierte Gruppen“ demobilisiert werden müßten. Der nächste Präsidentengipfel wurde von Mitte Mai auf Anfang Juni d.J. verschoben.

Unter Verweis auf seine Ankündigung, künftig der Diplomatie den Vorrang zu geben, forderte Bush am 30. März die Sowjetunion auf, ebenfalls „neues Denken“ zu demonstrieren. Sie solle Druck auf Nicaragua ausüben, ihre Hilfe beenden und Kuba dazu drängen, seine Unterstützung der „Subversion“ in der Region einzustellen. Während seines Kuba-Besuchs schlug der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow am 5. April stattdessen vor, daß alle Staaten ihre militärische Unterstützung der Region beenden sollten, was jedoch von Washington abgelehnt wird.



südostasieninformationen

Heft Nr. 1/89

Region der Vielvölkerstaaten

- Debatte: Minderheit – Vielvölkerstaat – Ethnische Konflikte
- Nation und Ethnizität in der Volksrepublik Laos
- Indonesien, ein Sprachenmuseum?
- Staats- vs. Regionalsprache
- Birma: Kolonialzeitliche Genese der Mobilisierungsgewalt ethnischer Identität

und wie immer:

Nachrichten und Literaturhinweise, zusammengestellt aus zum Teil schwer zugänglichen Publikationen zur Gesamtregion und zu einzelnen Ländern: Indochina, Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien/Osttimor, Philippinen, Birma.

Schwerpunkt des nächsten Hefts:
2/89 Staatsform und Demokratie

südostasieninformationen

erscheinen vierteljährlich

Einzelverkauf: 6,- DM
Jahresabonnement:
24,- DM für Einzelpersonen
48,- DM für Institutionen

Herausgeber und Vertriebs:

Südostasien-Informationstelle
Josephinenstr. 71,
4830 Bochum,
Tel.: (0234) 50 27 48

EL SALVADOR LIBRE SPENDENAKTION

Waffen für El Salvador

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
288 59-107
Bankleitzahl 10010010
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65



Kontostand 11. 4. 1989:
4.208.760,81 DM

Bisherige UnterstützerInnen:

AIB, Arbeiterkampf, Cuba Si, Ides, Ila-Info, Inprekorr, Konkret, Radio Dreieckland, Radio Z, extraBLATT, Lateinamerika Nachrichten, blätter des iz3w



Premier Özal bei der Stimmabgabe in Ankara

DRITTE WELT

WIR VERSCHENKEN BÜCHER

AN ALLE DIE UNS EIN DRITTE WELT JAHRESABO VERMITTELN

EINFACH DIE ABO-KARTE IN
DER HEFTMITTE AUSFÜLLEN

z.B.



Bilder
und
Texte

FRAUEN IN SÜDAFRIKA

Bilder und Texte

Wie arbeiten, leben
und überleben die
schwarzen Frauen in
Südafrika?
In diesem reich be-
bilderten Buch kom-
men die Frauen
selbst zu Wort.

z.B.

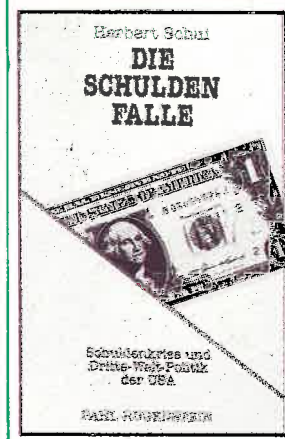


José Maria Sison ■ Rainer Werning

DAS PROJEKT BEFREIUNG

DAS PROJEKT BEFREIUNG

José Maria Sison, Politiker, Wissenschaftler und Schriftsteller ist führender Kopf der politischen Linken auf den Philippinen. Im Gespräch mit Rainer Werning berichtet er über Volkskampf und Befreiungsbewegung und über die aktuelle Situation.



DIE SCHULDEN- FALLE

DIE SCHULDEN- FALLE

Mit eindrucksvollen Zahlen und Hintergrundinformationen legt Herbert Schui seine These zur US-Zinspolitik und der Schuldenkrise in der Dritten Welt dar.

PRÄMIENWUNSCH EINTRAGEN
ODER DIE VOLLSTÄNDIGE
PRÄMIENLISTE ANFORDERN

UND AB GEHT DIE LUZIE...